Nürnberg

Rechnungsprüfungsamt

SACHVERSTÄNDIGENBERICHT I ZUM JAHRESABSCHLUSS 2008

SACHVERSTÄNDIGENBERICHT I ZUM JAHRESABSCHLUSS 2008

- **Ergebnisse der Prüfungen der Teilergebnisrechnungen, weiterer Schwerpunktprüfungen und der Auftragsprüfungen**
- **Feststellung und Entlastung**

  Jahresabschluss 2008 des Regiebetriebs Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf

  Jahresabschluss 2008 des Sondervermögens Klinikum

  Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg

  Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg

  Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebs NürnbergStift

  Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebs Franken-Stadion Nürnberg

November 2009

0 VORBEMERKUNGEN 5

0.1 Prüfungsauftrag und -durchführung 5

0.2 Prüfungsunterlagen und -durchführung 6

0.3 Feststellung der Jahresabschlüsse 2007 7

0.4 Überörtliche Prüfung 7

1 JAHRESABSCHLUSS 2008 DER STADT NÜRNBERG 9

1.1 Kennzahlen aus der Ergebnisrechnung 2008 und Ausblick 9

1.2 Prüfungen der Teilergebnisrechnungen (E) 10

1.2.1 E04005 Pädagogisches Institut der Stadt Nürnberg 10
1.2.2 E08008 Theater-Zuschüsse 11
1.2.3 E10006 Betriebliche Sozialeinrichtungen ∘ Pachtvertrag Kantinenwesen 12
1.2.4 E10504 Ordnungsamt ∘ IKS-Strukturen in der Stadtverwaltung und bei OA 13
1.2.5 E23005 Sonstiges Grundvermögen ∘ Einnahmen aus Erbbauzinsen 13
1.2.6 E32001 Ordnungsamt ∘ Gewerbean-, -ab- und –ummeldungen 14
1.2.7 E32004 Ordnungsamt ∘ Kommunale Verkehrsüberwachung 15
1.2.8 E34001 Standesamt 17
1.2.9 E40301 SchA – Bereich Gymnasien/Realschulen u. a. ∘ Prüfung Personalkosten 18
1.2.10 E 41002 Museen ∘ Tucherschloss Kostenbeteiligung Freistaat Bayern 19
1.2.11 E41301 Stadtbibliothek u. a. ∘ Ermittlung von Doppelzahlungen 20
1.2.12 E41801 Kunst- und Kulturquartier ∘ Ausstellungen in der Kunsthalle 20
1.2.13 E50001 Sozialamt u. a. ∘ Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt und der NOA 22
1.2.14 E50008 Hilfe zum Lebensunterhalt u. a. ∘ Einnahmenverwaltung 27
1.2.15 E52006 Hilfe zur Erziehung ∘ Erziehungsbeistandschaft 29
1.2.16 E52016 Förderung der Jugendhilfe 32
1.2.17 E61001 Stadtplanungsamt ∘ Abwicklung von städtebaulichen Verträgen 35
1.2.18 E62001 Amt für Wohnen und Stadterneuerung ∘ Programm „100 Häuser für 100 Familien“ 36
1.2.19 E72001 Markt- und Landwirtschaftsbehörde 36
1.2.20 E75001 Amt für Wirtschaft u. a. ∘ Vergütungen Leistungen Dritter 37

1.3 Kassenprüfungen 38

1.4 Informations- und Kommunikationstechnik 39

1.4.1 Vorbemerkungen 39
1.4.2 Begleitende Prüfung 39
1.4.3 Einzelfälle 40
1.4.4 Vergabeprüfung 42

1.5 Technische Prüfung 44

1.5.1 Allgemeines 44
1.5.2 Prüfungsvolumen 44
1.5.3 Finanzielles Ergebnis 45
1.5.4 Ex ante-Prüfung 45
1.5.5 Ex post-Prüfungen 53

1.6 Sondervermögen „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf“ 54

1.7 Betätigung der Stadt bei Beteiligungsunternehmen privaten Rechts 58
1.7.1 Unter Art. 94 Abs. 1 GO fallende Unternehmen 58
1.7.2 Sonstige Beteiligungen 61

1.8 Auftragsprüfungen 62
1.8.1 Deutsch-Amerikanisches Institut Amerika-Haus Nürnberg e.V. 62
1.8.2 Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH (IGZ) 62
1.8.3 Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) 63
1.8.4 Haus der Heimat e. V. 63
1.8.5 Planungsverband Industrieregion Mittelfranken 64
1.8.6 Nürnberger Volksfeste 64
1.8.7 Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Nürnberg 65
1.8.8 Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN) 65
1.8.9 Technische Prüfung bei der Flughafen Nürnberg GmbH 66
1.8.10 Vorprüfung von Verwendungsnachweisen 66

2 JAHRESABSCHLÜSSE 2008 DER RECHTSFÄHIGEN STIFTUNGEN 69

3 JAHRESABSCHLUSS 2008 DES KLINIKUMS 71

3.1 Vorbemerkung 71

3.2 Sondervermögen Klinikum 72
3.2.1 Wirtschaftsplan 2008 72
3.2.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung 73
3.2.3 Bilanzentwicklung 2008 73

3.3 Kommunalunternehmen Klinikum 74
3.3.1 Konzernbilanz 2008 75
3.3.2 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2008 77
3.3.3 Technische Prüfung 79

4 JAHRESABSCHLÜSSE 2008 DER EIGENBETRIEBE 81

4.1 Prüfungsgrundlagen in den Eigenbetrieben 81

4.2 Jahresabschluss von SUN 82
4.2.1 Allgemeines 82
4.2.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung 82
4.2.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung 83
4.2.4 Jahresabschluss 2008 83
4.2.5 Beschaffungen 87
4.2.6 Technische Prüfung 87

4.3 Jahresabschluss 2008 von ASN 88
4.3.1 Allgemeines 88
4.3.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung 88
4.3.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung 89
4.3.4 Jahresabschluss 2008 89
4.3.5 Beschaffungen 93
4.3.6 Prüfung der Kfz-Werkstatt 93

4.3.7 Technische Prüfung 93

4.4 Jahresabschluss 2008 von NüSt 94

4.4.1 Allgemeines 94
4.4.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung 95
4.4.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung 95
4.4.4 Jahresabschluss 2008 96
4.4.5 Prüfung der Wirtschaftsführung der Bereiche Geriatrische Rehabilitation und Ambulante Dienste 101

4.5 Jahresabschluss 2008 von FSN 103

4.5.1 Allgemeines 103
4.5.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung 103
4.5.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung 103
4.5.4 Jahresabschluss 2008 104
4.5.5 Technische Prüfung 106

5 STAATSTHEATER NÜRNBERG 107

6 ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR KORRUPTIONSPRÄVENTION 115

7 ZUSAMMENGEFASSTES PRÜFUNGSERGEBNIS 117

Anlage 1 Jahresabschluss 2008 von STEM

Anlage 2 Jahresabschluss 2008 von Kh/Sondervermögen

Anlage 3 Jahresabschluss 2008 von SUN

Anlage 4 Jahresabschluss 2008 von ASN

Anlage 5 Jahresabschluss 2008 von NüSt

Anlage 6 Jahresabschluss 2008 von FSN

1 VORBEMERKUNGEN

1.1 Prüfungsauftrag und -durchführung

Der Jahresabschluss der Stadt sowie die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe werden durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft (Örtliche Prüfungen, Art. 103 GO). Das Rechnungsprüfungsamt (Rpr) ist nach Art. 104 GO umfassend als Sachverständiger heranzuziehen.

Die Rechnungsprüfung erstreckt sich insbesondere darauf (Art. 106 Abs. 1 GO), ob

- die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan eingehalten worden sind,
- die Einzahlungen und Auszahlungen sowie Erträge und Aufwendungen begründet und belegt sind,
- der Jahresabschluss ordnungsgemäß aufgestellt ist,
- wirtschaftlich und sparsam verfahren wird.

Inhalte der Rechnungsprüfung sind außerdem

- die Wirtschaftsführung der Krankenhäuser einschl. der Jahresabschlüsse (gem. Art. 106 Abs. 2 GO); die sich durch die rechtliche Verselbständigung des Klinikums Nürnberg ergebenden örtlichen Besonderheiten sind in Abschnitt 3 dargestellt
- die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe (Art. 106 Abs. 3 GO), wobei auf das Ergebnis der Abschlussprüfung (Art. 107 GO) durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit abzustellen ist
- die Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts und bei Kommunalunternehmen. Die Rechnungsprüfung umfasst außerdem die Buch-, Betriebs- und sonstigen Prüfungen, die sich die Gemeinde bei der Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (Art. 106 Abs. 4 GO).

Dem Rechnungsprüfungsamt (Rpr) obliegen ferner die Überwachung der ordnungsgemäßen Erledigung der Kassengeschäfte, die ordnungsgemäße Einrichtung der Kassen und das Zusammenwirken mit der Verwaltung (Art. 106 Abs. 5 GO).

Schließlich führt Rpr Prüfungen im Auftrag des Stadtrats und des Oberbürgermeisters (Art. 104 Abs. 2 GO) durch.

In Ergänzung o. g. gesetzlicher Vorgaben arbeitet Rpr in städtischen Projekten mit (derzeit u. a. Haushaltskonsolidierung, e-Vergabe und Modernisierung Haushaltswirtschaft) und berät die Verwaltung.

Als Grundlage für die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss werden Sachverständigenberichte vorgelegt, die eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Prüfungsfeststellungen des Rpr darstellen.

Wie seit Umstellung auf die Doppik praktiziert, ist im vorliegenden Sachverständigenbericht I (mit den Inhalten Rpr-Prüfungen in den Dienststellen und städtischen Unternehmen sowie Auftragsprüfungen) das Ergebnis der Prüfung des doppischen Abschlusses der Stadt 2008 noch nicht enthalten. Nach Abschluss dieser Prüfung wird Rpr den Sachverständigenbericht II vorlegen. Die Vorlage ist im April 2010

geplant. Beide Berichte bilden die Grundlage für die örtlichen Prüfungen und die dann vorgesehene Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Feststellung und Entlastung für das Jahr 2008 durch den Stadtrat.

Die bei den städtischen Sondervermögen bzw. Eigenbetrieben zum Wirtschaftsjahr 2007 bereits vollständig durchgeführten Prüfungen sind in diesem Sachverständigenbericht abschließend aufgenommen. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann hier insoweit begutachten. Der Abschluss 2008 zum Nürnberg-Bad soll nach Durchführung der Prüfung ebenfalls im April 2010 noch in den Rechnungsprüfungsausschuss zur Begutachtung kommen.

1.2 Prüfungsunterlagen und -durchführung

Zur Prüfung wurden wie üblich insbesondere herangezogen:

- Haushaltssatzungen mit den Haushalts- und Wirtschaftsplänen
- Jahresabschlüsse samt der dazugehörenden Anlagen
- Kassenanordnungen, Auszahlungsnachweise und Buchungsunterlagen
- Summen- und Saldenlisten, Kontenblätter und Buchungsbelege sowie weitere begründende Unterlagen für die Jahresabschlüsse, SAP-Auswertungen
- Akten und Vorgänge der Fachdienststellen
- Betriebsabrechnungen bzw. Kostenrechnungen und interkommunale Vergleichsdaten

Als Folge der umfangreichen Prüfungsgebiete wird generell in Stichproben geprüft, die allerdings die erforderliche Prüfungsaussage zulassen müssen. Soweit möglich, wird der begleitenden Prüfung der Vorrang eingeräumt. Der Prüfungszeitraum bezieht sich im Allgemeinen auf das Jahr 2008, zum Teil werden auch Prüfungen bezogen auf 2009 im vorliegenden Sachverständigenbericht skizziert.

Viele Bemerkungen und Anregungen werden möglichst schon während der Prüfung mit den Geprüften abgestimmt. Zudem gibt es Schlussberichte und -besprechungen sowie generell Stellungnahmen der Dienststellen. Insoweit sind Prüfungen immer auch darauf angelegt, zur weiteren Verbesserung der Verwaltungsabläufe beizutragen. Dies schließt die Überwachung noch nicht ausgeräumter Feststellungen ein.

Aufbauend auf der in 2008 umgesetzten Reorganisation arbeitet Rpr weiter an der Verbesserung seiner Prüfungsmethoden (Ganzjahresplan, Risikoorientierung, Effizienz und Effektivität etc.), greift dabei auch auf den interkommunalen Ideen-Austausch zurück und ist trotz engen Sachkostenbudgets immer um gute und regelmäßige Fortbildungen bemüht (im Sommer 2009 z.B. Inhouseschulung „Revision der öffentlichen Verwaltung“). Zwecks Qualitätssicherung insbesondere in der Doppik-Prüfung war es Rpr gelungen, eine hiesige kleinere WP-Gesellschaft parallel zu den ersten Jahresabschlussprüfungen für ein (kostenloses) Monitoring zur Rpr-Prüfungsplanung, -durchführung, -dokumentation und -evaluation zu gewinnen. Daneben arbeitet Rpr aktuell in bundesweiten Arbeitskreisen (Deutscher Städtetag, KGSt) der Doppik-Prüfung mit.

1.3 Feststellung der Jahresabschlüsse 2007

Der Jahresabschluss 2007 der Stadt und die Jahresabschlüsse 2007 der von ihr verwalteten rechtsfähigen kommunalen Stiftungen sowie der Sondervermögen/Eigenbetriebe Herpersdorf, Klinikum, Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg, NürnbergStift, Franken-Stadion Nürnberg sowie NürnbergBad wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss am 15.12.2008 bzw. 04.05.2009 geprüft/begutachtet und am 28.01.2009 bzw. 27.05.2009 vom Stadtrat festgestellt.

Mit den Feststellungen wurde jeweils die uneingeschränkte Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

1.4 Überörtliche Prüfung

Bei der Stadt Nürnberg hat die überörtliche Prüfung der Haushaltsjahre 2003 bis 2009 begonnen. Sie führt nach Art. 105 GO in Bayern der Kommunale Prüfungsverband (BKPV) durch. In einem Auftaktgespräch am 12.10.2009 bei Herrn OBM ging es der Stadt auch darum, auf eine zweckmäßige Abgrenzung zu den Untersuchungen von Rödl & Partner für die aktuellen Konsolidierungen und zu bereits durchgeführten Schwerpunktprüfungen von Rpr zu achten, um Doppelprüfungen durch den BKPV zu vermeiden.

2 JAHRESABSCHLUSS 2008 DER STADT NÜRNBERG

2.1 Kennzahlen aus der Ergebnisrechnung 2008 und Ausblick

Wie o. g. soll die Abschlussprüfung 2008 durch Rpr planmäßig im April 2010 insgesamt abgeschlossen sein. Aus Aktualitätsgründen wird nachfolgend die Ergebnisrechnung 2008 im Vergleich zum Vorjahr kurz beleuchtet.

Ergebnisrechnung 2008

Gesamtergebnisrechnung	2008	2007	Veränderung
	EUR	EUR	absolut
* Steuern	-724.489.298,63	-663.718.191,96	-60.771.106,67
** + Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	-269.828.919,24	-266.571.914,41	-3.257.004,83
** + Sonstige Transfererträge	-6.280.142,92	-4.487.027,07	-1.793.115,85
** + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-64.158.994,37	-63.008.387,47	-1.150.606,90
** + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-37.098.456,39	-39.027.312,80	1.928.856,41
** + Erträge Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-129.648.274,88	-128.297.960,04	-1.350.314,84
** + Erträge aus d. Auflösung v. Sonderpost. f. Invest.	-33.669.185,37	-31.037.349,27	-2.631.836,10
** + Sonstige ordentliche Erträge	-63.101.003,09	-71.266.627,91	8.165.624,82
** + Aktivierte Eigenleistungen	-3.089.309,44	-3.062.712,66	-26.596,78
** +/- Bestandsveränderungen	-1.845.083,91	-1.546.530,23	-298.553,68
* - Umsatzsteuerkorrektur ILV	9.166,06	5.184,20	3.981,86
***** = Ordentliche Erträge**	**-1.333.199.502,18**	**-1.272.018.829,62**	**-61.180.672,56**
** - Personalaufwendungen Aktiv	299.218.958,06	289.535.517,88	9.683.440,18
** - Personalaufwendungen Passiv	145.298.111,45	161.718.731,39	-16.420.619,94
** - Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	156.713.813,58	152.358.907,90	4.354.905,68
** - Abschreibungen	76.222.746,68	63.328.272,74	12.894.473,94
** - Transferaufwendungen	550.057.648,68	526.225.177,55	23.832.471,13
** - Sonstige ordentliche Aufwendungen	63.753.473,40	48.511.489,02	15.241.984,38
***** = Ordentliche Aufwendungen**	**1.291.264.751,85**	**1.241.678.096,48**	**49.586.655,37**
****** = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigk.**	**-41.934.750,33**	**-30.340.733,14**	**-11.594.017,19**
** + Finanzerträge	-22.872.208,36	-12.652.072,05	-10.220.136,31
** - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	51.027.865,34	50.127.200,29	900.665,05
***** = Finanzergebnis**	**28.155.656,98**	**37.475.128,24**	**-9.319.471,26**
****** = Ordentliches Jahresergebnis**	**-13.779.093,35**	**7.134.395,10**	**-20.913.488,45**
** + Außerordentliche Erträge	-2.085.404,36	-6.409.587,83	4.324.183,47
** - Außerordentliche Aufwendungen	12.438.134,25	2.539.126,02	9.899.008,23
***** = Außerordentliches Jahresergebnis**	**10.352.729,89**	**-3.870.461,81**	**14.223.191,70**
****** = Jahresergebnis**	**-3.426.363,46**	**3.263.933,29**	**-6.690.296,75**

Hinweis: Der SAP-Logik folgend haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen.

Mit einem Jahresüberschuss von 3,43 Mio. EUR konnte 2008 nochmals mit einem erfreulich positiven Ergebnis abgeschlossen werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um rd. 6,69 Mio. EUR verbessert. Entscheidend beeinflusst wurde das Ergebnis 2008 durch den Anstieg der

Gewerbesteuererträge (+41,37 Mio. EUR), den höheren Einkommensteueranteil (+18,80 Mio. EUR) sowie den niedrigeren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (-17,70 Mio. EUR) jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen war ein Ertragsrückgang von 8,17 Mio. EUR zu verzeichnen, welcher größtenteils auf gegenüber dem Vorjahr geringere Neutralisationsbuchungen von Aufwandsrückstellungen zurückzuführen ist.

Höhere Aufwendungen sind in erster Linie durch weiter gestiegene Transferaufwendungen (u. a. Bezirksumlage +19,5 Mio. EUR) und durch Einmaleffekte bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Rückabwicklung eines US-Crossborder-Leasinggeschäftes) entstanden sowie bei den Personalaufwendungen Aktiv (+9,6 Mio. EUR) via Besoldungs- und Tariferhöhungen und Stellenschaffungen.

Das verbesserte Finanzergebnis resultiert insbesondere aus gestiegenen Zinserträgen bei Gewerbesteuernachzahlungen.

Infolge – der Investitionsausgaben von knapp 130 Mio. EUR und – der Nettokreditaufnahme von rd. 41 Mio. EUR ist die Verschuldung allein im Stadthaushalt Ende 2008 auf 1.006 Mio. EUR geklettert.

Der vom Stadtrat kürzlich beschlossene Haushaltsplan 2010 ist gezeichnet von der Wirtschaftskrise und belastet mit einem Minus in der Ergebnisrechnung von rd. 56,1 Mio. EUR, zudem werden neue Schulden von etwa 65 Mio. EUR erforderlich. Zusätzlich ist die außerordentliche Kündigung des Trägerdarlehens an den ASN durch die Stadt in Höhe von rd. 50 Mio. EUR notwendig, um überhaupt einen Planausgleich in der Finanzrechnung 2010 herzustellen zu können. Sollten die Gewerbesteuererträge bis 2013 nicht wieder, wie im Finanzplan angenommen, auf den Rekordstand von 2006 hochschnellen, könnte bei anhaltend hohem städtischen Investitionsniveau und anwachsenden u. a. Sozialtransfers bereits in diesem Zeitraum aus der Haushaltsschieflage eine -notlage (Verfehlen der Vorschriften zum Haushaltsausgleich, § 24 KommHV-Doppik) werden, unabhängig von langfristigen Problemen des vom Stadtrat bis 2013 geplanten weiteren starken Anstiegs der städtischen Kreditaufnahmen.

Auch zur Eindämmung der Haushaltsrisiken insgesamt dürften deshalb weitere Konsolidierungen erforderlich werden. Die bei Maßnahmen und Projekten inflationären Tendenzen werden eher deflationären weichen müssen.

2.2 Prüfungen der Teilergebnisrechnungen (E)

2.2.1 E04005 Pädagogisches Institut der Stadt Nürnberg

Prüfungsbericht vom 12.11.2009

Das Pädagogische Institut (PI) besteht seit 1966, wobei es später mit dem Medienzentrum (vormals Stadtbildstelle) und dem Umweltpädagogischen Zentrum eine Erweiterung erfuhr.

Kerngeschäft des PI ist nach wie vor die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, ergänzt durch verschiedene Projekte (z. B. Interkulturelle Kommunikation an den Schulen – IKS).

Nach Artikel 20 Absatz 2 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes sind Lehrkräfte aller Schulgattungen verpflichtet, sich fortzubilden bzw. an dienstlichen Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Die Lehrerfortbildung in Bayern ist eigentlich weitgehend staatlich organisiert. Als Dreh- und Angelpunkt fungiert hierbei die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen (ALP), deren Lehrgänge kostenlos sind; für nichtstaatliche Teilnehmer wird lediglich eine Pauschale für Unterkunft und Verpflegung erhoben.

Die Prüfung des PI erstreckte sich u. a. darauf, von welchen Bereichen die Teilnehmer stammen und ob – soweit gefordert – die Teilnehmerbeträge richtig erfasst und eingehoben wurden.

Ein Ergebnis der Prüfung war, dass die Seminare zu einem Großteil von nichtstädtischen Lehrkräften besucht werden; sie kommen teilweise aus ganz Bayern. So beträgt die „Gästequote 86 %“. Im Gegensatz zum Pädagogischen Institut der Stadt München; hier nehmen nur in Ausnahmefällen Externe an den Veranstaltungen teil, wobei sie eine höhere Gebühr zahlen müssen.

Generell war ein Nachlassen des Interesses an den klassischen Fortbildungsveranstaltungen des PI zu bemerken; vor allem gegen Ende der Sommersemester mussten Seminare mangels Nachfrage abgesagt werden. PI beschreitet deshalb bei der Programmentwicklung neue Wege, z. B. durch eine systematischere Kooperation mit den Schulen.

Doch dürfte die Akzeptanz der PI-Angebote auch von der Gebührenpolitik abhängen. So hat Rpr es für günstiger erachtet, wenn die Teilnehmer die Gebühren nicht mehr privat entrichten müssen, sondern direkt mit den Schulen abgerechnet wird (interne Leistungsverrechnung bzw. Rechnungsstellung bei staatlichen Schulen), wobei die Gebühren generell, wie bei städtischen Fortbildungen auch, recht niedrig sind. Dem Wert einer qualifizierten Fortbildung entspricht dies hier und dort nicht.

Wie bereits dargelegt, werden die PI-Fortbildungen gegenwärtig zum größten Teil von staatlichen Lehrkräften frequentiert. Darüberhinaus hält PI Kurse ab, die sich speziell an staatliche Lehrer richten bzw. in staatlichen Schulen stattfinden. Damit entlastet das PI bzw. die Stadt die staatliche Lehrerfortbildung in Bayern finanziell. Rpr hat deshalb beim 3. BM angeregt, vom Freistaat Bayern eine adäquate finanzielle Beteiligung zu fordern, zumal die Kooperation mit Dillingen ausgebaut werden soll.

Letztlich beläuft sich der Kostendeckungsgrad bei Gesamtaufwendungen von rd. 2,3 Mio. EUR (2008) von PI derzeit lediglich auf 6 %.

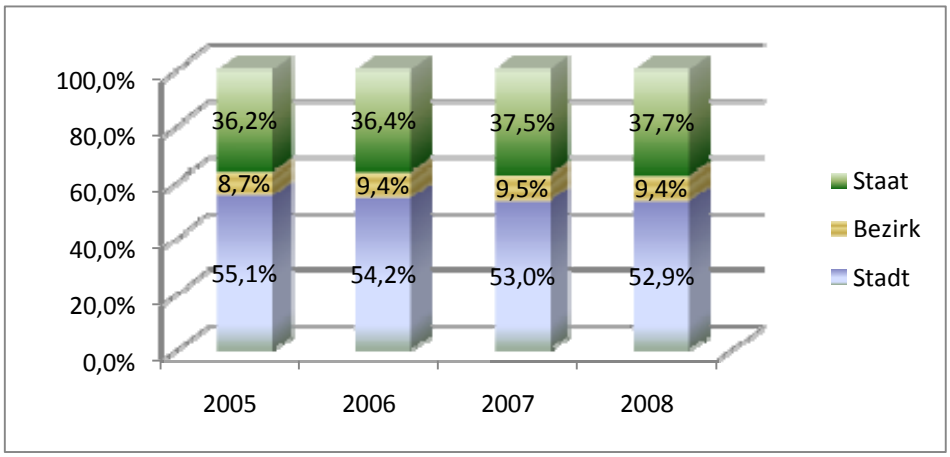
Die Einhebung der Gebühren erfolgt ordnungsgemäß, auch der Geschäftsgang der beim PI eingerichteten Zahlstelle.

2.2.2 E08008 Theater-Zuschüsse

Prüfungsbericht vom 10.11.2009

Im Rahmen institutioneller Förderung werden vom Freistaat Bayern, dem Bezirk Mittelfranken und der Stadt Nürnberg nach Maßgabe des jeweiligen Haushalts insgesamt 7 Freien Theatern jährliche Betriebskostenzuschüsse gewährt. Rpr prüfte diesen Zuschussbereich.

Nach Auswertung der Unterlagen der letzten 4 Jahre verteilte sich die Förderung wie folgt:



Die jährlichen Zuschüsse der Stadt Nürnberg an die freien Theater reichen im Einzelfall von rd. 16 TEUR über 68 TEUR bis zu rd. 153 TEUR, pro Besucher von 1,80 EUR bis 19,50 EUR (zum Vergleich Th: 88 EUR).

Rpr hat neben der Überprüfung der Verwendungsnachweise für 2008 einen Betriebsvergleich der Theater vorgenommen.

Die Ergebnisse hinsichtlich unterschiedlicher Kosten- und Erlösstrukturen sind Ref. IV zwecks weiter verbesserten Controllings mitgeteilt worden, auch in Einzelfällen zuschussfremde Ausgaben und Rücklagen, deren Verwendung ebenso vom Kulturreferat abzuklären ist.

2.2.3 E10006 Betriebliche Sozialeinrichtungen
∘ Pachtvertrag Kantinenwesen

Prüfungsbericht vom 26.10.2009

In Zusammenhang mit der steuerlichen Betriebsprüfung auch bei o. g. Pachtvertrag, wo – im Gegensatz zu einer früheren (mündlichen) Abstimmung vom Steueramt mit dem Finanzamt – jetzt Umsatzsteuer von der Stadt für die Verpachtung nachgezahlt und zukünftig entsprechend zu leisten ist, hat sich Rpr mit der Umsetzung des Bewirtschaftungsvertrages vom 06.07.2000 befasst. Vor allem anhand der Vertragsunterlagen und Besprechungen mit den Zentralen Diensten (ZD) sind die relevanten Bereiche durchgegangen worden:

- Die Zusammenarbeit mit dem Pächter hat sich gut bewährt, dabei werden derzeit rd. 18 Mitarbeiter/innen mit Eingliederungsbedarf beschäftigt. An dieser vertraglichen Gestaltung (Pacht/Verpachtung) sollte auch wegen sonst vergaberechtlicher Erschwernisse festgehalten werden.
- Der Zuschussbedarf der Stadt für die Rathauskantine beträgt einschl. o. g. zukünftiger Umsatzsteuer rd. 100 TEUR p.a. (ca. 2,00 EUR pro Essen). Deshalb ist von ZD zum Einen aufmerksam der Bereich Abfall und Energieverbrauch zu beobachten und nach Möglichkeit zu optimieren. Unter Berücksichtigung der Eingliederungen sollten seitens ZD zum Anderen die Personalkosten verfolgt werden. Anzumerken ist, dass über die Beschäftigungen beim Pächter indirekt Sozialtransfers eingespart werden. Daneben handelt es sich um eine sozialpolitisch vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Pächter und Stadt unter Einbindung des Bezirks.
- Mit Beachtung der Deckungsbeiträge durch externe Kantinenbesucher muss ZD Vereinbarungen mit entsprechenden Arbeitgebern/Dienstherren führen, die im Ergebnis zu einer zusätzlichen Kostenbeteiligung dieser Institutionen an die Stadt führen. Die faktische Freiwilligkeit externer Essens-

teilnehmer, an der Kasse ein höheres Entgelt zu zahlen, dürfte dauerhaft nicht zum erforderlichen Ergebnis führen (Vorschlag: Externe, z.B. vom benachbarten Sozialgericht, zahlen den städtischen Mitarbeiterpreis und geben einen Essensbon ab, den Stadt dann mit Arbeitgeber/Dienstherren verrechnet (pro Essen rechnerisch 2 EUR)). Grundsätzlich kann auch wie andernorts ein Chipkarten-System in Betracht kommen.

2.2.4 E10504 Ordnungsamt

∘ IKS-Strukturen in der Stadtverwaltung und bei OA

Anlass für eine Untersuchung der bestehenden Strukturen des internen Kontrollsystems (IKS) in der Stadtverwaltung und exemplarisch auf Dienststellenebene war die Teilnahme an einem interkommunalen Arbeitskreis der bayerischen Rechnungsprüfungsämter zum Thema Internes Kontrollsystem (IKS). Für eine erste Bestandsaufnahme zum IKS wurde das Ordnungsamt (OA) als Projektdienststelle ausgewählt. Nachdem eine IKS-Prüfung erst nach einer systematischen Einführung und Umsetzung des IKS sinnvoll erschien, handelte es sich explizit um keine IKS-Prüfung.

Fazit der Untersuchung war, dass IKS-Instrumente sich durchaus für die öffentliche Verwaltung anbieten, um sich einen systematischen Überblick über eventuell bestehende Sicherheitslücken zu verschaffen und diese zu minimieren, gerade in sehr sensiblen Bereichen, zu denen auch Abteilungen bei OA zählen.

Wichtig zum Verständnis ist auch, dass bei einem IKS in erster Linie nicht die Mitarbeiter, sondern die Arbeitsabläufe und die Einhaltung der Gesetze und Regelungen kontrolliert werden sollen. Dies kommt der Kultur der Stadt entgegen, dass das kollegiale Miteinander grundsätzlich auf gegenseitiges Vertrauen und selbständiges Handeln und Entscheiden der Mitarbeiter aufgebaut ist (Nr. 4.1 und 4.2 ADON).

Ein IKS darf auch nicht unverhältnismäßig und unwirtschaftlich sein. Ein angemessenes IKS reduziert das Risiko auf ein akzeptables Maß ohne dass übermäßige Kontrollen zu Verzögerungen führen. Dabei sollen die verursachten Kosten nicht den Nutzen übersteigen.

Es sollten bei der Risikoeinschätzung nicht nur die in der Vergangenheit tatsächlich aufgetretenen Schäden berücksichtigt werden, sondern auch solche, die in der Zukunft auftreten könnten.

Bei Vorliegen zwingender Verpflichtungen, wie Einhaltung gesetzlicher Vorschriften oder besondere Schutzzwecke, sind aufwendige Kontrollmaßnahmen aber angebracht.

Es sind weitere Sitzungen des Arbeitskreises mit Vertretern aus den Rechnungsprüfungsämtern anderer bayerischer Städte vorgesehen, in denen Unterlagen für Beratung und Checklisten für die praktische Umsetzung des IKS erarbeitet werden. Rpr wird deshalb den Dialog mit OA und weiteren Dienststellen fortsetzen.

2.2.5 E23005 Sonstiges Grundvermögen

∘ Einnahmen aus Erbbauzinsen

Prüfbericht vom 24.07.2009

Die Stadt Nürnberg verwaltete zum Prüfungszeitpunkt insgesamt 249 laufende Erbbauverträge für insgesamt 349 einzelne und durch Flurnummern abgegrenzte Grundstücke. Die Erbbaurechte wurden mit Institutionen zur Nutzung von Grundstücken im Zuge öffentlichen Interesses (Sportvereine, Kindertages-

stätten etc.) als auch für gewerbliche Zwecke oder einer Wohnbebauung abgeschlossen. Die Höhe der im Betrachtungsjahr 2008 eingenommenen Erbbauzinsen betrug rd. 2,5 Mio. EUR.

Geprüft wurde die Abwicklung von Erbbauverträgen, welche von der Stadt Nürnberg als Erbbaugeberin (inkl. der von der Stadt betreuten rechtlich eigenständigen Stiftungen) verwaltet werden. Nicht Bestandteil der durchgeführten Prüfung waren Erbbaurechtsverhältnisse, bei welchen die Stadt Nürnberg selbst Erbbaunehmer war sowie Verträge, bei welchen der zu leistende Erbbauzins durch städtische Dienststellen (z.B. Jugendamt) für Träger der Daseinsvorsorge übernommen wurde, da hier nur Verschiebungen innerhalb des städtischen Haushalts stattfanden.

Die untersuchten Fälle waren geordnet und vollständig abgelegt. Notwendige Eingaben und Veränderungen von Daten in die DV gestützte Liegenschaftsverwaltung waren ausführlich dokumentiert und das Vieraugenprinzip gewährleistet. Als reine Anregung empfahl Rpr, dass auf das alte PKF-Verfahren abgestimmte Datenerfassungsblatt sukzessive den aktuellen Erfordernissen der neuen Software anzupassen und dort besonders relevante Informationen zu erfassen. Des Weiteren wurde eine durgehende Nummerierung von Nachträgen empfohlen. Für alle untersuchten Fälle wurde der Ausgleich der in der Finanzsoftware gebuchten Forderungen festgestellt. Bei verspätetem Zahlungseingang waren Mahngebühren, Verzugszinsen etc. erhoben. Die Überwachung von Zahlungseingängen durch das Kassen- und Steueramt (KaSt) war gewährleistet.

Bei vereinzelten anhängigen bzw. drohenden Insolvenzverfahren von Erbbaunehmern wird eine buchhalterische Bewertung des Forderungsbestandes durchgeführt. Hinsichtlich der in diesem Zusammenhang eingetretenen Risiken bei Heimfall von Erbbaurechten (Übernahme eingetragener Schulden im Erbbaugrundbuch, Sanierungs- und Abbruchkosten etc.) wurde um eine Abklärung zwischen der Dienststelle und Stk bezüglich der Notwendigkeit von Rückstellungsbildungen gebeten.

Eine termingerechte und kompetente Bearbeitung der Fälle konnte in den geprüften Vertragsverhältnissen festgestellt werden. Die ermittelten Anpassungen waren sachlich und rechnerisch richtig durchgeführt. Bei der Liegenschaft Volksbad aber weiterhin Fehlanzeige.

2.2.6 E32001 Ordnungsamt
∘ Gewerbean-, -ab- und –ummeldungen

Prüfungsbericht vom 13.11.2009

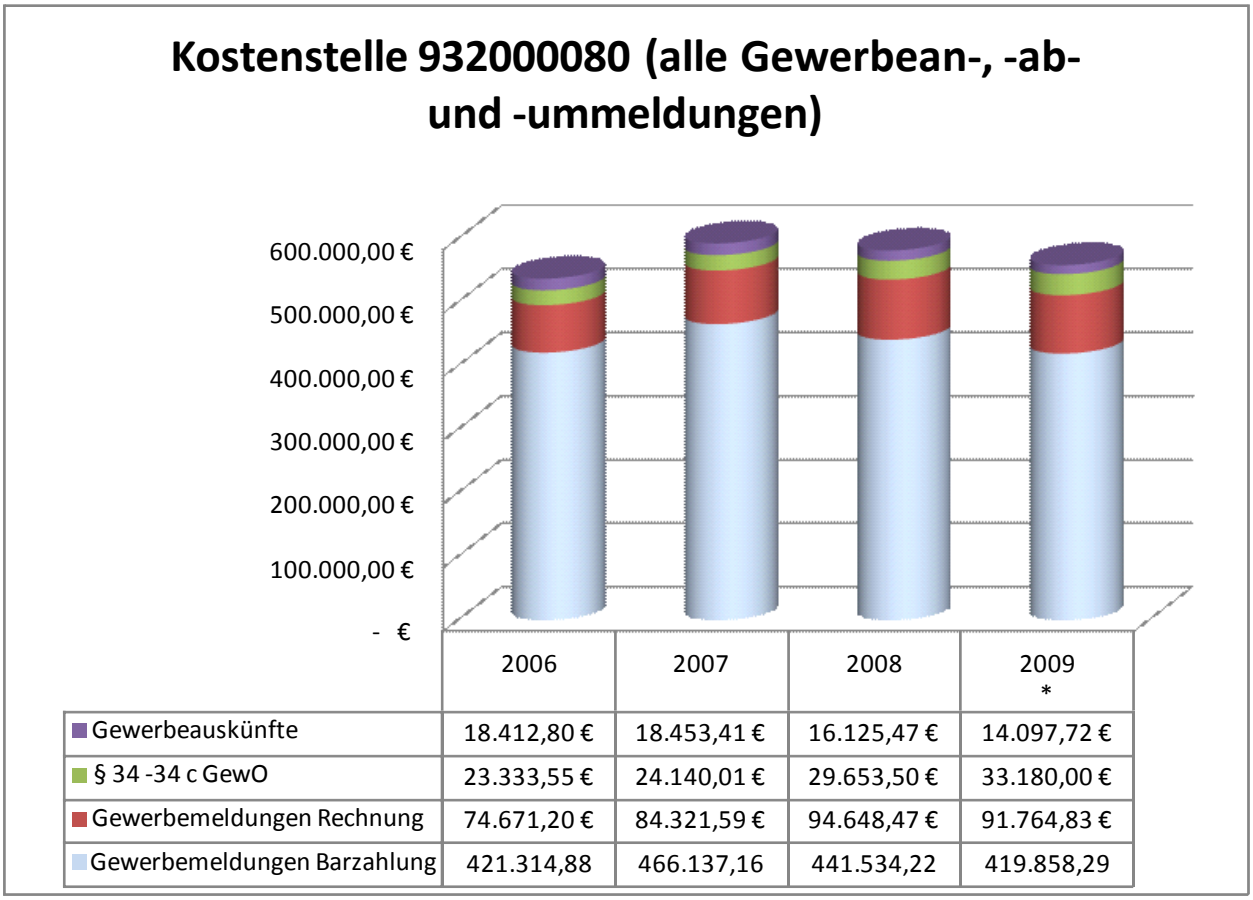
Gemäß § 14 GewO ist bei einer Tätigkeit im stehenden Gewerbe deren Beginn, Veränderung (der Tätigkeit oder Betriebsstätte innerhalb der Stadt Nürnberg) und die Beendigung (der Tätigkeit oder Verlegung in eine andere Gemeinde) anzuzeigen. Dementsprechend muss mit den bundeseinheitlichen Formularen eine Gewerbean-, -ab- oder -ummeldung vorgenommen werden.

Eine zusätzliche Erlaubnis ist zur Ausübung von Tätigkeiten als Pfandleiher (§ 34 GewO), Bewacher (§ 34a GewO), Versteigerer (§ 34b GewO), Makler (§ 34c GewO), im Handwerk oder im Reisegewerbe notwendig.

Der gesetzliche Gebührenrahmen nach dem Kostengesetz beträgt gem. Tarif-Nr. 5 III. 5/2 zwischen 12,50 EUR und 50 EUR. OA fordert im Einzelfall ein behördliches Führungszeugnis sowie einen Gewerberegisterauszug an, die Gebühren hierfür betragen nach der Justizkostenverordnung je 13 EUR.

Die Regelgebühren wurden im Zuge der Euro-Umstellung zum 01.01.2002 auf 40 EUR (Anmeldung), 30 EUR (Ummeldung) bzw. 20 EUR (Abmeldung) festgelegt und gelten seither unverändert. Im Vergleich

mit der Städteachse Fürth, Erlangen und Schwabach liegen die Gebühren in Nürnberg unter dem Durchschnitt. Rpr empfiehlt deshalb, die Höhe der Regelgebühren zu überprüfen und neu festzulegen. OA hat zugesagt.



	2006	2007	2008	2009 *
Gewerbeauskünfte	18.412,80 €	18.453,41 €	16.125,47 €	14.097,72 €
§ 34 -34 c GewO	23.333,55 €	24.140,01 €	29.653,50 €	33.180,00 €
Gewerbemeldungen Rechnung	74.671,20 €	84.321,59 €	94.648,47 €	91.764,83 €
Gewerbemeldungen Barzahlung	421.314,88	466.137,16	441.534,22	419.858,29

* die Zahlen für 2009 wurden anhand der Summe Jan. – Okt. 09 hochgerechnet

Von den ca. 9.000 Fällen im Haushaltsjahr 2009 wurden 167 einer Prüfung unterzogen. Dabei wurde auch untersucht, ob die erhobenen Gebühren auch tatsächlich eingingen.

Bareinzahlungen am Kassenautomaten und per EC-Cash waren durch Belege in den Akten dokumentiert; ein Abgleich mit den Einzahlungslisten des Kassenautomaten war problemlos möglich. Alle Vorgänge konnten ohne großen Aufwand zugeordnet werden.

Rpr wird im Prüfungsjahr 2010 weitere Gebührenbereiche bei OA überprüfen.

2.2.7 E32004 Ordnungsamt
∘ Kommunale Verkehrsüberwachung

Prüfungsbericht vom 23.07.2009

Die Prüfung erstreckte sich auf Geschäftsvorgänge des Haushaltsjahres 2008, insbesondere auf den ruhenden Verkehr. Es wurde stichprobenartig geprüft, ob die von der kommunalen Verkehrsüberwachung verhängten Verwarnungs- und Bußgelder vollständig vereinnahmt wurden.

Außerdem wurde beleuchtet, ob ordnungsgemäß gearbeitet wurde und die Grundprinzipien eines Internen Kontrollsystems vorhanden sind und umgesetzt werden.

Es existiert ein aktuelles Organigramm sowie eine strukturelle Trennung von Innen- und Außendienst, die sich auch räumlich fortsetzt und strikt eingehalten wird. Der Außendienst ist aufgeteilt in vier Teams, drei davon sind für den ruhenden Verkehr zuständig. Auswertungen über zumindest stadtteilbezogene Fallzahlen werden momentan nicht systematisch geführt. Es gibt bislang einen per Hand erstellten Dienstplan, wobei darauf geachtet wird, dass die Mitarbeiter in wechselnden Gebieten eingeteilt werden. Hier regte Rpr den zukünftigen Einsatz einer entsprechenden Software an.

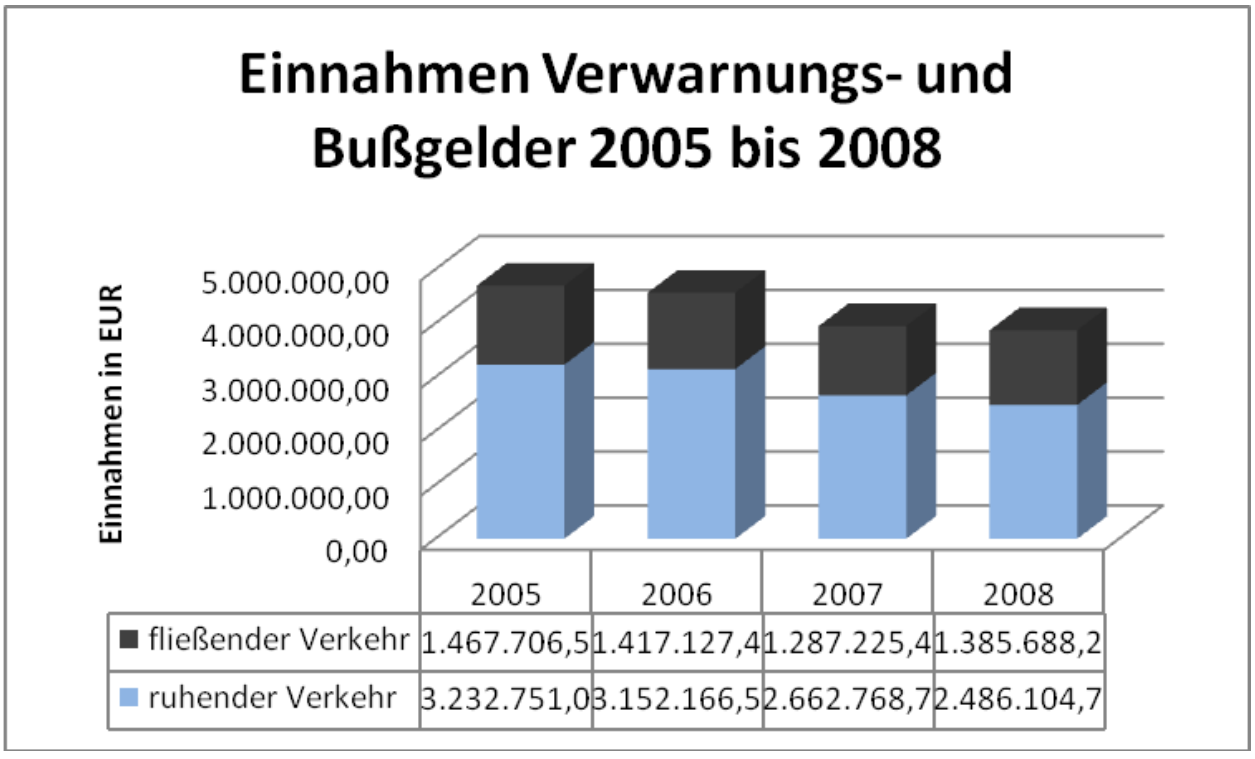
Es sind jeweils für den Innen- und Außendienst detaillierte „Richtlinien für die Sachbearbeitung Verkehrsüberwachung“ in Gebrauch. Die Außendienstrichtlinien wurden bereits überarbeitet, für den Innendienst soll demnächst eine Aktualisierung erfolgen.

Werden Strafzettel aus verschiedenen Gründen durch den Innendienst eingestellt, gibt es ein festgelegtes Handlungsschema mit Gegenzeichnungen (Vier-Augen-Prinzip).

Es wurde empfohlen, die von den Vorgesetzten stichprobenartig durchgeführten systematischen Kontrollen von Einzelfällen und die Durchführung einer Erfolgskontrolle (Nr. 4.3.2 Absatz 3 ADON) schriftlich zu dokumentieren. Wichtig ist auch die Schulung der Mitarbeiter zum Thema Korruptionsprävention.

Die Kommunale Verkehrsüberwachung stellt jährlich ca. 150.000 Verwarnungen im ruhenden Verkehr und ca. 60.000 Übertretungen im laufenden Verkehr fest und ist mit der weiteren Bearbeitung dieser Fälle befasst.

Ordnungsmäßigkeit und Zahlungseingang konnten in einer signifikanten Stichprobenprüfung im ruhenden Verkehr festgestellt werden. Die Gebühren wurden ordnungsgemäß festgesetzt und eingehoben, die Aktenführung war transparent und nachvollziehbar.



Ausreichende Begründungen zum permanenten Rückgang der Verwarnungsgelder im ruhenden Verkehr hat Rpr während der Prüfung nicht erhalten können. Controlling/Steuerung im neuen Zweckverband sind deshalb wichtig.

2.2.8 E34001 Standesamt

Prüfungsbericht vom 22.01.2009

Rpr prüfte die Geschäftsvorgänge im Bereich Geburten- und Sterbefallabteilung des Haushaltsjahres 2008.

Es wurde stichprobenweise kontrolliert, ob ein ordnungsgemäßer Zahlungseingang zu verzeichnen war. Auch wurde geprüft, ob die Möglichkeit besteht, dass missbräuchlich Geburts- oder Sterbeurkunden ausgestellt werden können.

Eine genaue Zuordnung der eingegangenen Zahlungen sowohl in der Geburtenabteilung als auch in der Sterbeabteilung zu den bearbeiteten Fällen war mangels einer namentlichen oder ziffernmäßigen Kennzeichnung nicht möglich.

Es konnte daher nur überschlägig festgestellt werden, ob die bestellten Urkunden auch bezahlt wurden. Dies hängt laut Stellungnahme von StN damit zusammen, dass Urkunden teilweise mehrfach vorab bestellt und vorbereitet werden, die die Eltern bei der Abholung doch nicht benötigen und bezahlen.

Bei der Entwicklung der Einnahmen ist ab 01.01.2009 eine Steigerung zu erwarten. Bedingt durch die Änderung des Personenstandsgesetzes wurden die Gebühren neu festgesetzt (anstelle von 7 EUR für eine Urkunde bzw. für jede weitere 3,50 EUR, ab 01.01.2009 gemäß der „Empfehlung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren zur Ausgestaltung des Gebührenrahmens im Personenstandswesen vom 15. Dezember 2008“ jeweils 10 EUR pro Urkunde). Die Ermäßigung für jede weitere Urkunde ist also entfallen.

Die Änderung des Personenstandsgesetzes (PStG) ab 01.01.2009 beinhaltet vor allem die Umstellung von gebundenen Standesamtsbüchern zu elektronischen Personenstandsregistern.

Insgesamt kam Rpr zu folgenden Feststellungen:

- In beiden o. g. Abteilungen kann in den Akten (bis auf die von Frh bezahlten Fälle) bislang nicht nachvollzogen werden, welche Urkunden bezahlt wurden. Für die Zukunft hat StN zugesagt, die Ausgabe der Urkunden nachvollziehbar zu dokumentieren.
- Die „Dienstanweisung für die Zahlstellen Geburtenabteilung, Sterbefallabteilung und Urkundenabteilung beim Standesamt Nürnberg“ ist einzuhalten, Kassenübergaben sind durchzuführen und zu dokumentieren. Die Kassensicherheit konnte im Zuge der Prüfung verbessert werden.
- Die Ordnungsmäßigkeit der aufgezeichneten Geburten- und Sterbefälle konnte in den Akten lückenlos nachvollzogen werden. Die Angaben in den Anträgen waren vollständig, insbesondere wurden die Angaben des Anzeigenden gem. § 18, § 28 PStG dokumentiert.

2.2.9 E40301 SchA – Bereich Gymnasien/Realschulen u. a.
○ Prüfung Personalkosten

Prüfungsbericht vom 25.06.2009

Geprüft wurde der staatliche Lehrpersonalzuschuss bei den städtischen Gymnasien und Realschulen.

Der Freistaat gewährt für kommunale Schulen gemäß § 17 Abs. 1 und 2 BaySchFG einen Zuschuss von 61 % zum Lehrpersonalaufwand.

Die Berechnung und Erstattung der Lehrpersonalzuschüsse ergab – einschließlich der Zuschüsse zu den Mehrkosten durch das G8 – keine Feststellungen. Auch nach den detaillierten Berechnungen der Schulverwaltung liegt der effektive Zuschuss unter 40 % der tatsächlichen Personalkosten an den weiterführenden kommunalen Schulen. Unter Einbindung von SchA ist eine AG beim Bayerischen Städtetage mit dem aus städtischer Sicht sehr wichtigen Thema befasst.

Prüfungsbericht vom 25.06.2009

Bei ASN wurde der Bereich „pauschale Zulagen und unständige Bezüge“ geprüft. Im Einzelnen waren dies die

- Fahrerzulage
- Überstunden
- Rufbereitschaften
- Schichtzulage
- Erschwerniszulagen

Ergebnis dieser Prüfung war, dass in zwei Fällen Beschäftigte eine pauschale Fahrerzulage erhielten, obwohl sie als Fahrer nicht oder nur noch geringfügig eingesetzt wurden. Hier wurde von Rpr gefordert, dass in diesen Fällen die Pauschale Fahrerzulage gestrichen wird und die Einsätze spitz abgerechnet werden sollen. ASN hat hier die Zahlung der Fahrerpauschale eingestellt.

Zur Überwachung der Überstunden wurde darauf hingewiesen, dass Überstunden spätesten 9 Monate nach deren Anfall wegen der Ausschlussfrist verfallen und kein tariflicher Anspruch auf Abfeiern oder finanziellem Ausgleich mehr bestünde. Hier wird von ASN geprüft, ob nicht im Rahmen der Neustrukturierung die Möglichkeit genutzt wird, Überstunden in Arbeitszeitkonten oder Langzeitkonten gemäß § 10 TVöD zu führen.

Die weiteren Prüfungspunkte waren ohne Feststellungen.

Prüfungsbericht vom 03.08.2009

Beim Klinikum erhalten etwa 700 Beschäftigte einen Strukturausgleich, davon wurden etwa 20% anhand der tariflichen Bestimmungen geprüft.

Der Strukturausgleich (Exspektanzenschutz) dient als Ausgleich für fiktive künftige Einkommenseinbußen. Geprüft wurde hier, ob die Begünstigten ein Anspruch hatten und in welcher Höhe und Dauer.

Der in Stichproben geprüfte Strukturausgleich wurde entsprechend der tariflichen Regelungen des § 12 TVÜ-VKA i. V. m. der Anlage 2 zu § 12 TVÜ-VKA gewährt.

Prüfungsbericht vom 18.09.2009

Stichprobenartig wurden bei verschiedenen Dienststellen die Fahrkostenabrechnungen für die Nutzung von Privat-Pkw für dienstliche Zwecke anhand von Sachkonten auf ihre Plausibilität geprüft. Hierbei wurden mehrere Dienststellen schriftlich um Mitteilung gebeten, wie sie durch interne Kontrollen die Kostenabrechnung auf sachliche und rechtliche Richtigkeit überprüfen.

Der Eindruck entstand, dass mit zunehmender Größe der Dienststellen die Prüfung der von den Beschäftigten gemachten Angaben mit geringerer Tiefe gehandhabt wurde, mit Hinweis auf den hohen Zeitaufwand und die Vielzahl der Berechnungen. Rpr hat auf die Verpflichtungen der anordnenden Bereiche hingewiesen. In Einzelfällen ist fälschlicherweise Lohnsteuer nachträglich bei der Gehaltsauszahlung einbehalten worden.

Prüfungsbericht vom 26.10.2009

Bei der Prüfung des Winterdienstes wurden die Rufbereitschaft, die Arbeitseinsätze sowie die daraus resultierenden Erschwerniszulagen und Zeitzuschlägen geprüft.

Eine Prüfung des Winterdienstes bei den Hausmeistern war nicht mehr gegeben, weil hier der Winterdienst außerhalb der regulären Dienstzeit an private Dienstleister vergeben wurde. Die Prüfung des Winterdienstes bei SÖR, hinsichtlich der angefallenen Rufbereitschaften und der Arbeitseinsätze, ergab keine Feststellungen.

Prüfungsbericht vom 13.11.2009

Bei Frh wurden stichprobenartig die in den einzelnen Bereichen anfallenden Zulagen und Zuschläge auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüft.

Bestattungsberater/innen werden für die Zeit nach Dienstschluss und am Wochenende bzw. an Feiertagen zur Rufbereitschaft eingeteilt. Die Prüfung hat ergeben, dass die Rufbereitschaftspauschale und die daraus folgenden Zeitzuschläge den Beschäftigten korrekt erstattet wurden.

Beschäftigte im Bereich Krematorium erhalten neben der Schichtzulage noch die Einäscherungszulage sowie die Vorarbeiter eine Vorarbeiterzulage. Auch hier ergab die Prüfung o. E..

Die Friedhofsschaffner erhalten aus ihrer Tätigkeit eine Gärtnerzulage sowie eine Einsargzulage. Daneben werden auch hier die Beschäftigten zur Rufbereitschaft eingeteilt. Die Prüfung hat auch hier o. E. ergeben.

2.2.10 E 41002 Museen

⚬ Tucherschloss Kostenbeteiligung Freistaat Bayern

Prüfvermerk vom 10.09.2009

Nach § 3 der Vereinbarung vom 27.03.1973 übernimmt der Freistaat Bayern alle im Zusammenhang mit dem Museumsbetrieb „Tucherschloss“ stehenden und nach Abzug der Einnahmen verbleibenden Kosten zur Hälfte. Hierzu hat KuM eine Gesamtrechnung über die Einnahmen und Ausgaben zu erstellen und über Rpr der Bayerischen Schlösserverwaltung zur Erstattung zuzuleiten.

Für 2008 wurden danach abgerechnet.

	2008 EUR
Einnahmen	28.914
Ausgaben	99.848
Saldo	70.934
Erstattungsbetrag	**35.467**

Für die vorgelegte Abrechnung konnte die Bestätigung der Richtigkeit aufgrund der beigefügten Unterlagen und nach ergänzenden Rückfragen erteilt werden. Um künftige Abrechnungen mit dem Freistaat Bayern zeitnah erstellen und die vorhergehende Prüfung durch Rpr mit geringerem Aufwand vornehmen zu können, wird von KuM auf Empfehlungen von Rpr die Erfassung und Aufbereitung der Daten neu strukturiert.

2.2.11 E41301 Stadtbibliothek u. a.
∘ Ermittlung von Doppelzahlungen

Wie in den Vorjahren hat Rpr die Kreditorenbelege auf Doppelzahlungen geprüft.

Für die Prüfung wurde die Software IDEA, ein universelles Instrument für die Prüfung, Analyse und das Reporting von großen Datenmengen, eingesetzt. Auch im Haushaltsjahr 2008 waren vereinzelt doppelte Zahlungen festzustellen. Die betroffenen Dienststellen wurden aufgefordert, die Zahlungen zu prüfen und die Rückforderung in die Wege zu leiten. Die Vollzugsmeldungen gehen an Rpr.

Doppelzahlungen sind in der Regel darauf zurückzuführen, dass die Rechnung durch den Kreditor zweifach gestellt wurde bzw. die Rechnungszweitschrift oder Kopie/Durchschrift der Rechnung nochmals zur Zahlung angewiesen wurde.

2.2.12 E41801 Kunst- und Kulturquartier
∘ Ausstellungen in der Kunsthalle

Prüfungsbericht vom 20.10.2009

Rpr hat auf der Basis des Haushaltsjahres 2008 die Abwicklung der in 2008 durchgeführten Ausstellungen in der Kunsthalle geprüft.

In 2008 wurden in der Kunsthalle der Stadt Nürnberg fünf Ausstellungen realisiert, die sich mit Architektur und Design, mit realen und fiktiven Lebenswelten befassten und zugleich eine umfassende Werkschau junger Künstler in einer deutschen Institution darstellten. Den thematischen Schwerpunkt mit Bezug auf ein gewichtiges Alleinstellungsmerkmal der Stadt Nürnberg bildete im Sommer die Ausstellung „Das Gelände“ mit Beteiligung von verschiedenen Künstlern, die sich auf individuelle Weise mit der Frage nach dem Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg auseinander setzten.

	Gesamt EUR	**Matthieu Mercier EUR**	**Beate Gütschow EUR**	**Das Gelände EUR**	**Kiki Smith EUR**	**Cao Fei EUR**

Erträge	**54.856**	**18.202**	**4.920**	**4.706**	**22.530**	**4.498**
- Eintrittsgelder	**21.316**	2.599	3.470	3.386	8.077	3.784
- Verkaufserlöse (Kataloge, Broschüren)	**10.498**	3.053	1.204	1.320	4.207	714
- Kostenbeteiligung durch Dritte	**22.550**	12.550	0	0	10.000	0
- Sonstige Erlöse	**492**	0	246	0	246	0
Aufwendungen	**347.279**	**82.293**	**40.147**	**67.570**	**78.316**	**78.953**
- Herrichten des Ausstellungsraum	**80.509**	20.656	4.007	12.406	19.079	24.361
- Transport der Kunstobjekte	**93.896**	30.637	9.233	16.320	25.464	12.242
- Leihgebühren	**10.994**	186	1.085	1.154	0	8.569
- sonstige Produktionskosten	**7.365**	3.153	611	2.225	114	1.262
- Künstler und Assistenz	**10.756**	1.872	2.222	1.396	1.641	3.625
- Marketing und Eventmaßnahmen	**73.971**	12.970	10.490	19.967	17.091	13.453
o Erstellung Kataloge / Druckschriften	**44.238**	6.903	4.413	13.597	11.290	8.035
o Werbemaßnahmen	**19.168**	4.189	4.096	3.045	4.585	3.253
o Dokumentation	**4.632**	940	1.188	1.010	687	807
o Eröffnung	**3.447**	378	366	1.898	233	572
o Sonstiges	**2.486**	560	427	417	296	786
- Aufsicht und Kassendienst	**69.788**	12.819	12.499	14.102	14.927	15.441
Negativer Deckungsbeitrag	**292.423**	**64.091**	**35.227**	**62.864**	**55.786**	**74.455**
• Durchschn. Eintrittsgeld	**2,37**	2,03	1,87	1,80	3,46€	2,28
• Besucher	**8.989**					

Unter Beschränkung auf die relevanten Aufwendungen und Erträge der Kunstausstellungen ergibt sich eine Kostenunterdeckung von rd. 292 TEUR. Bei einer Gesamtbetrachtung kam die Kunsthalle 2007 auf einen Kostendeckungsgrad von knapp 10 % (Zuschussbedarf rd. 850 TEUR), im Jahr zuvor gar nur auf 5,7 %.

Neben der generellen Aufforderung zur Verbesserung der unbefriedigenden Ertragslage sind u. a. folgende Prüfungsbemerkungen erforderlich gewesen:

- Reduzierung der Freikarten
- Höhere Eintrittsgelder bei kostenintensiven Ausstellungen
- Einsparungen bei den Kosten für Aufsichts- und Kassendienste. Die Kosten betragen mehr als das 3-fache der Einnahmen
- Reduzierung Transportkosten (Bieterkreis ausweiten)
- Verbesserung des Verhältnisses Erträge/Kosten bei den Katalogen

  Nach den Kassenunterlagen wurden Kataloge nur im geringen Umfang verkauft, der weitaus größere Teil wurde als Freiexemplar abgegeben. Auch waren zum 31.12.2008 von den aktuellen Katalogen noch Restbestände von insgesamt 1.255 Stück (mit einem Anschaffungswert von rd. 18.300 EUR) und Restbestände früherer Ausstellungskataloge von 5.120 Stück vorhanden (Verkaufspreis knapp 65 TEUR). Die Auflagenhöhe von Katalogen wäre so anzusetzen, dass nur eine möglichst geringe Anzahl an Exemplaren übrig bleibt.

In der Stellungnahme der Dienststelle ist auf die vielfältigen Bemühungen (u. a. Spenden/Sponsoring) in der Kunsthalle hingewiesen worden. Ein notwendiger Turnaround bei Besucherzahlen und Ertragslage lässt sich daraus u. E. nicht ableiten. Einschränkungen und Kostensenkungen bei Aufsicht sowie Transport seien im Ausstellungsbereich problematisch.

2.2.13 E50001 Sozialamt u. a.

∘ Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt und der NOA

Prüfungsbericht vom 24.06.2009

Die NOA ist ein Tochterunternehmen der Stadt und in ihrer strategischen Ausrichtung von der Aufgabenverteilung durch die Agentur für Arbeit, die ARGE Nürnberg und die Stadt abhängig. Mit der Stadt bestehen umfangreiche vertragliche und finanzielle Beziehungen, die hinsichtlich ihrer sachlichen und rechnerischen Begründetheit geprüft wurden.

Zum Jahresende 2008 ergaben sich folgendes Bild:

Leistungen der NOA	Gesamt TEUR	OBM/BM Schulen TEUR	Ref.I TEUR	Ref.II TEUR	Ref.III TEUR	Ref.IV* TEUR	Ref. V TEUR	Ref.VI TEUR	Ref.VII TEUR
Auftragsleistungen	**590**	**267**	**0**	**0**	**2**	**21**	**66**	**90**	**144**
Kostenerstattungen	**115**	**7**	**0**	**0**	**0**	**4**	**87**	**0**	**17**
Kooperationen	**1.710**	**75**	**176**	**712**	**64**	**8**	**348**	**244**	**83**
Transferleistungen	**23**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**23**	**0**	**0**
Übernahme Jahresverlust	**751**	**0**	**0**	**751**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
GESAMT	**3.189**	**349**	**176**	**1.463**	**66**	**33**	**524**	**316**	**262**
Leistungen an Stadt	**20**								

Um auf diesem Gebiet einmal eine Gesamtschau zu geben, werden nachfolgend die einzelnen Bereiche kurz dargestellt, wo erforderlich mit Prüfungsbemerkungen.

<u>Auftragsleistungen</u>

Die Dienststellen vergeben anfallende Arbeiten. Dabei werden von Fachfirmen und von der NOA entsprechende Angebote eingeholt. Die NOA wurde in folgenden Bereichen beauftragt:

- Service-Leistungen

  Für Entsorgung von Sperrmüll, Bauschutt, EDV-Geräten, Transporte, Umzüge und Hilfsleistungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen) wurden 92 TEUR aufgewendet.

- Unterhaltsarbeiten

  Maßnahmen des kleinen Bauunterhalts werden von den Dienststellen direkt vergeben, umfangreiche Arbeiten von den zentralen Stellen als Jahresunterhaltsleistungen ausgeschrieben. Die NOA war an Unterhaltsarbeiten für Außenanlagen, Gebäude und bauliche Anlagen, Einrichtung, Grün- und Sportanlagen, Straßen und unbebaute Grundstücke sowie für den sonstigen kleinen Bauunterhalt beteiligt. Insgesamt fielen 302 TEUR an.

- Baumaßnahmen

  Daneben wurde die NOA auch im Zusammenhang mit aktivierungspflichtigen Baumaßnahmen in Anspruch genommen. Dafür wurden 150 TEUR aufgewendet.

- Bewirtschaftungsaufträge

  Der NOA wurden der Ordnungsdienst am Zentralen Omnibusbahnhof, die Bewirtschaftung der Personenschifffahrtsanlegestelle Nürnberg und, zusammen mit anderen Firmen, die Schließdienste in Volksschulen und auf Bolzplätzen übertragen. Dafür wurden insgesamt 46 TEUR abgerechnet.

Kostenerstattungen

- Personalkosten

  Von März 2007 bis Mai 2008 hat die NOA Ref. VII eine Verwaltungskraft für den Einsatz bei der „metropolregion nuernberg“ zur Verfügung gestellt, deren Vergütung (2008 rd. 17 TEUR) aus Verfügungsmitteln für Projekte übernommen wurde.

  Im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ wurde eine Sozialpädagogenstelle bezuschusst, die aufgrund einer Vereinbarung mit einer NOA-Beschäftigten (Kosten 2008 rd. 7 TEUR) besetzt wurde. Das Projekt ist im April 2008 ausgelaufen.

  Im Kulturzentrum K4 wird eine Jugend-Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in Kooperation mit der NOA mit wechselnden Teilnehmern durchgeführt. Die NOA übernimmt die Beantragung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bei der ARGE sowie die Personalverwaltung und erhält dafür eine Verwaltungspauschale. Für 2008 wurden rd. 4 TE berechnet.

- Mietkosten

  Die Stadt hat im Anwesen Fichtestr. 45/Heerwagenstr. Büroräume für SHA angemietet. Im gleichen Anwesen befinden sich auch Geschäftsräume der NOA. Die anfallenden Nebenkosten werden zunächst von der NOA übernommen und dann anteilig auf die Nutzer (Stadt und NOA) verteilt. Die NOA erhält zwischenjährige Abschlagszahlungen entsprechend den voraussichtlichen Nebenkosten. 2008 wurden rd. 72.000 EUR geleistet, sowie eine Nachforderung für 2006 in Höhe von knapp 15 TEUR beglichen.

Kooperationen

- Verbundausbildung

  2008 wurden von der Stadt 40 zusätzliche Ausbildungsplätze im Verbund mit der NOA und anderen Kooperationspartnern geschaffen. Bereits in den Vorjahren wurden 10 Plätze im Rahmen des Maßnahmenpakets „Ausbildungsnot/Jugendsozialarbeit“ geschaffen. Die Ausbildungsplätze erstrecken sich auf den gewerblich-technischen Bereich, den kaufmännischen Bereich und den gastronomischen Bereich. Über eine Koordinierungsstelle bei der NOA wird der organisatorische und fachliche Ablauf sichergestellt. Die Stadt beteiligt sich mit 40 % an den Ausbildungsvergütungen, die ARGE übernimmt 60 %. Für 2008 wurden Ausbildungsvergütungen in Höhe von rd. 176 TEUR von der Stadt übernommen.

- Leiharbeitskräfte

  Die NOA entsendet seit den 90er Jahren Arbeitslose an die Stadt zum Einsatz bei verschiedenen Dienststellen, wofür sie unabhängig von der Zahl der Kräfte eine pauschale jährliche Vergütung erhält. Die entsprechenden Aufwendungen wurden bis 31.12.2004 als „Kostenerstattung NOA“ und seit 01.01.2005 unter dem Begriff „Leiharbeitskräfte“ zu Lasten Ref. V verbucht. Dafür wurden seit den 90er Jahren jährlich 455.000 EUR und seit 2007 jährlich 285.000 EUR an die NOA überwiesen.

Da wegen einer Rechtsänderung zum 01.01.2005 eine gesetzliche Kostenträgerschaft der Stadt entfiel, wurde Ref. V in Benehmen mit Ref. II um Klärung gebeten. Ref. II hat die Einstellung der Zahlungen ab 2009 mangels Rechtsgrundlage verfügt. Die freigewordenen Haushaltsmittel wurden zunächst auf das Sachkonto „Verlustausgleich“ umgeschichtet.

- Fundbüro

  Die NOA übernahm die der Stadt obliegenden Aufgaben der Annahme, Verwahrung und Verwertung von Fundsachen sowie die Annahme von Verlustanzeigen. Zu den Personalkosten der NOA leistet die Stadt einen Zuschuss nach den Durchschnittspersonalkosten auf der Grundlage des TVöD. 2008 wurden der NOA rd. 64 TEUR ausgezahlt.

- Projektförderung

  Die Stadt setzt sozialpolitisch begründete Maßnahmen in einer Reihe von Projekten als Projektträger um. Dabei nimmt sie auch die Hilfe der NOA in Anspruch. Im Einzelnen konnten folgende Projekte ermittelt werden:

  a) Kompetenzagentur und Future Guides, Scouts

  Die „Kompetenzagentur Nürnberg“ ist ein Projekt des Ref. V. In Kooperation mit J und der NOA wird das Konzept der Kompetenzagenturen seit April 2007 umgesetzt. Im Fokus steht dabei die soziale und berufliche Integration besonders benachteiligter junger Menschen im Alter von 14 – 27 Jahren. Jugendliche, die von bisherigen Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten nicht erreicht werden/wurden oder sich diesen entziehen, sollen an Integrations- und Qualifizierungsangebote herangeführt werden. Die Kompetenzagentur wird aus Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Die Förderung umfasst 45 Prozent der Sach- und Personalkosten.

  Bis 28.02.2008 war der Verwendungsnachweis von J zu erstellen. Bis dahin wurden der NOA von J die aufgewendeten Personal- und Sachkosten erstattet. Der Verwendungsnachweis der Kompetenzagentur für die Zeit vom 01.04.2007 bis 28.02.2008 wurde Rpr am 29.07.2009 von J zur Prüfung übermittelt. Als Ergebnis der Prüfung mussten zuwendungsfähigen Ausgaben um 10.646,08 EUR gekürzt werden.

  Im Zuge einer von Ref. V zum 01.01.2008 vorgenommenen Arbeits- und Zuständigkeitsverteilung zwischen der Verwaltung des J und der NOA werden die operativen Aufgaben der Jugendberufshilfe nun durch die NOA wahrgenommen. Die strategische Planung erfolgt durch J. Seit 01.03.2008 ist daher die NOA der Träger der Kompetenzagentur.

  Im Rahmen dieser Umstrukturierung erhielt die NOA auch den Auftrag der Fortführung des bisher bei J angesiedelten Projektes „Future Guides“. Substantielle konzeptionelle Unterschiede zur Kompetenzagentur sind nach Ansicht der NOA nicht existent. Derzeit bezeichnet der Begriff „Kompetenzagentur“ daher die Zusammenführung der Projekte Kompetenzagentur („geförderte Kompetenzagentur“) und Future Guides (nicht geförderte „Kompetenzagentur Kommune“).

  Das Scout-Modell ist Teil des Übergangsmanagements „Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife – Ausbau von Beratung, Begleitung, Elternarbeit und Vermittlung an Hauptschulen und für Hauptschüler/innen“.

  Zur Weiterführung der Projekte Kompetenzagentur, Future Guides und Scouts wurden der NOA mit Stadtratsbeschluss vom 22.11.2007 Mittel in Höhe von 150.000 EUR aus dem nicht ausgeschöpften Verlustausgleich des Jahres 2006 überlassen.

b) Ausbildungsfonds der NOA

Zur Finanzierung von Maßnahmen für das Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsgelegenheiten für junge Erwachsene im Leistungsbezug SGB II wurden dem Ausbildungsfonds der NOA mit vorstehendem Stadtratsbeschluss 112.102,08 EUR zugeführt.

c) Quapo

Seit Februar 2003 führt die NOA das Projekt „Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive für Jugendliche der Nürnberger Südstadt“ (Quapo) durch. Schüler der achten und neunten Klasse Hauptschule werden beim Erwerb des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses unterstützt und beim Übergang Schule/Beruf begleitet. Um die Fortführung und Ausweitung des Projektes zu ermöglichen, wurde im Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen, die Finanzierung aus Teilen des nicht ausgeschöpften Verlustausgleiches der NOA des Jahres 2006, aus Mittelbindungen des NOA-Haushalts im Jahr 2007 und einem Zuschuss des Ausländerbeirates vorzunehmen. Mit Stadtratsbeschluss vom 22.11.2007 wurden 450.000 EUR aus dem nicht ausgeschöpften Verlustausgleichsansatz des Jahres 2006 zur Verfügung gestellt. Der Ausländerbeirat bezuschusste das Projekt mit 12.600 EUR.

d) Übergangsmanagement Hauptschule – Ausbildung – SCHLAU, Nürnberger Ausbil-dungsplatzoffensive N-APO

Im Rahmen dieses Projektes wurde eine Auszubildende bei der NOA angestellt (Stammbetrieb). Der Stammbetrieb sichert die fachlich-methodische Betreuung der Auszubildenden und stimmt die Ausbildungsinhalte mit der Ausbildungsstätte ab. Die Ausbildungsstätte (Stadt) übernimmt die fachpraktische Ausbildung. Die NOA trägt die tarifliche Ausbildungsvergütung und die Sozialversicherung der Auszubildenden. Sie übernimmt die Verwaltungskosten sowie die für die fachpraktische Ausbildung notwendigen Kosten im ersten Ausbildungsjahr. Ab dem zweiten Ausbildungsjahr bezuschusst die Stadt die Ausbildungsvergütung incl. Sozialversicherungsbeiträge zu 100 Prozent. Für die Auszubildende wurden 17.977,53 EUR an die NOA überwiesen. Dabei wurde der Dezember 2008 doppelt berechnet. Rpr monierte dies, die Fachdienststelle wird die Überzahlung in Höhe von 913,86 EUR mit den Folgezahlungen 2009 verrechnen.

e) Kooperatives Berufsvorbereitungsjahr (BVJ-K), Berufsintegrationsjahr (BIJ) und Berufseinstiegsjahr (BEJ)

Dabei handelt es sich um drei vom Freistaat (BIJ und BEJ) bzw. dem ESF (BVJ-K) geförderte Projekte. Sie sollen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz die Erfüllung der Berufsschulpflicht ermöglichen, sie an eine regelmäßige Arbeit und an kontinuierliches Lernen heranführen und sie befähigen, eine Ausbildung aufzunehmen. Der schulische Teil der Ausbildung findet an den städtischen Berufsschulen statt, den praktischen Teil der Ausbildung übernimmt jeweils ein Kooperationspartner. Der Kooperationspartner verpflichtet sich, die Teilnehmer in seinen überbetrieblichen Einrichtungen praktisch anzuleiten sowie während der Praktika sozialpädagogisch zu betreuen. Die Aufwendungen des Kooperationspartners sind der Stadt in Rechnung zu stellen. Die Stadt erhält diese Kosten vom Freistaats Bayern bzw. dem ESF erstattet. Die Auswahl der Kooperationspartner erfolgt im Rahmen eines Vergabeverfahrens nach VOL/A. Hier wurde neben einem anderen Anbieter die NOA vertraglich als Kooperationspartner verpflichtet. Im Jahr 2008 wurden für diese Maßnahmen insgesamt 39.383 EUR an die NOA ausgezahlt.

f) Sonstige Projekte

Für die Mitarbeit der NOA in verschiedenen kleineren sozialen und schulischen Projekten der Stadt wurden insgesamt rd. 16 TEUR ausgereicht.

- Dienstleistungscenter Nordostbahnhof

  Dabei handelt es sich um die Erweiterung des NOA-Projektes „Bauhütte“ für das Quartier Nordostbahnhof. Projektziel ist die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und die Erbringung von Leistungen für das Quartier. Aus dem Projekt „Bauhütte“ wurden der NOA-Lebensmittelladen und die Nachbarschaftswerkstatt übernommen. Diese Teile des Projektes werden über Eigenmittel der NOA, Verkaufserlöse und Mittel der Arge Nürnberg finanziert.

  Hinzugekommen sind die über das Programm „Soziale Stadt“ von Bund, Land und der Stadt bezuschussten Bereiche Jobbüro, hauswirtschaftliche Dienstleistungen und der Anbau des Dienstleistungscenters.

  a) Jobbüro

  Das Jobbüro bietet Arbeitssuchenden oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Bürgerinnen und Bürgern inhaltliche und technische Unterstützung bei der Stellenrecherche und beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

  b) Hauswirtschaftliche Dienstleistungen

  Ziel ist es, älteren Menschen möglichst lange ihre Selbstständigkeit in der eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld zu erhalten. Die Aufträge konzentrierten sich auf die Erledigung von Transport- und Umzugshilfen, Entrümpelungen, Möbelaufbau, Grünpflegearbeiten und handwerkliche Dienstleistungen.

  2008 wurden 232.688,80 EUR (Nachzahlungen für das zweite Projektjahr und Abschläge für das 3. Projektjahr) von der Stadt an die NOA gezahlt. Davon erhält die Stadt 60 Prozent von Bund und Land erstattet.

  c) Anbau Dienstleistungscenter

  Im Oktober 2006 wurde mit einem Erweiterungsbau begonnen. Die Umsetzung erfolgte in Form eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojektes durch die NOA in Kooperation mit Fachfirmen. Der Anbau wurde im September 2007 fertiggestellt. Auch dieses Bauprojekt wurde mit insgesamt 110.000 EUR aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert. 2008 wurde die letzte Teilzahlung in Höhe von 11.000 EUR an die NOA geleistet. Auch hier werden der Stadt 60 Prozent von Bund und Land erstattet.

- Südstadtforum

  Das Südstadtforum Service und Soziales ist eine Einrichtung der Stadt in der Betriebsträgerschaft der NOA. Die Stadt überlässt nach dem Kooperationsvertrag dem Träger und seinen Nutzern die Räume mietfrei. Die NOA ist Träger der Seniorenarbeit im Südstadtforum. Die Kontakt- und Informationsstelle für Senioren wurde über das Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Insgesamt ergab sich ein Förderungsbetrag von 80.532 EUR der mit je 24.170 EUR von Bund und Land und 32.192 EUR von der Stadt getragen wurde. Da der Verwendungsnachweis erst im März 2009 von der Regierung von Mittelfranken geprüft werden konnte, wurde der Gesamtförderungsbetrag erst 2009 an die NOA ausgezahlt.

<u>Transferleistungen</u>

- Lieferungen von Haushaltsgeräten

  Ab 2001 wurde die NOA mit der Reparatur von Haushaltsgeräten und Möbeln von Sozialhilfeempfängern beauftragt. Ferner wollte die Stadt Sozialhilfeempfängern die Möglichkeit eines verbilligten Einkaufs von Haushaltsgeräten bei der NOA bieten. Die Kosten wurden als einmalige Beihil-

fen nach dem BSHG übernommen. Aufgrund der Änderung des Sozialhilferechts sind diese Leistungen seit 2005 nur noch in Einzelfällen möglich.

- Übernahme von Mieten

  Nach der Auflösung der Obdachlosenwohnanlage Neumeyerstraße wurden Haushalte, die auf dem Wohnungsmarkt nicht vermittelbar waren, in Pensionen bzw. in anderen Obdachlosenunterkünften untergebracht. Das stadteigene Anwesen Elisenstr.11 wurde an die NOA mit der Maßgabe veräußert, dort 15 Sozialwohnungen zu errichten, in denen nicht vermittelbare Familien aufgenommen werden können. Die Wohnungen wurden zum 01.10.2002 fertiggestellt. Die NOA schließt mit den Nutzern Mietverträge ab und erhält eine Mietausfallgarantie durch SHA. Für 2008 wurden insgesamt 5.667 EUR an die NOA überwiesen.

- Verlustausgleich

  Die Übernahme des Jahresverlustes der NOA ist von der Stadt zugesichert und erfolgt gemäß § 252 HGB (zuletzt 2007: 751 TEUR). In den Jahren 2004, 2005 und 2006 wurde der von der NOA veranschlagte – und in entsprechender Höhe im Haushalt der Stadt eingestellte – Jahresverlust unterschritten. Der jeweils nicht ausgeschöpfte Verlustausgleich dieser Jahre wurde der NOA größtenteils zur zweckbestimmten Verwendung für Projekte überlassen. Neben der bereits dargestellten Überlassung der Mittel aus 2006 von rd. 712 TEUR für Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen wurden weitere Mittel aus 2004 von rd. 14 TEUR für das Projekt „Kunst im öffentlichen Raum“ des Südstadtforums, Mittel aus 2005 von insgesamt 992.000 EUR, davon 450.000 EUR für das Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsangelegenheiten für junge Erwachsene im Leistungsbezug SGB II und 442.000 EUR für Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote rund um das Südstadtforum überlassen.

- Verpflichtungen der NOA gegenüber der Stadt

  Die NOA hatte 2008 von der Stadt Leistungen in Höhe von rd. 20 TEURbezogen:

Während – bezogen auf 2007 – nur rd. 14 % der NOA-Erlöse (einschließlich Verlustausgleich) von der Stadt kommen, resultiert der Großteil der Erträge aus der Kooperation mit der BA und der Arge. Mit der Einführung des SGB II hat sich die Ertragslage der NOA aus der Zusammenarbeit mit diesen beiden Vertragspartnern merklich verbessert, so dass u. E. der Ausweis eines Plan-Verlustes bei der NOA bzw. eines Plan-Verlustausgleichs bei der Stadt eigentlich entbehrlich werden sollte. Die Leistungs- bzw. Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und der NOA wären vollständig auf konkrete Einzelverträge umzustellen. Dies würde einen evtl. ungeplanten Verlust und mglw. späteren Ausgleich durch den Gesellschafter nicht ausschließen.

Abgesehen von einzelnen Korrekturen und Hinweisen ergab die Prüfung o. E., hinsichtlich Streichung des Plan-Verlustausgleichs an die NOA im Haushalt der Stadt ging die Anregung an Ref. II.

2.2.14 E50008 Hilfe zum Lebensunterhalt u. a. ⁰ Einnahmenverwaltung

Prüfungsbericht vom 05.05.2009

Einnahmen des Amtes für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt – (nachfolgend SHA) im Transferbereich aus Forderungen gegenüber Leistungsempfängern und sonstigen Dritten wurden bis Ende 2007 mittels des DV-Verfahren BS-2000 ohne direkte Sollstellung verwaltet.

Mit Ablösung dieses Verfahrens zum November 2007 durch das SAP-Modul „PSCD“ können ab 2008 nunmehr auch Forderungen im Transferbereich einzeln erfasst und zusammengefasst bilanziert werden.

Nach Auswertung der Jahresrechnung und Datensätze ergab sich zum Prüfungsstichtag (30.01.2009) per 31.12.2008 folgender Forderungsbestand.

Forderungsbestand 31.12.2007 EUR	Soll 2008 EUR	Haben 2008 EUR	Forderungsbestand 31.12.2008 EUR
227.444	2.417.346	1.208.945	1.435.845

Die zu diesem Stichtag erfassten Forderungen betrafen zu 34 % Leistungsfälle nach dem BSHG und zu rd. 66 % Leistungsfälle nach dem SGB XII, wovon wiederum rd. 66,1 % Forderungen gegenüber Leistungsempfängern, 33,9 % gegenüber Sozialleistungsträgern und sonstigen öffentlichen Stellen entfielen.

Forderungen aus Leistungsfällen nach dem BSHG

Mit Inkrafttreten des SGB II und XII zum 01.01.2005 und der damit verbundenen Aufhebung des BSHG waren Hilfeleistungen nach dem BSHG zum 31.12.2004 einzustellen und soweit die Voraussetzungen vorlagen, in die Zuständigkeit des SGB XII bzw. SGB II zu überführen.

Zur Erfassung und Sicherung von finanziellen Ansprüchen gegen Leistungsempfänger oder sonstige Dritte aus dem Leistungszeitraum BSHG in rd. 18.800 Fällen wurde bei SHA eine zentrale Abteilung eingerichtet.

Nach Angaben von SHA betrafen diese Fälle neben der Überwachung bereits geltend gemachter Forderungen (rd. 51 %) und erkannten Kostenerstattungsansprüchen gegenüber dem Bezirk (rd. 7,1 %) zum Großteil (rd. 35,9 %) Ansprüche aus der Übernahme von Kautionen.

Für von Rpr untersuchte 150 Forderungen aus dem Leistungszeitraum BSHG ergab sich eine Refinanzierungsquote von lediglich rd. 40,3 %. Die Begründung liegt darin, dass in nahezu 47,4 % der Fälle mangels ausreichender Leistungsfähigkeit Ratenzahlungen (sog. Ratenpläne) – nur zu relativ niedrigen Monatsraten - vereinbart werden konnten.

Forderungen aus Leistungsfällen nach dem SGB XII

Diese in 40 Akten geprüften Forderungen betrafen überwiegend Kostenbeiträge, Kostenerstattungen sowie Rückvergütungen und nur zu rd. 18 % Forderungen aus laufender Hilfe bzw. 25 % aus Darlehensgewährung gegenüber dem Leistungsempfänger.

Die Ratenhöhen werden in Abhängigkeit der Leistungsfähigkeit festgelegt. Zur Sicherstellung der Zahlungseingänge und Ablösung von Darlehen wird in der Regel mit den Leistungsempfängern eine Teilabtretung laufender SGB II-Leistungen vereinbart.

Nach Darstellung des SHA liegt unter Berücksichtigung aller Zahlungseingänge die Refinanzierungsquote per Ende 2008 immerhin bei 64 %.

2.2.15 E52006 Hilfe zur Erziehung ∘ Erziehungsbeistandschaft

Prüfungsbericht vom 29.09.2009

Die Erziehungsbeistandschaft nach § 30 SGB VIII ergänzt und unterstützt die familiäre Erziehung. Sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte begleiten junge Menschen, die ohne diese Unterstützung mit ihrer familiären oder sozialen Lebenssituation nicht mehr zurecht kommen würden.

Für die Erziehungsbeistandschaft ist gem. § 36 Abs. 2 SGB VIII stets ein Hilfeplanverfahren erforderlich. Die Entscheidung über die Hilfeart ist unter aktiver Einbeziehung der Sorgeberechtigten und des betroffenen jungen Menschen im Zusammenwirken der betroffenen Fachkräfte vom Jugendamt zu treffen.

Von der Stadt wurden 2008 für Erziehungsbeistandschaften 699.531,19 EUR aufgewendet.

Erziehungsbeistandschaft wird auf Antrag gewährt, Kostenbeiträge werden nicht erhoben.

Rpr überprüfte in 24 zufällig ausgewählten Fällen den Hilfeverlauf, die Zuständigkeit für die Gewährung der Hilfe und – soweit möglich – den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Hilfegewährung. Für diese 24 Fälle wurden 100.429 EUR aufgewendet.

Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattungspflicht

In allen geprüften Fällen war die Zuständigkeit des J der Stadt Nürnberg nach § 86 SBG VII für Kinder und Jugendliche bzw. nach § 86 a SGB VIII für junge Volljährige gegeben. In einem Fall war ein auswärtiges Jugendamt nach § 89 a SGB VIII kostenersatzpflichtig. Es hat die ihm aufgerechneten Kosten vollständig erstattet.

Altersstruktur der Klienten

Von den Klienten waren 5 Kinder, 12 Jugendliche und 7 junge Volljährige.

Vorangegangene Hilfen

In 16 von 24 Fällen waren der Erziehungsbeistandschaft zum Teil mehrere andere Jugendhilfeleistungen (soziale Gruppenarbeit, Vollzeitpflege, Heimerziehung, Jugendgerichtshilfe usw.) vorausgegangen. Insgesamt waren in diesen 16 Fällen bereits 25 Jugendhilfeleistungen gewährt worden. In acht Fällen wurde die Erziehungsbeistandschaft im Anschluss an eine ambulante intensive Betreuung nach § 35 SGB VIII gewährt.

Hilfeplanung

Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Dies war in allen geprüften Fällen der Fall.

Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen die Fachkräfte zusammen mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält. Auch dies war in allen Fällen gegeben.

Die Fachkräfte sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Diese Vorgabe wurde in fast allen Fällen erfüllt. Lediglich in einem Fall lagen seit längerem keine Aussagen über die weitere Geeignetheit und Notwendigkeit der Hilfe vor.

Rpr ermittelte, welcher Zeitraum zwischen der Antragstellung und der Entscheidung über die zu gewährende Hilfe lag:

- in 15 Fällen fiel die Entscheidung innerhalb einer Woche,
- in 5 Fällen fiel die Entscheidung innerhalb eines Monats und
- in weiteren 4 Fällen fiel die Entscheidung innerhalb von 2 Monaten.

Insgesamt wurden die Entscheidungen sehr zeitnah getroffen.

Verlauf der einzelnen Hilfen

Erziehungsbeistandschaft wird nach Fachleistungsstunden gewährt. In der Regel werden 90 Fachleistungsstunden bewilligt. Pro Fachleistungsstunde wurden 58,35 EUR abgerechnet. Eine Erziehungsbeistandschaft mit 90 Fachleistungsstunden beläuft sich daher auf 5.251,50 EUR.

In schwierigen Fällen kann die Gewährung der Hilfe im Benehmen aller Beteiligten verlängert werden. Bei mangelnder Mitarbeit der Klienten, auf Wunsch der Klienten oder falls das Hilfeziel vorzeitig erreicht wurde, kann sie vorzeitig beendet werden.

In den geprüften Fällen wurden

- 6 Hilfen planmäßig beendet,
- 1 Hilfe verlängert und in der Verlängerungsphase planmäßig beendet,
- 3 Hilfen verlängert, aber vor Ablauf der Verlängerungsphase beendet,
- 13 Hilfen vorzeitig beendet und
- in einem Fall war zum Prüfungszeitpunkt unklar, ob die Hilfe verlängert werden muss.

Rpr ermittelte die Gründe für die unplanmäßige Beendigung der Hilfen.

- 2 Hilfen wurden vorzeitig beendet, da alle Hilfeziele erreicht worden waren.
- Eine Hilfe wurde wegen Umzugs der Klientin beendet.
- J beendete eine Hilfe, da zwischen der Mutter des Klienten und den Fachkräften Differenzen über die Ziele und die Ausgestaltung der Hilfe bestanden. Dagegen legte die Mutter Widerspruch ein, über diesen wurde noch nicht entschieden.
- Ein Klient begab sich in stationäre psychiatrische Betreuung.
- Eine Klientin beging Suizid.
- 2 Hilfen wurden von den Klienten beendet, da sie der Meinung waren, die Hilfe „bringe ihnen nichts“.
- 2 Hilfen wurden wegen Inhaftierung der Klienten beendet.
- 3 Hilfen wurden von J beendet, da die Klienten nicht zur Mitarbeit bereit waren.

- 3 Hilfen wurden von den Klienten beendet, da ein Wechsel im Betreuungspersonal erforderlich gewesen wäre und sie sich darauf nicht einlassen wollten.

Zielerreichung der Hilfe

J bewertete in 20 Fällen, in wie weit die einzelnen Ziele der Hilfen erreicht wurden. Rpr ermittelte daraus die durchschnittliche Zielerreichung pro Fall. Danach ergab sich

- in 4 Fällen eine positive Entwicklung (die Ziele wurden im wesentlichen erreicht),
- in 11 Fällen eine in Ansätzen positive Entwicklung (die Ziele wurden teilweise erreicht),
- in 3 Fällen keine maßgebliche Veränderung und
- in 2 Fallen eine negative Entwicklung.

Nachhaltigkeit der Hilfen

In 21 beendeten Fällen (in einem Fall war unklar ob eine Verlängerung erforderlich ist, in einem Fall war ein Widerspruchsverfahren anhängig und eine Klientin hatte Suizid begangen) wurde geprüft, ob Erkenntnisse über die weitere Entwicklung nach der Hilfe vorlagen.

- In 12 Fällen lagen keine weiteren Erkenntnisse vor. Rpr geht hier davon aus, dass weitere Hilfen nicht erforderlich sind.
- 2 Klienten begaben sich in Therapie.
- Einem seelisch behinderten Klienten wurde durch die Hilfe ermöglicht, eine weiterführende Schule zu besuchen, hier wird jedoch Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII erforderlich werden.
- Eine erfolgreich verlaufene Hilfe hätte zur Stabilisierung verlängert werden müssen, die Mutter des Klienten stellte jedoch den erforderlichen Antrag nicht. Der Klient fiel in seine alten Verhaltensweisen zurück. Die Schule bat den ASD um Hilfe, dessen Gespräche mit der Mutter führten zu keinem Ergebnis. Derzeit wird der Klient von der Arge betreut, von dort wurde die Bestellung eines gesetzlichen Betreuers für den Klienten beantragt.
- Ein stark alkoholabhängiger Klient verweigert sowohl Alkohol- als auch psychotherapeutische Behandlung. Er wurde wegen Nichtantritt des Ersatzdienstes verurteilt.
- Eine Klientin wurde wegen Nichtableistung gerichtlich auferlegter Arbeitsstunden zu einer Woche Dauerarrest verurteilt.
- Ein gerade strafmündig gewordener Klient musste nach einem während der Hilfe begangenem Raubüberfall in einem Heim untergebracht werden.
- 2 Klienten wurden trotz anschließender weiterer Jugendhilfemaßnahmen nach erheblichen Straftaten zu langfristigen Haftstrafen verurteilt.

Erziehungsbeistandschaft ist im Vergleich zu anderen Hilfen kostengünstig. In über der Hälfte der Fälle konnten gute Ergebnisse erzielt werden.

2.2.16 E52016 Förderung der Jugendhilfe

Prüfungsbericht vom 19.02.2009

Seit Inkrafttreten des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) zum 01.08.2005 orientieren sich die Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen am individuellen Betreuungsbedarf der Kinder. Rpr prüfte die Endabrechnungen der Betriebskostenzuschüsse des Förderungszeitraums 2006/2007 von 28 Kindertagesstätten freier Träger.

Der Förderanspruch setzt nach § 18 BayKiBiG voraus, dass der Träger

- eine Betriebserlaubnis nachweisen kann,
- geeignete Qualitätssicherungsmaßnahmen durchführt,
- die Grundsätze der Bildungs- und Erziehungsarbeit und die Bildungs- und Erziehungsziele des BayKiBiG seiner eigenen träger- und einrichtungsbezogenen pädagogischen Konzeption zugrunde legt,
- die Einrichtung an mindestens vier Tagen und mindestens 20 Stunden die Woche öffnet und die Elternbeiträge entsprechend den Buchungszeiten staffelt und
- die Vorschriften des BayKiBiG und die dazu erlassenen Rechtsvorschriften beachtet.

Förderanspruch der Gemeinde

Der jährliche staatliche Förderbetrag pro Kind an die Gemeinde errechnet sich nach § 19 BayKiBiG wie folgt:

Förderanspruch = Basiswert * Buchungszeitfaktor * Gewichtungsfaktor

- Der Basiswert ist der Förderbetrag für die tägliche drei- bis vierstündige Betreuung eines Kindes. Im Förderzeitraum 2006/2007 betrug er 768,71 EUR jährlich.
- Die Buchungszeit gibt vereinbarten Zeitraum an, während dem das Kind regelmäßig in der Einrichtung vom pädagogischen Personal gebildet, erzogen und betreut wird.
- Über die Gewichtungsfaktoren wird für einen erhöhten Bildungs-, Erziehungs- oder Betreuungsaufwand eine erhöhte Förderung gewährt. Es gelten folgende Gewichtungsfaktoren:
  - ◊ 1,0 für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt
  - ◊ 1,2 für Kinder ab dem Schuleintritt
  - ◊ 1,3 für Kinder, deren Eltern beide nichtdeutschsprachiger Herkunft sind
  - ◊ 2,0 für Kinder unter drei Jahren
  - ◊ 4,5 für behinderte oder von wesentlicher Behinderung bedrohte Kinder.

Förderanspruch des Trägers der Kindertageseinrichtung

Der Träger hat gegenüber den Gemeinden einen Anspruch in Höhe der staatlichen Förderung plus erhöht um einen gleich hohen Anteil der Gemeinden.

Der Verfahrensablauf

Zur Berechnung der Förderansprüche werden den Kindertageseinrichtungen vom StMAS elektronische Arbeitsmappen, zur Verfügung gestellt. Diese sind in verschiedene Arbeitsblätter unterteilt:

- Im Tabellenblatt „Allgemeines“ gibt der Träger an, für welche Einrichtung er für welchen Zeitraum Förderung beantragt.
- Im Tabellenblatt „Personal“ sind monatlich die vertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeiten der pädagogischen Fach- und Ergänzungskräfte einzutragen.
- Im Tabellenblatt „Kinder“ hat der Träger für jedes von ihm betreute, förderungsfähige Kind monatlich den Gewichtungsfaktor, den Zeitfaktor und die Gemeinde, bei der Förderung für dieses Kind beantragt wird, einzutragen.

  Im Tabellenblatt „Analyse“ werden die Buchungen maschinell gewichtet, der erforderliche Mindestanstellungsschlüssel der Einrichtung wird monatlich ermittelt und dem tatsächlichen Anstellungsschlüssel gegenübergestellt.

  Wird der Mindestanstellungs- oder der Qualifikationsschlüssel nicht erreicht, so macht das System dies kenntlich.
- Im Tabellenblatt „Antrag“ wird die Fördersumme, die der Träger bei den Gemeinden und vom Land beantragt, automatisch errechnet. Dieser Antrag ist auszudrucken, zu unterzeichnen und, zusammen mit den Anstellungs- und Qualifikationsnachweisen des Kindertagesstättenpersonals, an die Gemeinde zu übersenden.

Die weitere Bearbeitung der Arbeitsmappen erfolgt durch die Gemeinden (hier J).

Der Gewichtungsfaktor

Die geprüften 28 Abrechnungen bezogen sich auf 1.458 Kinder. Dabei war für 878 Kinder der Gewichtungsfaktor 1,3 wegen ihres Migrationshintergrundes anzusetzen. Dies entspricht 60,2 Prozent aller Kinder. Der Gewichtungsfaktor 1 für „Regelkinder“ war hingegen nur für 33 Prozent der Kinder anzuwenden.

Festzustellen war, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den einzelnen Kindertagesstätten sehr unterschiedlich verteilt ist. So betrug er in 3 Kindertagesstätten unter 20 Prozent und in 4 Kindertagesstätten über 80 Prozent.

Die Buchungszeiten (Zeitfaktoren)

Rpr ermittelte die durchschnittlichen Buchungszeiten der 1.458 Kinder. Auch hier zeigte sich, dass der Zeitfaktor 1 (Basiswert) lediglich bei einer geringen Anzahl von Kindern zur Anwendung kam. Nur für 84 von 1.458 Kindern (dies entspricht 8,2 Prozent) war eine Buchungszeit von 3 – 4 Stunden ausreichend. Am häufigsten wurden Betreuungszeiten von 7 – 8 Stunden mit 35,6 Prozent und 8 – 9 Stunden mit 20,8 Prozent gebucht.

Die Förderungshöhe

Die 28 Kindertagesstätten erhielten im Förderungszeitraum September 2006 bis August 2007 für die Betreuung von durchschnittlich 1.458 Kindern Fördergelder von 5.340.114,46 EUR.

Pro Kind ergab sich eine durchschnittliche Förderung von 3.662,63 EUR. Dies liegt deutlich über dem Basiswert von 1.537,42 EUR (je 768,71 EUR städtische und staatliche Förderung). Maßgeblich hierfür sind der hohe Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sowie die langen Betreuungszeiten.

Die Überprüfung der Anträge

Durch die fehlenden Namensangaben zu den Kindern hat J keine Möglichkeit zu prüfen, ob seine örtliche Zuständigkeit gegeben ist. Auch ist es nicht möglich, zu kontrollieren, ob die Gewichtungsfaktoren der Kinder zutreffend angegeben wurden. Es ist lediglich prüfbar, ob plausible Gewichtungsfaktoren eingegeben wurden.

Durch den Verbleib der Buchungsbelege in den Einrichtungen ist es J auch nicht möglich, die Buchungszeiten der Kinder mit den Angaben mit den Angaben der Träger abzugleichen.

Die Prüfungsmöglichkeiten des J reduzieren sich auf die Prüfung des Personal- und Qualifikationsschlüssels der Einrichtung, da hier die entsprechende Nachweise vorliegen. Selbst hier ist J jedoch darauf angewiesen, dass die Träger Personalfehlzeiten wahrheitsgemäß mitteilen.

Ergebnisse des Rpr

Auch Rpr konnte im Verlauf der Prüfung nur auf die Angaben der Träger vertrauen und die Anträge unter diesen Voraussetzungen prüfen. Dies führte zu folgenden Ergebnissen:

- Hinsichtlich der rechnerischen Richtigkeit der Förderungsbeträge ergaben sich keine Feststellungen.
- Hinsichtlich der Mindestpersonalausstattung und der Mindestqualifikation des Kindertagesstättenpersonals ergaben sich ebenfalls keine Beanstandungen.
- Die Prüfung der Plausibilität der Gewichtungsfaktoren ergab bei 17.494 Einzelberechnungen lediglich eine nicht plausible Angabe.

In den Jahren 2007 und 2008 wurden folgende Fördersummen (Landes- und Gemeindeanteil) ausgereicht:

	2007 EUR	2008 EUR
Kindergärten	39.161.291	37.235.548
Kinderhorte	2.469.444	2.694.100
Kinderkrippen	3.364.135	3.911.685
Netz für Kinder	2.008.070	1.836.098
Summe	**47.004.947**	**45.679.439**

Diese Beträge wurden weitgehend ohne Prüfung der örtlichen Zuständigkeit für die einzelnen Kinder und ohne Prüfung der Richtigkeit der berechnungserheblichen Faktoren (Gewichtungs- und Zeitfaktoren) ausgereicht.

Im Hinblick auf die Höhe der ausgereichten Gelder erscheinen zumindest stichprobenartige Überprüfungen der Angaben der Träger in ausreichendem Umfang dringend angezeigt.

Die Landeshauptstadt München empfiehlt den Trägern dringend, die Fehlzeiten des Personals taggenau schriftlich festzuhalten. Sie weist darauf hin, dass die Einrichtungen in regelmäßigen Zeitabständen von Vertretern des Stadtjugendamtes auf die Einhaltung der Fördervoraussetzungen und auf die Dokumentation des Anstellungsschlüssels hin geprüft werden. Dies geschieht vor Ort in den Einrichtungen.

Weiterhin wird von den Einrichtungen gefordert, ihren Förderanträgen eine Liste aller Münchner Kinder, die für die eine Förderung beantragt wird, beizulegen. Diese Liste muss die Vor- und Nachnamen der Kinder, die Geburtsdaten, die genauen Anschriften der Eltern und die Namen der Eltern, falls diese vom Namen des Kindes abweichen, enthalten. Dies ermöglicht der Landeshauptstadt München zumindest die Prüfung der örtlichen Zuständigkeit.

J teilte am 10.07.2009 mit, dass man bemüht sei, eine interne Lösung zu finden, die auch in Nürnberg eine Prüfung künftig ermöglicht.

2.2.17 E61001 Stadtplanungsamt
∘ Abwicklung von städtebaulichen Verträgen

Prüfbericht vom 16.10.2009

Durch den Abschluss von städtebaulichen Verträgen können Investoren zur Finanzierung bzw. eigener Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie zur Übernahme von Folgekosten (ansonsten nicht über das herkömmliche Verfahren nach § 127 BauGB möglich) herangezogen werden. Der Stadtplanungsausschuss hat mit Beschluss vom 12.10.2000 festgelegt, dass im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung i.d.R. städtebauliche Verträge gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB) abzuschließen sind.

Rpr wertete zwei noch laufende aber vor Optimierung des Verfahrensablaufes realisierte Verträge (einer davon weitgehend beendet) sowie einen nach Optimierung des Verfahrens geschlossenen Vertrag aus. Des Weiteren wurde ein noch nicht förmlich geschlossener, aber kurz vor der Realisierung stehender Vertragsentwurf (weitgehende Einigung besteht) begutachtet.

Rpr konnte eine sorgfältige und professionelle Sachbearbeitung feststellen. In der Vergangenheit bekannt gewordene Defizite teilweise im Vollzug von städtebaulichen Verträgen (nach Insolvenz eines großen Bauträgers) waren vom Stadtplanungsamt (Stpl) erkannt, aufgearbeitet sowie durch entsprechende Maßnahmen beseitigt.

Rpr empfiehlt für künftige Vertragsschlüsse, als Bürgschaftserklärungen grundsätzlich den städtischen Vordruck zu verwenden. Sind Bürgschaften nicht auf dem städtischen Vordruck durchsetzbar, sollten diese dem städtischen Vordruck, ohne diverse Einschränkungen und Befristungen (auch wenn nach Auffassung von Stpl nur deklaratorisch und unschädlich), entsprechen.

Rpr empfiehlt verbindliche Regelungen (eventuell per Dienstanweisung), damit relevante Unterlagen (z.B. Abnahmeprotokolle, vorgelegte Schlussrechnungen, Abrechnungen etc.) und Informationen (z.B. über das Vertragsverhältnis betreffende Zahlungseingänge) generell und ohne Aufforderung stadtintern an Stpl übermittelt werden.

In einem aktuellen Vertragsentwurf über Konversionsflächen ist ein Haftungsausschluss des Investors für derzeit noch nicht bekannte Altlasten (öffentl. Flächen) unter den Bedingungen, dass bereits bekannt kontaminierte Flächen saniert werden, eine Haftungsübernahme durch die Stadt erst nach mehrjähriger Garantiefrist (angestrebt zwischen 5 und 10 Jahren) erfolgt sowie ein Ablösebetrag in derzeit noch unbekannter Höhe geleistet wird, vorgesehen. Der Vertragsentwurf wurde vom Entscheiderkreis Wirtschaft befürwortet (Ausschussbehandlung wurde von diesem für entbehrlich angesehen). Die Risiken wären nach Abstimmung Stpl und Ref. II im Jahresabschluss aufzuführen.

2.2.18 E62001 Amt für Wohnen und Stadterneuerung
○ Programm „100 Häuser für 100 Familien“

Prüfbericht vom 10.08.2009

Das städtische Programm „100 Häuser für 100“ Familien besteht seit 1999. Es hält für Familien und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind Zuschüsse für Familieneigenheime oder Familieneigentumswohnungen bereit.

Damit soll einer Abwanderung junger Familien ins Umland begegnet bzw. die demographische, wirtschaftliche und soziale Struktur der Stadt verbessert werden.

Nach den aktuellen Richtlinien beläuft sich der Zuschuss generell auf 7.000 EUR bei Einhaltung einer bestimmten Einkommensgrenze; zuzüglich 2.000 EUR für das zweite und jedes weitere Kind. Dazu kann bei Energiesparhäusern ein Öko-Zuschuss in Höhe von 500 EUR oder 1.000 EUR gewährt werden.

Seit Programmstart bis 2008 wurden rund 900 Objekte mit Zuschüssen von über 8,6 Mio. EUR gefördert.

Rpr hat stichprobenhaft geprüft, ob bei der Gewährung der Zuschüsse die dazu vom Stadtplanungsausschuss erlassenen Richtlinien eingehalten wurden. So wurde zum Beispiel untersucht, ob

- die Objekte den Kriterien den Wohnraumförderungsbestimmungen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern entsprachen und die Bau- und Grundstückskosten richtig ermittelt wurden,
- vor Bewilligung das Vorhabens (Kauf oder Bau) noch nicht begonnen wurde und die Tragbarkeit der Belastung richtig festgestellt wurde,
- die persönlichen Voraussetzungen (z.B. die Einkommensgrenzen) gegeben waren und
- die Zuschüsse jeweils richtig bemessen wurden und die Verfahren und Auszahlungen korrekt erfolgt sind.

Die Prüfung der Sachbearbeitung hat keine signifikanten Mängel bzw. Unrichtigkeiten ergeben. Soweit im Detail Unklarheiten auftraten, konnten sie mit der Dienststelle bereinigt werden.

Zur Erledigung stehen jedoch noch textliche Änderungen der Bescheide (Angabe, dass die Bewilligungen auf die vom Stadtplanungsausschuss beschlossenen Richtlinien beruhen/Aufzählung der Rückforderungsgründe gemäß der aktuellen Richtlinien) sowie die Änderung der Richtlinien hinsichtlich der Gleichwertigkeit der Formblattbestätigung (für den KfW-Kredit) mit dem Energiebedarfsausweis an.

2.2.19 E72001 Markt- und Landwirtschaftsbehörde

Prüfungsbericht vom 12.11.2009

Rpr hat anhand der Unterlagen und begleitend im Marktamt (ML) das Verfahren zur Auswahl der Beschicker für den Christkindlesmarkt 2009 geprüft. Insgesamt handelt es sich um ein ordnungsgemäßes, im Vorfeld im Amtsblatt bekanntgegebenes Auswahlverfahren, geringe formelle Ergänzungen aus Prüfungssicht sind mit den Verantwortlichen im ML abgestimmt worden.

Für 2009 sind von 443 Anträgen 202 zugelassen worden. Insbesondere zur Erhaltung des traditionellen Auftritts und des traditionellen Warenangebots, wodurch sich der Weltruf des Marktes begründet, ist ein größerer Umfang von Stammbeschickern erforderlich. 45 Beschicker sind nach Rpr-Auswertung seit

jeweils mindestens 20 Jahren dabei, mehr als die Hälfte davon (jedoch) im Bereich Essen und Trinken bzw. Lebensmittel (Mandeln, Lebkuchen, Früchtebrot, Glühwein, Bratwürste etc.). Hinsichtlich der satzungsgemäßen Marktfreiheit wird ML das Verfahren mit dem Rechtsamt erörtern.

Trotz entsprechender Kostenentwicklung bei Energie, Abfall, Marketing u. a. sind die Gebühren für den Christkindlesmarkt in den letzten 4 Jahren stabil geblieben. ML bereitet gemäß Stellungnahme zum Rpr-Bericht eine Neukalkulation aller Marktgebühren vor. Bei Handlungsbedarf für den Christkindlesmarkt wird dem Wirtschaftsreferat eine Vorlage für den zuständigen Ausschuss zugeleitet werden.

2.2.20 E75001 Amt für Wirtschaft u. a.
∘ Vergütungen Leistungen Dritter

Prüfbericht vom 25.11.2009

Unter den Konten „Vergütungen Leistungen Dritter“ werden Leistungen gebucht, welche auf Werkvertragsbasis vergeben wurden, sowie auf dem Konto „Kosten für Sachverständige und Gutachten“.

Insoweit Rpr bereits bei der Vergabe von Leistungen bzw. in Projektgruppen (zuletzt Gutachten Haushaltskonsolidierung, zuvor Beratungen SÖR und Feuerwehren sowie SAP/Doppik etc.) beteiligt war bzw. ist, wurden diese Fälle nicht mehr in die Prüfung einbezogen. Insbesondere wurde von Rpr untersucht, ob Leistungen vergeben wurden, welche innerhalb der Stadtverwaltung selbst erbracht hätten werden können.

Die Prüfung wurde im Bereich des Wirtschaftsreferates (Ref. VII), des Amtes für Wirtschaft (WiV), des Marktamts und Landwirtschaftsbehörde (ML) sowie des Wohnungsamtes (WS) und des Amtes für Stadtforschung und Statistik (StA) durchgeführt und erstreckte sich über die Haushaltsjahre 2006 bis 2008. Weiter wurde untersucht, ob bei Leistungen zugunsten Dritter, z.B. im Rahmen der Wirtschaftsförderung, Kostenbeteiligungen durchgeführt wurden.

Rpr stellte im Bereich von WiV fest, dass eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Werkverträgen im Bereich zwischen 250,00 EUR und 1.450,00 EUR abgeschlossen wurde. Solche beauftragten Leistungen waren in den untersuchten Fällen z.B. Eingabearbeiten in Datenbanken, Überprüfung von Verlinkungen auf eigenen Internetseiten sowie auf Aktualität des veröffentlichten Datenmaterials, redaktionelle Überarbeitung von Texten, aber auch die Ordnung des Bestandes an Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit und die Mithilfe im Zusammenhang mit Messeauftritten. Grundsätzlich bedeutet hier der Abschluss von Werkverträgen die Substituierung von eigenen Personalleistungen. Nach Aussage der Dienststelle konnten diese Leistungen auf Grund der knappen Personalressourcen nicht durch die vorhandenen Verwaltungskräfte erbracht werden. Laut Dienststelle lag der Bedarf an zusätzlicher Arbeitskapazität auch sehr unregelmäßig sowie zeitlich begrenzt vor. Rpr ermittelte in diesem Bereich für das Jahr 2006 Aufwendungen in Höhe von ca. 5 TEUR, für das Jahr 2007 in Höhe von ca. 11 TEUR und für das Jahr 2008 in Höhe von ca. 5 TEUR. Rpr stimmt damit den Ausführungen von WiV zu, dass die Vorhaltung zusätzlicher Personalkapazitäten zur Erledigung solcher Tätigkeiten nicht wirtschaftlich zu vertreten gewesen wäre. Ob hier die Anordnung von Überstunden möglich oder zumutbar gewesen wäre, kann von Rpr nicht beurteilt werden. Auch wenn laut Auskunft des Personalamtes (PA) freies und geeignetes Personal nur gelegentlich und zeitlich begrenzt zur Verfügung gestellt werden kann, sollten die Dienststellen vor der Beauftragung Dritter eine entsprechende Anfrage bei PA vornehmen, ob übergangsweise Personal abgeordnet werden kann.

Weiter wurde festgestellt, dass von WiV Aufträge zur Betreuung eigener Internetauftritte vergeben wurden, welche durch das städtische Onlinebüro dem Grunde nach durchführbar gewesen wären. Laut

Auskunft Onlinebüro wird der Internetauftritt von WiV zwischenzeitlich (seit 2008) durch dieses betreut. Im Berichtszeitraum war dies aufgrund der WM 2006 und der Auslastung im Jahres 2007 (lt. Onlinebüro) nicht möglich. Rpr stellte weiter fest, dass von WiV beauftragte Internetauftritte für Dritte im Zuge der Wirtschaftshilfe (z.B. Unternehmergruppen etc.), an Externe vergeben wurden. In den geprüften Fällen war innerhalb des städtischen Verbundes diese Leistung nicht zulässig, da die Internetseiten nach Erstellung durch die Begünstigten selbst gepflegt werden und aus Gründen der Datensicherheit Externen kein Zugang in das städtische Datennetz gewährt werden darf.

Auch im Bereich der Erstellung des Immobilienberichtes 2008 (Layout, Gestaltung etc.) waren Externe beauftragt. Auch hier wäre laut Stadtgrafik eine Übernahme von Aufträgen aufgrund der Auslastung der beiden Grafiker (laut deren Auskunft) kritisch gewesen. WiV führte weiterhin aus, dass der beauftragten Firma auf Grund der 3jährigen Zusammenarbeit nur noch die Veränderungen des Datenmaterials mitgeteilt werden müssen und die Arbeiten sehr zuverlässig und kostengünstig durchführt werden. WiV sollte für folgende Berichte die Übernahme der Leistungen durch die Stadtgrafik erwägen (insoweit dort Kapazitäten frei) und zumindest nach längeren Zeiträumen, trotz der guten Geschäftsbeziehungen, zusätzliche Vergleichsangebote einholen.

Sowohl von Ref. VII als auch von WiV wurden Aufträge im Zusammenhang mit der Europäischen Metropolregion Nürnberg (Metropolregion) nach Behandlung in deren Rat vergeben und finanziert. Bei gemeinsamen Messeauftritten erfolgte eine Aufteilung der Kosten zwischen den beteiligten Kommunen. Im Rahmen von Werkverträgen wurden hier z.B. die Konzepte „Popbüro Europäische Metropolregion Nürnberg“, „Mobilitätsbüro für Asien – Europäische Metropolregion goes Asia“ u.ä. erstellt. Laut Auskunft der Geschäftsstelle der Metropolregion kamen diese Leistungen, wenn auch unter der „Marke Metropolregion“ geführt, überwiegend der Stadt Nürnberg zugute, so dass eine Beteiligung den Partnern nicht ohne Weiteres zu vermitteln gewesen wäre.

Im Bereich von WS wurde die Erstellung des Mietspiegels nicht mehr von StA durchgeführt, sondern an ein wissenschaftliches Institut vergeben. StA begründet dies damit, dass die Prämissen (Kategorisierung der Wohnungsklassen) sich für das vorherige Verfahren geändert hatten und einen Wechsel von der Tabellenwertmethode auf die Regressionsmethode erforderlich machten. Weiterhin wird der Mietspiegel in den benachbarten Städten ebenfalls durch das beauftragte Institut erstellt (Vergleichbarkeit). Im Hinblick auf mögliche juristische Folgen bei Fehlern ist die Vergabe an das bundesweit in diesem Bereich tätige Unternehmen auch nach Auffassung von Rpr sinnvoll und einer Eigenleistung vorzuziehen.

2.3 Kassenprüfungen

Bei der Stadtkasse und den als Teil davon eingerichteten Zahlstellen ist nach Art. 103 Abs. 5 Satz 2 GO i.V.m. § 3 Abs. 1 KommPrV vom Rechnungsprüfungsamt jährlich jeweils mindestens eine unvermutete Kassenprüfung im Auftrag des Oberbürgermeisters durchzuführen. Dies gilt auch für die nicht mit der Stadtkasse verbundenen 4 Sonderkassen bei den Eigenbetrieben ASN, NüBad, NüSt und SUN sowie den dort eingerichteten 16 Zahlstellen. Ebenfalls geprüft wurde die nicht verbundene Sonderkasse beim Regiebetrieb StEM. Insgesamt werden die Kassen ordnungsgemäß geführt.

Aufgrund der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Rechnungsprüfungsamtes bei Kassenprüfungen gegenüber Herrn Oberbürgermeister (Art. 104 Abs. 2 Satz 1 GO) wird er monatlich über deren Ergebnis unterrichtet.

2.4 Informations- und Kommunikationstechnik

2.4.1 Vorbemerkungen

Die Prüfungstätigkeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) erstreckte sich auf folgende Teilaufgaben:

- Prüfung der Planung, Beschaffung und Einführung von IV-Verfahren,
- Prüfung bereits eingesetzter IV-Verfahren und der Organisation des Betriebes auf Ordnungsmäßigkeit, Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sowie
- Prüfung von Vergaben im IuK-Bereich.

Rpr prüft überwiegend begleitend – insbesondere durch die Mitarbeit in Projekt- und Arbeitsgruppen der Verwaltung – den ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik und gibt gutachterliche Stellungnahmen bei Verfahrenseinführungen und Beschaffung von Hard- und Software sowie Dienstleistungen ab.

Bei folgenden Projekten wurden und wird Entwicklung, Einführung und Vorbereitung für den Einsatz neuer IV-Verfahren begleitend geprüft:

- Vollstreckungssoftware,
- SAP HR, Phase II, Personalmanagement,
- E-Ausschreibung und Vergabe, Auswahl und Pilotbetrieb eines elektronischen Ausschreibungs- und Vergabemanagements,
- ELAN – Elektronische Akte Nürnberg („papierarme Verwaltung“).

2.4.2 Begleitende Prüfung

2.4.2.1 PC-Rahmenvertrag

Im Rahmen des Projektes IT-Konsolidierung wurde unter Federführung von Rpr im Jahre 2005 eine europaweite Ausschreibung für einen Rahmenvertrag für Standard-PC und Monitore abgeschlossen, der p.a. eine Einsparung von 200 TEUR für die Stadt Nürnberg erbrachte. Diese Ausschreibung sollte als Muster für weitere Rahmenverträge dienen.

Anfang 2009 wurde unter Beteiligung von Rpr der Rahmenvertrag und die Leistungsverzeichnisse überarbeitet und u. a. an die neuen Vergabevorschriften für Rahmenvereinbarungen und die technischen Anforderungen angepasst.

Als Ergebnis der neuerlichen Ausschreibung kann festgehalten werden, dass sich nach Abschluss der Rahmenvereinbarung der Preis für einen Standard-PC mit 22“ TFT-Monitor (vorher 19“ Monitor) und 5 Jahren Gewährleistung nochmals um rd. 20 % reduziert hat. Zusatzeinsparung ca. 200 TEUR p.a.

2.4.2.2 Projekt E-Ausschreibung und Vergabe

Die Stadt Nürnberg beabsichtigt die Einführung eines E-Procurementsystems. Hierzu wurde eine Voruntersuchung zur Einführung eines E-Ausschreibungs- und Vergabemanagement-Systems beauftragt. Im

Rahmen der Voruntersuchung wurden auch Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Ziel ist eine stadtweite Lösung, bei der es um die Optimierung der Querschnittsaufgabe Beschaffung geht.

Im Februar 2009 wurde unter Beteiligung des Rpr – insbesondere bei der Erstellung des Ausschreibungstextes und des Leistungsverzeichnisses - ein Vergabeverfahren zur Beschaffung einer Software für den Pilotbetrieb durchgeführt.

Der Pilotbetrieb wird mit den Vergabestellen von ZD, H, SUN und SÖR durchgeführt und ist auf ein Jahr beschränkt (Ende des Pilotbetriebs: November 2010).

Als Mitglied der Projektgruppe wird Rpr den Pilotbetrieb begleiten und prüfen, ob die vorgegeben Ziele wie

- Verfahrenssicherheit und damit Rechtssicherheit,
- Transparenz (Beschaffungsplanung, Beschaffungssteuerung),
- Korruptionsprävention,
- Erweiterung des Bieterkreises sowie
- Geschäftsprozessoptimierung (medienbruchfreie Abwicklung, Beschleunigung).

erreicht werden.

Außerdem wird Rpr an der Erstellung des Gesamtkonzeptes für den stadtweiten Einsatz des Systems, bei der Ermittlung der Einsparpotentiale und der Kosten für den generellen Einsatz bei der Stadt Nürnberg mitarbeiten.

2.4.3 Einzelfälle

2.4.3.1 Neues Rechnungswesen Nürnberg

Prüfung der Datenübernahme aus Vorverfahren, Prüfungsbericht vom 29.09.2005

Berechtigungs- und Systemprüfung, Prüfungsbericht vom 08.08.2006

Rpr hat über die Ergebnisse der o. g. Prüfungen bereits in den letzten Sachverständigenberichten informiert. Am 15.09.2009 wurde Ref. I/SKN aufgefordert, erneut einen Sachstandsbericht bezüglich der Ausräumung der noch offenen Prüfungsfeststellungen abzugeben. Die Stellungnahme von Ref. I/SKN vom 20.10.2009 liegt vor.

Nennenswerte Fortschritte bei der Erledigung der Prüfungsfeststellungen waren auch 2009 nicht möglich. Ref. I/SKN begründet dies mit dem Vorliegen anderer dringender Anforderungen (u. a. Umsetzung SÖR).

Sämtliche Prüfungsfeststellungen wurden von Ref. I/SKN in die Liste der offenen Punkte (OP-Liste) aufgenommen.

2.4.3.2 Administration und Betreuung von Oracle-Datenbanken durch OrgA

Prüfungsbericht vom 28.10.2008

Anhand des Produktivbetriebs der Datenbank von Prosoz 14plus wurde der Einsatz von Oracle Datenbanken bei OrgA geprüft. Über die Ergebnisse wurde im Sachverständigenbericht Teil I zum Jahresabschluss 2007, Seite 43/44, berichtet.

OrgA hat zu den o. g. Bericht am 29.05.2009 Stellung genommen; die Feststellungen wurden anerkannt.

Der Entwurf des Betriebskonzeptes für den Einsatz von relationalen Datenbank-Management-Systemen wurde Rpr am 14.10.2009 vorgelegt. Die Prüfungsfeststellungen sind mit in Kraft treten des Betriebskonzeptes ausgeräumt.

2.4.3.3 Prüfung des Gewerbesteuerveranlagungsverfahrens

Rpr hat 2009 geprüft, ob die grundlegenden Anforderungen des Haushaltsrechts bei der Gewerbesteuerveranlagung in den Bereichen Test und Verfahrensfreigaben, Fehlermanagement, Datenübernahme vom Finanzamt und Dokumentation beachtet wurden. Des Weiteren wurde die vertragliche Abwicklung der für die Einführung notwendigen Leistungen geprüft.

Als Softwarelösung wird Tax & Fee Assessment (TFA), ein automatisiertes Verfahren zur Veranlagung kommunaler Steuern, Abgaben und Gebühren, das komplett in SAP integriert ist, eingesetzt.

Das TFA-Verfahren beinhaltet folgende Hauptkomponenten:

- Verwaltung von Gewerbesteuerstammdaten
- Berechnung der Gewerbesteuer und der Vollverzinsung mit Sollstellung
- Direkter Zugriff auf die PSCD (Public Sector Collection and Disbursement, Modul für das Kassen- und Einnahmemanagement in SAP)
- Datenaustausch mit dem Finanzamt über Schnittstelle

Wesentliche Ergebnisse der Prüfung:

- Beschaffungen und vertragliche Abwicklung

  Für die Beschaffungen der für die Einführung der Veranlagungsverfahren notwendigen Software, Programmierungsleistungen, IT-Dienstleistungen sowie Pflege wurde ein VOF-Verfahren durchgeführt. Die Vergabesumme betrug 1,23 Mio. EUR. Mit dem Auftragnehmer wurden vier Verträge abgeschlossen.

  Die bestehenden Verträge wurden durch vier Änderungsverfahren (ca. 175 TEUR) angepasst bzw. erweitert, ohne Beachtung der üblichen Instruktionen.

- Datenschutzrechtliche Freigabe

  Eine datenschutzrechtliche Freigabe für den Einsatz des Gewerbesteuerverfahrens liegt nicht vor. Die Klärung ergab, dass der Antrag verloren ging.

  Ein neuer Antrag wird gestellt, der ggf. zwischenzeitlich angefallene Änderungen berücksichtigt.

- Fachliche Freigabe, Verfahrenstest

Vor dem erstmaligen Einsatz und nach wesentlichen Änderungen von IV-Verfahren ist eine fachliche Freigabe gem. § 33 KommHV-Doppik und Nr. 3.5 IVGA erforderlich.

Die Prüfung ergab die nachfolgenden Feststellungen:

- ◇ Eine formelle (schriftliche) fachliche Freigabe für den Produktiveinsatz der Gewerbesteuerveranlagung liegt noch nicht vor.
- ◇ Die formelle Freigabe für das Gesamtverfahren ist nachzuholen. Als Voraussetzung hierfür ist ein kompletter Test aller relevanter Fallkonstellationen / Funktionen erforderlich.
- ◇ Das bisher praktizierte Testverfahren deckt aus Rpr-Sicht die notwendigen Anforderungen nur unzureichend ab, z. B.
  a) werden Hotfixes zur Fehlerbereinigung vor der Übernahme in den Produktivbetrieb nach unseren Prüfungserkenntnissen nur unvollständig getestet
  b) sind Inhalt und Umfang der Verfahrenstests zumeist nicht mehr nachvollziehbar.

  Eine Teststrategie für neue Programmupdates ist verbindlich festzulegen. Dabei ist zu prüfen, ob eine IT-Unterstützung der Verfahrenstests durch SAP-Testwerkzeuge oder Softwareprodukte Dritter zweckmäßig und wirtschaftlich ist.
- ◇ Die zuständige Fachdienststelle KaSt ist nach unserer Auffassung nur unzureichend in das bisherige Test- und Freigabeverfahren eingebunden und nimmt die mit der fachlichen Freigabe verbundene Verantwortung nicht wahr.

- Fehlermanagement

  Bei der Ermittlung von Ansprüchen und Zahlungsverpflichtungen muss sichergestellt werden, dass die Daten vollständig und richtig erfasst, eingegeben, verarbeitet und ausgegeben werden.

  Die Prüfung der Abwicklung des Fehlermanagements hat zu den nachfolgenden Feststellungen geführt:

  - ◇ Das Fehleraufkommen war im Bereich der Gewerbesteuerveranlagung seit der Produktivsetzung im November 2007 relativ hoch.
  - ◇ Immer wieder auftretende Berechnungsfehler bei der Vollverzinsung stellen u. E. einen erheblichen Mangel dar.

- Kassenanordnungen

  Die nach dem Haushaltsrecht vorgeschriebenen Kassenanordnungen wurden seit der Einführung der Gewerbesteuerveranlagung nicht erteilt.

Der Berichtsentwurf wird derzeit schlussbesprochen.

2.4.4 Vergabeprüfung

Im Berichtsjahr wurden bis Redaktionsschluss des Sachverständigenberichts insgesamt 18 Vergaben mit einer Gesamtsumme von 9,3 Mio. EUR begutachtet.

- Vergabe einer EDV-Lösung (nur Standardversion) zur Unterstützung der Kernprozesse in der Abfallwirtschaft bei ASN, Vergabesumme 156.437 EUR

  Vergabevorschlag vom 12.05.2009

Zur Unterstützung der Kernprozesse in der Abfallwirtschaft beabsichtigte ASN, eine Standardsoftware zu beschaffen. ASN hatte hierfür eine Freihändige Vergabe gem. § 3 Nr. 4 Buchst. h VOL/A (nationales Verfahren) durchgeführt.

Die vergaberechtliche Prüfung hat die nachfolgenden wesentlichen Feststellungen ergeben:

Für die Vergabe von Software ist OrgA die zuständige Beschaffungsdienststelle.

Eine Freihändige Vergabe ist zulässig, wenn die Leistung vor der Vergabe nach Art und Umfang nicht so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann, dass vergleichbare Angebote erwartet werden können. Dieser Umstand traf auf das 4-seitige Leistungsverzeichnis nicht zu; die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Freihändigen Vergabe waren nicht erfüllt.

Die zu beschaffende Basis- oder Standardsoftware ist ohne spätere Anpassungen nicht nutzbar. Aus Rpr-Sicht müssen bei der von ASN vorgesehenen Aufteilung der Gesamtmaßnahme in zwei Vergabeverfahren die nachfolgenden vergaberechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt werden.

Das Auftragsvolumen der Gesamtmaßnahme beträgt laut der Kostenübersicht voraussichtlich über 310.000 EUR. Ab einem Auftragswert von 206.000 EUR (aktueller Schwellenwert ohne Umsatzsteuer) ist bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ein EU-weites Vergabeverfahren durchzuführen. Ausschlaggebend für die Berechnung des Auftragswertes ist die Summe der Vergütung für sämtliche Leistungen, die für eine Gesamtmaßnahme beschafft werden sollen.

Die aufgezeigten Verfahrensmängel waren so schwerwiegend, dass aufgrund unserer Forderung das Vergabeverfahren vor Zuschlagserteilung beendet wurde. Für die Beschaffung der Gesamtmaßnahme führt OrgA inzwischen ein EU-weites Offenes Verfahren durch.

- Ersatzbeschaffung einer Systemumgebung für den Betrieb der SAP R/3-Systeme und Oracle-Datenbanken

  Vergabevorschlag vom 06.07.2009

  Bei der Prüfung der Vergabeunterlagen stellte Rpr fest, dass das Angebot des Mindestbietenden deutlich über dem Angebot eines weiteren Bieters lag, der aber wegen fehlender Referenzen aus dem Verfahren ausgeschlossen wurde.

  Auf Anregung von Rpr wurde mit dem Bieter eine Zweifelsverhandlung gem. § 24 VOL/A durchgeführt. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass im Bereich der Software eine Lizenz zu viel in das Angebot eingerechnet wurde.

  Die Vergabesumme reduzierte sich dadurch um 19,5 TEUR brutto.

- Vertragsanpassung für die städtische Telekommunikationsanlage

  OrgA vom 13.01.2009

  Für die Telefondienstleistung der zentralen städtischen TK-Anlage (2 31-0) wurde der Vertragspartner aufgefordert, ein verbessertes Angebot für den bestehenden Vertrag vorzulegen. Die daraufhin im Wettbewerb angebotene Tarifanpassung (Flatrate Festnetzverbindungen und Mobilfunkverbindungen national) führte zu einer spürbaren Reduzierung der monatlichen Kosten und entsprechender Entlastung bei den Dienststellenbudgets.

  Die Vertragsverlängerung wurde mit Rpr abgestimmt; Schulen, KiTa's und Horte – außerhalb der o. g. TK-Anlage – müssen noch auf günstigere Verträge umgestellt werden.

2.5 Technische Prüfung

2.5.1 Allgemeines

Prüfungsspektrum

Die Technische Prüfung erstreckt sich von der Beachtung der maßgeblichen Haushalts- und Verwaltungsvorschriften über die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Normen, Vertrags- und Verdingungsordnungen im Bauwesen. Die Prüfung der Verwaltungseinheiten und der Wahrung ihrer Bauherrnfunktion gegenüber beauftragten Dritten erfolgt unabhängig von der jeweiligen Betriebsform bzw. organisatorischen Zuordnung der Baudienststelle.

Neben der eigentlichen Prüfung fallen auch Beratungen zur Anwendung einschlägiger Vorschriften, Vertragsgestaltungen etc., im Vorfeld entsprechender Genehmigungen an.

Der Umfang des Prüfungsgebiets macht auch in der Technischen Prüfung eine Beschränkung auf Teilgebiete und Stichproben notwendig.

Prüfungsschwerpunkte

Es werden grundsätzlich nur abgeschlossene Verwaltungshandlungen prüferisch nachvollzogen. Die Arbeit ist jedoch in erster Linie prozessbegleitend (ex ante) ausgerichtet, im Vorfeld der Genehmigung bzw. während der Planung und Durchführung von Maßnahmen, so dass im Bedarfsfall noch gegengesteuert werden kann. Die Risikoorientierung liegt hier vorwiegend im Aufzeigen vermeidbarer Ausgaben.

In den städtischen Bau- und Vergaberichtlinien (BRL und VRL) sind die Zuständigkeiten und Schwellenwerte für die zwingende Beteiligung des Rpr vor der Bereitstellung von Mitteln bzw. der Genehmigung von Vergaben festgelegt.

Bei der Bemessung und Aufnahme geplanter Bauinvestitionen in den Haushalt soll unser Schwerpunkt auf der Sicherstellung der Transparenz des abgestimmten Bedarfs und der Angemessenheit der dazu getroffenen Kostenannahmen liegen. Werden Bau- und Ingenieurleistungen vergeben, stehen die Einhaltung des Wettbewerbs, die Streuung der Aufträge und die Wirtschaftlichkeit von Angeboten und Nachtragsforderungen bei der Prüfung im Vordergrund.

Bei der Bauausführung ist die Mobile Prüfung vor Ort präventiv im Einsatz. Prüfungsbegleitend ist Rpr derzeit v.a. bei Tg und beim Konjunkturpaket II im Einsatz. Größere und noch nicht abgeschlossene Abrechnungsprüfungen finden aktuell – neben den Auftragsprüfungen bei der FNG GmbH – im Kh und bei UB statt.

2.5.2 Prüfungsvolumen

Im Berichtszeitraum für das Haushaltsjahr 2008 waren Vorgänge aus städtischen Baumaßnahmen – einschließlich Eigenbetriebe, ohne FNG – in Höhe von 314,74 Mio. EUR (HJ 2007: 260,17 Mio. EUR, 2006: 170,59 Mio. EUR) von der technischen Abteilung zu prüfen.

Damit war die Höhe des Prüfungsvolumens nochmals erheblich angestiegen

Im Haushaltsjahr 2009 wurden ab März die Schwellenwerte der VRL für die Vorlagepflicht bei Rpr mit Ausnahme der Vergabe an den Mindestbieter nach öffentlicher Ausschreibung verdoppelt, auch als Re-

aktion auf das entsprechende staatliche Anheben der Wertgrenzen für Freihändige und Beschränkte Ausschreibungen zur Beschleunigung/Vereinfachung der Verfahren.

Geprüfte Vorgänge wurden zum Teil von den Bedarfsträgern selbst abgewickelt, von Baudienststellen durchgeführt oder extern vergeben und dabei von Baudienststellen projektleitend für bedarfstragende Dienststellen betreut. Über Prüfungen in diesem Zusammenhang bei der Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUN) wird unter Nr. 4.2.6, zum Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg (ASN) unter Nr. 4.3.6, zum Franken-Stadion Nürnberg (FSN) unter Nr. 4.5.5 und zum Klinikum Nürnberg (Kh) unter Nr. 3.3.3 separat berichtet.

Ergänzend fielen Auftragsprüfungen für die Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) zu Vergaben und Bauabrechnungen vor der Genehmigungserteilung bzw. Auszahlung in Höhe von insgesamt 10,89 Mio. EUR an, siehe auch unter Nr. 1.8.9.

2.5.3 Finanzielles Ergebnis

Die nachstehenden Ergebnisse wurden im Haushaltsjahr 2008 überwiegend bei der ex ante-Prüfung von Kostenannahmen für Bauinvestitionen, aber auch bei Vergaben von Bauleistungen und Ingenieur- und Architektenleistungen vor der jeweiligen Genehmigung im Konsens mit den geprüften Dienststellen erreicht und Ausgaben in dieser Höhe vermieden. Materielle Erfolge aus der ex post-Prüfung wurden beim Rückholen ungerechtfertigt geleisteter Zahlungen durch die geprüften Einheiten erzielt.

Ausschlaggebend für die Abbildung von quantifizierbaren Ergebnissen im Bericht ist die Wirksamkeit der Beträge im Berichtsjahr.

- Insgesamt wurde ein finanziell erfassbares Ergebnis in Höhe von 1,27 Mio. EUR erreicht. In dieser Summe sind 1.667 EUR für die Stadtentwässerung und Umweltanalytik, 8.435 EUR für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Nürnberg sowie für die Flughafen Nürnberg GmbH in Höhe von 71.865 EUR enthalten.

Aus der obengenannten Summe sind bei der Prüfung im Rahmen der Bauinvestitionsbesprechung (BIB) ursprünglich veranschlagte Investitionskosten im Einvernehmen mit den Baudienststellen um 0,97 Mio. EUR reduziert worden.

Verfahrensverbessernde Anstöße aus Prüfungsfeststellungen können einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Verwaltung leisten, wenn sie von den Geprüften umgesetzt werden. Dann schließen sich die Schwachstellen, bei denen in der Vergangenheit finanzielle Ergebnisse bei der Prüfung zu erzielen waren.

2.5.4 Ex ante-Prüfung

Die Prüfung vorab bzw. bei einer laufenden Maßnahme ermöglicht es, wie bereits o. g., noch rechtzeitig auf eventuelle Fehler zu reagieren und steuernd einzugreifen. Im Vordergrund steht hier das Aufzeigen vermeidbarer Ausgaben anstelle der Prüfung und Rückabwicklung fehlerhafter Abrechnungen.

2.5.4.1 Bauinvestitionsbesprechung (BIB)

Bei Bedarfsträgern und in den Baudienststellen ist die Notwendigkeit gesicherter Programme und tragfähiger Kostenannahmen in Bezug auf den städtischen Haushalt, vor allem auf wirtschaftliches Planen

und Investieren, nicht durchgehend verankert. Auf die jährliche Berichterstattung in den vergangenen Sachverständigenberichten darf hier Bezug genommen werden.

Das geplante Bauinvestitionscontrolling muss hier unbedingt zu Verbesserungen beitragen.

Auch im Haushaltsjahr 2008 lagen Kostenannahmen nicht immer in prüfbarer Form vor.

Zur Prüfung wurden 47 Maßnahmen mit Gesamtkosten in Höhe von 210,36 Mio. EUR vorgelegt. Davon waren 33 Projekte prüfbar.

Bei neun der geprüften Projekte ergaben sich Änderungen. Im Ergebnis reduzierten sich die ursprünglich angesetzten Investitionskosten im Konsens mit den beteiligten Baudienststellen um insgesamt 0,97 Mio. EUR.

Beispielsweise konnten bei einigen Kindertagesstätten die Gesamtbaukosten im Bereich des sogenannten „offenen Elternbereichs“ reduziert werden. Da hier keine zusätzlichen Nebennutzflächen entstehen, war der offene Elternbereich auf Empfehlung von Rpr mit dem entsprechenden Kostenkennwert über die Bruttogeschossfläche berechnet worden, nicht über den Kostenkennwert der Nutzfläche, wie vorgesehen.

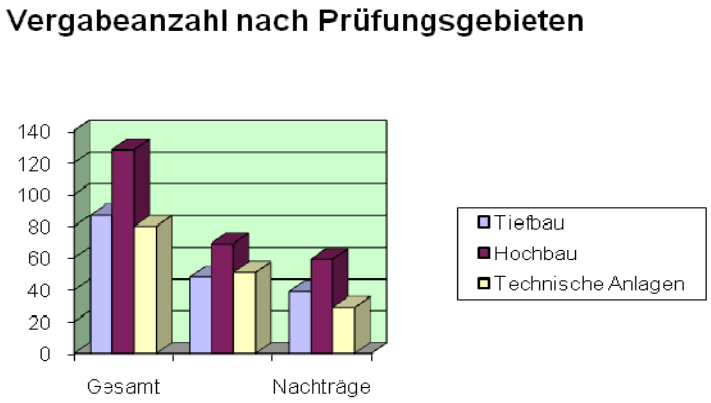
Somit wurden bei der KiTa Elsa-Brandström-Straße eine Minderung der zu veranschlagenden Kosten um 250.000,00 EUR, bei der KiTa Weltenburger Straße um 100.000,00 EUR im Konsens mit der Baudienststelle erzielt.

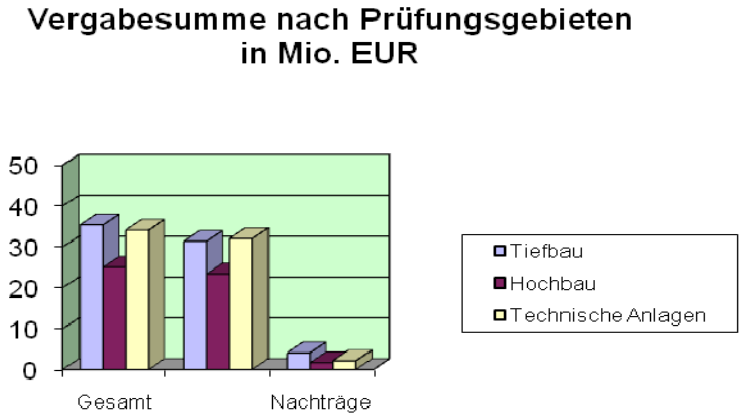
2.5.4.2 Vergaben

2.5.4.2.1 Bauleistungen bzw. Leistungen in deren Zusammenhang (VOB/VOL)

Die Vorlagepflicht von Vergaben zur Prüfung bei Rpr vor der Genehmigung durch die zuständigen Instanzen besteht nach Nr. 6.5 der städtischen Vergaberichtlinien (VRL) für alle Bauvergaben über 500.000 EUR. Außerdem sind alle Vorgänge ab 50.000 EUR nach Öffentlicher und Beschränkter Ausschreibung, bzw. Offenem oder Nichtoffenem Verfahren vorzulegen, bei denen nicht der Mindestbietende den Zuschlag erhalten soll. Vorlagepflicht für Freihändige Vergaben besteht grundsätzlich ab 50.000 EUR.

Nachtragsangebote sind vorzulegen, wenn die ursprüngliche Auftragssumme mit der Erweiterung 50.000 EUR übersteigt, bzw. bei Erstaufträgen über 50.000 EUR, wenn die Hauptauftragssumme um 20 % oder dem Betrag von 100.000 EUR überschritten wird.





2008 waren stadtweit – einschließlich Eigenbetriebe, ohne FNG – 295 Bauvergaben aus dem Bereich VOB/VOL im Gesamtbetrag von rund 94,66 Mio. EUR zu prüfen. Die Anzahl der Vergaben beinhaltete 98 Nachtragsangebote mit 7,88 Mio. EUR aus zugehörigen Hauptauftragssummen in Höhe von 53,91 Mio. EUR. (2007: 286 Vergaben i.H.v. 132,9,82 Mio. EUR.)

Die Vergabeprüfung ist jeweils innerhalb der Binde-/Zuschlagsfristen abzuschließen. Bei der Prüfung vorgelegter Nachtragsangebote sind die betreffenden Maßnahmen zum überwiegenden Teil bereits ausgeführt.

Zu knapp einem Fünftel der geprüften Vorgänge waren bei der Ordnungsmäßigkeit Feststellungen zu treffen:

- Forderung nicht wettbewerbsrelevanter Angaben bei Angebotsabgabe mit der Folge des Ausschlusses der wenigstnehmenden Bieter aufgrund von „Formfehlern“
- fehlende Darstellung zur Deckung von Nachträgen aus anderen Gewerken

- fehlende Erläuterung zur Abweisung/Anerkennung von Auftragnehmerforderungen

Im September 2009 gelang es, einen aufgrund vermeintlicher Formfehler ungerechtfertigten Auschluss des günstigsten Bieters bezüglich der Abbrucharbeiten beim Luitpoldhaus zu heilen und damit bei dieser ohnehin kostenintensiven Maßnahme rund 139.000 EUR zu sparen.

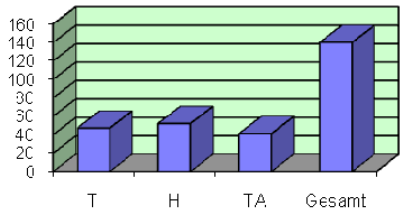
2.5.4.2.2 Freiberufliche Leistungen an Ingenieure, Architekten und Gutachter (Besondere Leistungen)

Nach VRL sind Vergabevorschläge über Besondere Leistungen bei Rpr ab 15.000 EUR vor der Genehmigungserteilung durch die jeweils zuständigen Instanzen vorzulegen.

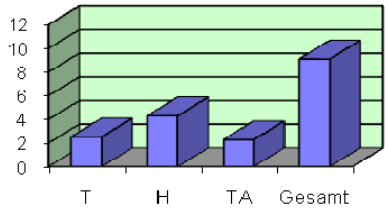
Vorlagepflicht für Auftragserweiterungen und Nachträge besteht, wenn die ursprüngliche Auftragssumme mit der Erweiterung zusammen den Betrag von 15.000 EUR überschreitet. Bei Erstaufträgen über 15.000 EUR sind alle Vorgänge ab 20 % Überschreitung, bzw. ab dem Betrag von 30.000 EUR Rpr zuzuleiten.

Auf die Prüfungsbereiche Tiefbau/Hochbau/Technische Anlagen entfielen dabei 2008 jeweils:

Vergabeanzahl



Vergabesumme in Mio. EUR



Insgesamt wurden 140 Vorgänge in Höhe von 9,09 Mio. EUR vorgelegt. Damit ist das Vorjahresniveau nahezu unverändert geblieben (2007: 146 Vorgänge i.H.v. 10,50 Mio. EUR). Im Rückblick lag das Prüfungsvolumen 2002 noch bei 78 Einzelvorgängen in Höhe von 8,39 Mio. EUR.

Durch die Beachtung unserer Prüfungsfeststellungen wurden im Prüfungszeitraum bei der Vergabe von Besonderen Leistungen im Konsens mit den Geprüften Minderungen in Höhe von 200.529 EUR (2007: 143.941 EUR) vor der Genehmigung erreicht. Dieser Betrag setzt sich aus zahlreichen Einzelbeträgen zusammen. Erhöhungen zugunsten von Auftragnehmern sind dabei gegengerechnet. Korrekturen waren aus folgenden Gründen veranlasst, die im Anschluss beispielhaft aufgezeigt werden:

- unzutreffende Ermittlung der honorarfähigen Kosten
- unrichtige Zuordnung honorarfähiger Kosten
- veraltete Kostengrundlagen
- unzutreffende Ermittlung des Anteils mitverarbeiteter vorhandener Bausubstanz
- unrichtige Zuordnung genehmigungspflichtiger Leistungen bei Einzelleistungen
- fehlerhafte Bezugsgrößen bei der Bemessung von Honorarzuschlägen
- Rechenfehler

Interimsgebäude für Schulen und Kindergärten in Containerbauweise

Im Rahmen der Vergabeprüfung von Planungsleistungen für Containeranlagen erschienen bei zwei Maßnahmen die zur Beauftragung vorgeschlagenen Honorare überhöht. Sie standen auch im Vergleich zu den beim Hochbauamt für die Eigenbearbeitung angesetzten Honoraren nicht in angemessenem Verhältnis.

Bei der Planung von Interimsgebäuden in Containerbauweise handelt es sich grundsätzlich um Planungsleistungen für Gebäude, die aus standardmäßigen Raumzellen zusammengesetzt werden. Daher war aus Prüfungssicht zum einen die Honorarzone gemessen am Schwierigkeitsgrad der Maßnahme vorzunehmen, zum anderen liegen mit Ausnahme der Gründung und Erschließung keine Bauleistungen, sondern Lieferleistungen vor. Daher war es nicht erforderlich, alle Grundleistungen der einzelnen Leistungsphasen, die üblicherweise bei Gebäuden erforderlich sind, zu beauftragen.

Die Ermittlung der angesetzten Baukosten war in beiden Fällen nicht transparent und nachvollziehbar. Es wurde daher empfohlen, die Ermittlung der Baukosten mit Kostenkennwerten des Baukosteninformationszentrums Deutscher Architektenkammern (BKI) anhand vergleichbarer Gebäudetypen durchzuführen.

Die Prüfungsempfehlungen wurden umgesetzt. Bei der Maßnahme VS Gabelsberger Str. ergab sich eine Honorarminderung um 45.660 EUR, beim Kindergarten Hauchstr. um 8.195 EUR.

Generalsanierung Heilig-Geist-Haus, Objektplanung

Bei der Vergabe der Planungsleistung war festzustellen, dass in der Honorarermittlung nicht berücksichtigungsfähige Kosten enthalten waren. Weiter war empfohlen worden, bezüglich der anrechenbaren Bausubstanz mit dem vorgeschlagenen Bieter nochmals zu verhandeln, da der vorgelegte Ansatz überhöht erschien.

Mit Vertragsschluss wurden die zugrundezulegenden Kosten und die anrechenbare Bausubstanz nach unserer Empfehlung reduziert und das vorläufige Honorar um 66.204 EUR vermindert beauftragt.

Pirckheimer - Gymnasium, Ganztagesbetreuung, Nachtrag Objektplanung

Beim Nachtrag zu den Objektplanungsleistungen war aufgrund zusätzlicher Leistungen eine neue Auftragssumme von insgesamt rund 128.770 EUR vorgesehen. Das Verhältnis zwischen den angesetzten Kosten und den bereits genehmigten Kosten erschien uns nicht schlüssig. Da das Gebäude bereits in Betrieb genommen war, wurde der Kostenanschlag für die Maßnahme angefordert.

Dieser war entgegen der einschlägigen Vorschriften noch nicht vollständig erstellt. Hilfsweise wurde daher auf die Kostenberechnung zurückgegriffen, da nach Angabe des zuständigen Mitarbeiters die in der Instruktion vorgesehenen Kosten tatsächlich nicht erreicht werden würden. So ergab sich ein um rund 28.600 EUR geringeres Honorar und die vorgesehene Auftragserhöhung war nicht notwendig. Durch die Schlussrechnung des Objektplaners wurde die Summe bestätigt.

KiTa Ritter-von-Schuh-Platz 24, Außenanlagen

Bei der Prüfung des Honorarangebots für die Freianlagenplanung ergab sich ein überhöhter Flächenansatz. Die Feststellung wurde umgesetzt.

Durch die Reduzierung des Ansatzes auf die tatsächlich zu beplanende Fläche verminderte sich das zu beauftragende Honorar um 11.367 EUR.

Ergänzend waren zur Ordnungsmäßigkeit in rund einem Viertel der geprüften Fälle Anmerkungen veranlasst, v.a. zu:

- fehlenden Honorarobergrenzen bei der Vereinbarung nach Stundenaufwand,
- keiner Abgrenzung bereits anderweitig erbrachter Teilleistungen in den Verträgen,
- Honorarberechnungen mit höheren als den im Haushalt genehmigten Projektkosten
- unzureichende Berücksichtigung bereits erbrachter Leistungen bei nachfolgender Weiterbeauftragung
- fehlende Begründung bei Vereinbarung vom Durchschnitt abweichender Honorarzuschläge bzw. Erschwernisse.

Nachfolgendes Beispiel steht für einen Fall, wo Rpr ein aus seiner Sicht zu hohes HOAI-Honorar nicht verhindern konnte.

Raumbildender Ausbau von drei U-Bahnhöfen, Architektenleistungen

Bei der Vergabe der Leistungen im aktuellen Haushaltsjahr wurde ein Verfahren in Anlehnung an die VOF gewählt, obwohl die maßgeblichen Schwellenwerte nicht erreicht waren. Die Honorarhöhe wurde nicht dem Wettbewerb unterstellt. Nach Auswahl von drei Planern reichten diese ihre Honorarangebote ein. Einer der vorgeschlagenen AN beanspruchte einen Honorarzuschlag für raumbildende Ausbauten in bestehenden Gebäuden in Höhe von 25%.

Daraufhin wurde ein RA-Gutachten beauftragt, das unter Einordnung der U-Bahnhöfe als Gebäude und Berufung auf Literaturmeinungen zum Ergebnis kam, dass auch eine bestehende Entwurfsplanung den Erschwernissen des Bauens im Bestand vergleichbar sei und einen Honorarzuschlag rechtfertige. In den Literaturmeinungen wurde dazu ausgeführt, der höhere Aufwand läge darin, dass die durch den Bestand bzw. vorliegende Grundrissplanungen bedingte Begrenzung der Gestaltungsmöglichkeiten die Planungsaufgabe verkomplizieren würde. Von einer gerichtlichen Auseinandersetzung wurde abgeraten, da die Erfolgsaussichten gering eingeschätzt wurden.

Die anderen beiden Honorarangebote enthielten diesen „Bestandszuschlag“ nicht und sollten dementsprechend auch ohne Zuschlag beauftragt werden.

Wir vertraten im Rahmen der Vergabeprüfung die Auffassung, dass ein Bestandszuschlag für Gebäude nach dem Gesetzestext der HOAI für die drei zu planenden U-Bahnhöfe nicht gerechtfertigt ist, da es sich nach der Definition der HOAI nicht um ein Gebäude handelt.

Für uns handelte es sich um Leistungen der inneren Gestaltung bzw. Erstellung von Innenräumen, ohne wesentliche Eingriffe in Bestand oder Konstruktion, im Zusammenhang mit Neubauten. Neubauten sind nach HOAI neu zu errichtende oder neu herzustellende Objekte. Unsere U-Bahnhöfe sind konstruktive Ingenieurbauwerke für Verkehrsanlagen in Tunnelbauweise. Die beiden Gleise verlaufen in Röhren, die Innenausstattung beschränkt sich auf Wände und Interieur, ohne wesentliche Eingriffe in den Bestand. Bei den zu vergebenden Leistungen sollten die öffentlichen Bereiche der Bahnhöfe, wie Wand- und Deckenbeläge, Bahnsteigbeläge, Auf- und Abgänge der Bahnhöfe und Aufzüge, durch die vorgesehenen Auftragnehmer gestaltet werden.

Da bei den Ingenieurbauwerken in Teil VII HOAI, eine Innenraumgestaltung nicht erfasst ist, erfolgte die Honorierung vergleichbarer Leistungen in der Vergangenheit in Anlehnung an das Leistungsbild des raumbildenden Ausbaus bei Gebäuden nach Teil II HOAI, was ohnehin eine höhere Honorierung nach sich zieht, als bei Vergütungsberechnung für Ingenieurbauwerke. Das Honorar war daher nach unserer Auffassung ohne Zuschlag auskömmlich.

Unsere Auffassung wurde nicht geteilt. Seitens des U-Bahnamtes wurde den anderen beiden AN in einem Verhandlungsgespräch der Zuschlag zum raumbildenden Ausbau ebenfalls angeboten und in der Folge auch beansprucht. (Mehrkosten 91 TEUR)

2.5.4.3 Mobile Prüfung

Zwei „Mobile Prüfer“ übernehmen eine vor-Ort-Einsicht in den Bereichen Tiefbau, Hochbau und Technische Anlagen unter Rückkopplung in die jeweiligen Prüfgebiete. Im Zuge der Unterstützung des Hochbauamts in 2008 war ein mobiler Prüfer ab Oktober ausschließlich im H zur Erstellung von Verwendungsnachweisen sechs Monate tätig.

Die Baustellenbegehungen werden umfangreich dokumentiert und dabei auch Unvorhergesehenes festgehalten. Bei Bedarf kann bei der Prüfung von Nachtragsangeboten und Abrechnungsprüfungen von allen Prüfern auf dieses Material zurückgegriffen werden.

Vordringliche Ziele der Mobilen Prüfung sind Schadensprävention und Minimierung des Risikos überhöhter Abrechnungen. Ergeben sich Feststellungen bei den Begehungen, werden sie mit der zuständigen Baudienststelle in der Regel formlos abgeklärt und die ordnungsgemäße Erledigung überwacht.

2008 wurden im Hochbau 24, im Straßenbau vier, bei SUN drei und bei GBA vier Maßnahmen regelmäßig besucht. Die Zusammenarbeit mit den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern verlief in allen Bereichen außerordentlich kooperativ. Wesentliche Feststellungen waren in keinem Fall zu treffen. Kleinere Hinweise und Feststellungen wurden von den verantwortlichen Mitarbeitern angenommen und den ausführenden Firmen gegenüber zügig umgesetzt.

Im Bereich Hochbau ist vereinzelt aufgefallen, dass mitunter im Bauablauf zum Teil lange Unterbrechungen auftraten und die Baustellen teils zögerlich vorangingen. Von den ausführenden Firmen wurde geäußert, dass mit der Bauleitung beauftragte externe Büros oftmals nicht die im Einzelfall angebrachte Präsenz vor Ort aufweisen.

2.5.4.4 Visaprüfung von Bauabrechnungen

Bei der Visaprüfung werden zur Anweisung freigegebene Rechnungen vor der Auszahlung umfassend geprüft. Im Berichtsjahr wurden aufgrund der Rpr übertragenen Auftragsprüfung bei der Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) 13 Schlussrechnungen im Gesamtvolumen von 8,96 Mio. EUR zur Visaprüfung vorgelegt (siehe letzter Abschnitt, Nr.1.8.9).

Zur Visa-Prüfung von Unterhaltsrechnungen städtischer Maßnahmen werden AN aus einzelnen Gewerken ausgewählt. Die Prüfung läuft über ein Jahr und ist vorher angekündigt.

Anstelle der sonst üblichen, vorangekündigten Prüfung wurden diesmal im Haushaltsjahr 2008 bereits abgerechnete Fliesenarbeiten städtischer Unterhaltsmaßnahmen von zwei Firmen überprüft. Dabei wurden alle ausbezahlten Leistungen vor Ort eingesehen und 17 Rechnungen auf Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen und der einschlägigen Abrechnungsbestimmungen überprüft.

In erster Linie waren dabei u. E. überhöhte Ansätze abgerechneter Stunden festzustellen. Von der Baudienststelle wurden diese jedoch in der abgerechneten Höhe aufrechterhalten. Eine Dokumentation, wonach der angemessene Aufwand für die in Rechnung gestellten Arbeiten beurteilt hätte werden können, war in keinem Fall vorhanden. Weiter fiel auf:

- Transporteinsätze für Material und Lohnstunden wurden ungerechtfertigt vergütet
- Arbeiten wurden über Stundenlohn anstelle vorhandener Leistungspositionen abgerechnet
- Von den Auftragnehmern zu erstellende Bautagesberichte fehlten
- Materialkosten wurden nicht unter den entsprechenden LV-Titeln abgerechnet

Diese Feststellungen wurden anerkannt. Sämtliche Transportkosten wurden jeweils rückerstattet, die Position soll künftig in den Leistungsverzeichnissen nicht mehr enthalten sein. Um bei anfallenden Stundenlohnarbeiten den Aufwand besser nachvollziehen zu können, sollen die Auftragnehmer künftig angehalten werden, arbeitstägliche Stundenlohnberichte zu führen. Die Bauunterhalts-LVs sollen zum neuen Turnus unter Einbeziehung unserer Empfehlungen verbessert und aktualisiert werden.

Im laufenden Haushaltsjahr sind abgerechnete Maßnahmen im Bereich Dachdeckerarbeiten aus 2008 geprüft worden.

Bei dieser aktuellen Prüfung wurden schwerpunktmäßig die Abrechnungen von zwei größeren und acht kleineren, über den Bauunterhalt abgewickelten Maßnahmen geprüft.

Vom Hochbauamt liegen bisher nicht zu allen Feststellungen schriftliche Äußerungen vor, im Ergebnis wurden die Feststellungen von den zuständigen Mitarbeitern jedoch eingeräumt:

- Ein Bautagebuch bzw. eine sonstige nachvollziehbare Dokumentation des Bauablaufs war in keinem Fall vorhanden
- Zum Teil waren bei Aufmaß und Abrechnung Korrekturen mit, gemessen an den Abrechnungssummen, geringer finanzieller Auswirkung veranlasst
- Bei vier der kleineren Rechnungen wurde der Hauptteil der Arbeiten in Regie (Stundenlohn) verrechnet, obwohl entsprechende Leistungspositionen (Preis nach Art und Umfang der Leistung) vorhanden gewesen wären
- In mehreren Fällen wurden Wochenregiezettel erstellt, aus denen der angemessene Zeitaufwand für die abgerechneten Arbeiten schwer nachvollzogen werden kann, da sehr grobe Tätigkeitsbeschreibungen auf fünf Arbeitstage lauten
- Regiezettel für Stundenlohnarbeiten in Höhe von rund 25.700 EUR waren bei einer Maßnahme zum Zeitpunkt der Prüfung nicht anerkannt
- Für Positionen mit verrechneten Einheitspreisen ohne Leistungsposition fehlte häufig ein Nachweis des Einkaufspreises
- Die Prüfbarkeit der Rechnungen war in vielen Fällen durch fehlende Positionsnummern aus den entsprechenden Leistungsverzeichnissen erschwert
- Zum Teil lagen bei den Abrechnungsunterlagen die zugehörigen Aufmaße nicht bei
- Ein Auftragnehmer war beauftragt, schadhafte Ziegel innerhalb einer Dachfläche auszutauschen und ordnete ausgewechselte Ziegel in geometrischen Mustern an. Die aufwändige optische Anordnung war nicht beauftragt, wurde jedoch abgerechnet.

Wo möglich wurden die Arbeiten auf Leistungspreise zurückgeführt und überhöhte Vergütungen korrigiert. Die künftige Beachtung einschlägiger Abrechnungs- und Vertragsbedingungen wurde zugesichert. Die Bauleiter sollen entsprechend unseren Feststellungen dazu angehalten werden, von Auftragnehmern geschuldete Dokumentationen tatsächlich einzufordern, auch für mögliche Gewährleistungsmängel.

2.5.5 Ex post-Prüfungen

Bei der Prüfung abgeschlossener Baumaßnahmen – ex post-Prüfung – sind festgestellte Mängel bzw. Überzahlungen vom Geprüften nicht mehr von der Hand zu weisen. Zudem werden zeitversetzte Prüfungsfeststellungen oftmals weniger schmerzlich empfunden, als die prozessbegleitende „Einmischung" bei der ex ante-Prüfung.

Ausgewählte Maßnahmen werden in Schwerpunkten in der Regel vollständig geprüft. Neben der reinen Abrechnung wird auch die Einhaltung des korrekten Verfahrens nach den bei der Projektabwicklung gültigen BRL und VRL geprüft. Tatsächlich ausgeführte Mengen werden, soweit vorhanden, mit den Angebotspreisen der ursprünglich nächstfordernden Bieter hochgerechnet, Ursachen von Nachträgen kritisch hinterfragt und Abrechnungsfehler aufgezeigt.

Sind Auszahlungen ungerechtfertigt erfolgt, müssen sie von der verantwortlichen Dienststelle beim ausführenden Unternehmer, bzw. im Rahmen der gesamtschuldnerischen Haftung beim beauftragten Objektplaner zurückgefordert werden. Problematisch sind wechselnde Zuständigkeiten oder durch laufende Projekte gebundene Mitarbeiter. Die Rückholung von Überzahlungen von den Auftragnehmern kann zudem oftmals nur mit juristischem Beistand durchgesetzt werden. In der Regel sind diese Prüfungen sehr langwierig und mit dem Eingang des Rückforderungsbetrages nach durchschnittlich vier Jahren abgeschlossen.

Meist sind es im Grundsatz folgende Feststellungen, die zu Überzahlungen führen:

- falsche Zuordnung der Leistungen zu den ausgeschriebenen Positionen
- fehlerhafte Anwendung der Bestimmungen für Aufmaß und Abrechnung nach VOB/C
- Doppelberechnung von Leistungen
- ungerechtfertigte bzw. überhöhte Forderungen
- Rechen- und Übertragungsfehler

2008 konnten insgesamt 4 Schwerpunktprüfungen mit einem Volumen von 0,819 Mio. EUR abgeschlossen werden. Aus der Korrektur von Abrechnungsfehlern bzw. der Umsetzung von Prüfungsempfehlungen ergaben sich Feststellungen mit finanziellen Auswirkungen von 22.504 EUR für die geprüften Einheiten. Berichtigungen zugunsten von Auftragnehmern sind darin berücksichtigt.

2.6 Sondervermögen „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf“

Der Regiebetrieb Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf (Regiebetrieb STEM Herpersdorf) wird im Sinne von Art. 88 Abs. 6 GO teilweise nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV) geführt. Entsprechend ist das Dritte Buch des HGB bei der Rechnungslegung anzuwenden. Nach § 242 HGB ist zum Schluss eines jeden Geschäftsjahres eine Bilanz zu erstellen.

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2008 vom 22.11.2007 wurden für den Regiebetrieb keine Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 2,53 Mio. EUR festgesetzt. Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wurden nicht beansprucht.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2008 in Kraft.

Der Wirtschaftsplan 2008 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm. Die Planansätze des Erfolgsplanes 2008 sahen Erträge von 924 TEUR und Aufwendungen von 1,65 Mio. EUR vor, so dass daraus ein Jahresverlust in Höhe von 722 TEUR resultierte. Tatsächlich ergab sich 2008 ein Jahresverlust von 312 TEUR. Die Abweichung zum Planansatz ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Grundstücksverkäufen zurückzuführen.

Der Vermögensplan 2008 umfasste einen Finanzbedarf von 2,57 Mio. EUR. Hiervon waren 896 TEUR für Investitionen eingeplant. Die Finanzplanung der Jahre 2007 bis 2011 umfasste ein Volumen von insgesamt 22,75 Mio. EUR.

Nach vorausgehender Begutachtung durch den Stadtplanungsausschuss und Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss hat der Stadtrat den Vorjahresabschluss 2007 am 28.01.2009 festgestellt und die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss 2008 des Regiebetriebes wurde nach den Vorschriften der EBV aufgestellt. Er besteht aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang. Das Wirtschaftsjahr 2008 schließt mit einer Bilanzsumme von 20.959.129,68 EUR und einem Jahresverlust von 311.873,65 EUR.

Die Entwicklung der Bilanz 2008 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Regiebetrieb STEM Herpersdorf	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**9.383.932,18**	**9.321.507,78**	**62.424,40**	**0,7**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	528.710,53	587.459,18	-58.748,65	-10,0
• Sachanlagen	8.855.221,65	8.734.048,60	121.173,05	1,4
Umlaufvermögen (gesamt)	**11.575.197,50**	**14.632.682,25**	**-3.057.484,75**	**-20,9**
• Grundstücke	7.796.811,27	7.984.876,71	-188.065,44	-2,4
• Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.776.009,79	4.295.372,52	-519.362,73	-12,1
• Kassenbestand und Bankguthaben	2.376,44	2.352.433,02	-2.350.056,58	-99,9
Bilanzsumme - Aktiva -	**20.959.129,68**	**23.954.190,03**	**-2.995.060,35**	**-12,5**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**3.892.142,04**	**3.204.015,69**	**688.126,35**	**21,5**
• Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
• Allgemeine Rücklage	2.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	100,0
• Sonderrücklage	1.230.576,68	1.230.576,68	0,00	0,0
• Gewinn-/Verlustvortrag (-)	661.565,36	973.439,01	-311.873,65	-32,0
Rückstellungen	**40.500,00**	**14.000,00**	**26.500,00**	**> 100,0**
Verbindlichkeiten	**17.026.487,64**	**20.736.174,34**	**-3.709.686,70**	**-17,9**
Bilanzsumme - Passiva -	**20.959.129,68**	**23.954.190,03**	**-2.995.060,35**	**-12,5**

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen (Fernwärmeversorgung durch die N-ERGIE) waren in Folge der Grundstücksverkäufe entsprechende Wertabgänge vorzunehmen. Der Anstieg des Sachanlagevermögens resultiert insbesondere aus dem Bau von Verkehrsanlagen und Grünflächen. Der im Umlaufvermögen geführte Grundstücksbestand verminderte sich durch die Grundstücksverkäufe im südlichen Entwicklungsbereich um 188 TEUR auf 7,80 Mio. EUR (Vorjahr: 7,99 Mio. EUR). Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen das bei der Stadtkasse geführte Betriebsmittelkonto (3,78 Mio. EUR). Die im Vorjahr auf Grund geplanter Sondertilgungen ausgewiesenen liquiden Mittel in Höhe von 2,35 Mio. EUR wurden 2008 nahezu restlos abgebaut.

Die Passivseite ist trotz der im Vorjahr erfolgten Sondertilgung weiterhin durch Fremdfinanzierung geprägt. Das ausgewiesene Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr um 688 TEUR. Hier stehen dem Jahresverlust in Höhe 312 TEUR die Kapitalzuführung 2008 (1,00 Mio. EUR) der Stadt Nürnberg gegenüber. Die Kapitalzuführung wird unter den allgemeinen Rücklagen ausgewiesen. Die Sonderrücklage enthält ausschließlich Fördermittel aus Städtebauförderung und Wohnbaulandprogramm. Die Rückstellungen betreffen mit 11 TEUR externe Jahresabschlusskosten und mit 29 TEUR ausstehende Rechnungen über Kanalherstellungsbeiträge. Die Verbindlichkeiten entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten (16,80 Mio. EUR). Die restlichen Verbindlichkeiten (Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie sonstige Verbindlichkeiten) waren zum Prüfungszeitpunkt soweit fällig beglichen.

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben:

Regiebetrieb STEM Herpersdorf	2008	2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	**1.391.225,29**	**4.317.842,82**	**-2.926.617,53**	**-67,8**
Umsatzerlöse	1.117.262,93	4.058.059,00	-2.940.796,07	-72,5
Sonstige betriebliche Erträge	106.166,10	113.565,00	-7.398,90	-6,5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	167.796,26	146.218,82	21.577,44	14,8
AUFWENDUNGEN	**1.703.098,94**	**3.357.989,43**	**-1.654.890,49**	**-49,3**
Materialaufwand	503.811,64	1.779.373,82	-1.275.562,18	-71,7
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00	0,0
Abschreibungen	170.373,63	291.418,59	-121.044,96	-41,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	276.773,17	460.808,03	-184.034,86	-39,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	746.781,13	816.834,03	-70.052,90	-8,6
Sonstige Steuern	5.359,37	9.554,96	-4.195,59	-43,9
ERGEBNIS	**-311.873,65**	**959.853,39**	**-1.271.727,04**	**> 100,0**

Gegenüber dem Vorjahr, das mit einem Gewinn von 960 TEUR schloss, weist das Wirtschaftsjahr 2008 einen Verlust in Höhe von 312 TEUR aus. Hierbei stehen Erträgen von 1,39 Mio. EUR Aufwendungen in Höhe 1,70 Mio. EUR gegenüber.

Die im Berichtsjahr ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 1,12 Mio. EUR resultieren ausschließlich aus Grundstücksverkäufen. Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen die jährliche Nutzungspauschale für den Kindergarten (65 TEUR), Optionsgebühren für die Reservierung von Grundstücken (6 TEUR) und erstattete Vermessungskosten (8 TEUR). Die Zinsen und ähnliche Erträge (168 TEUR) resultieren aus dem Guthaben des Betriebsmittelkontos bei der Stadtkasse.

Der Materialaufwand betrifft ausschließlich die Verminderung des Grundstücksbestandes infolge der Grundstücksverkäufe. Die Abschreibungen enthalten den Wertverzehr der Verkehrs- und Grünanlagen einschließlich der Spielplätze und des Kindergartens (112 TEUR) sowie die Auflösung der immateriellen Wirtschaftsgüter (58 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten hauptsächlich die Aufwendungen für die Personalabstellung der Stadt (179 TEUR) sowie für Kanalherstellungsbeiträge für die im Vorjahr verkauften Grundstücke (64 TEUR). Darüber hinaus sind Aufwendungen für Marketingmaßnahmen, die Softwarebereitstellung durch SUN und die Prüfung des Jahresabschlusses enthalten. Die Zinsaufwendungen verringerten sich tilgungsbedingt um 70 TEUR bzw. 8,6 % auf 747 TEUR.

Mit der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2008 hat der Stadtrat am 25.06.2008 den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2008 sowie für den zugehörigen Lagebericht erteilt.

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht des BKPV vom 07.04.2009 dem Stadtplanungsausschuss am 18.06.2009 vorgelegt. Der Stadtplanungsausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und des zugehörigen Lageberichtes begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss des Jahres 2008 wird mit einer Bilanzsumme auf der Aktiv- und Passivseite in Höhe von 20.959.129,68 EUR und einem Jahresergebnis von -311.873,65 EUR festgestellt.
- Der Jahresverlust 2008 in Höhe von 311.873,65 EUR wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 973.439,01 EUR verrechnet. Der sich ergebende Gewinn in Höhe von 665.565,36 EUR wird auf das folgende Wirtschaftsjahr 2009 vorgetragen.
- Die uneingeschränkte Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Geschäftsjahr 2008 wird erteilt.

2.7 Betätigung der Stadt bei Beteiligungsunternehmen privaten Rechts

Rechtsgrundlagen für die Prüfung der Betätigung der Stadt Nürnberg bei Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts sind Art. 94 und 106 Abs. 4 GO.

Nach Art. 94 Abs. 3 GO ist die Stadt Nürnberg verpflichtet, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft, die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans gemäß Absatz 1 Nr. 5 dieses Artikels, die Ertragslage und die Kreditaufnahme enthalten.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht des Finanzreferates vom November 2009 wird dem Art. 94 Abs. 3 GO grundsätzlich Rechnung getragen.

Im Prüfungszeitraum 2008 war die Stadt Nürnberg bei folgenden Unternehmen beteiligt:

2.7.1 Unter Art. 94 Abs. 1 GO fallende Unternehmen

Nr.	Unternehmen	Stand 31.12.2008 Gezeichnetes Kapital Kapitalanteil Stadt Nürnberg in EUR	Beteiligung Stadt Nürnberg in %
1	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)	204.200.000 189.200.000	100,0
2	Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gemeinnützige GmbH (WfB)	2.759.442 2.759.442	100,0
3	Noris-Arbeit (NOA) Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft mbH der Stadt Nürnberg	25.600 25.600	100,0
4	NürnbergStift Service GmbH Nürnberg	25.000 25.000	100,0
5	Nexus-Start Existenzgründerzentrum GmbH	430.000 344.000	80,0
6	Curiavant Internet GmbH Nürnberg	25.000 16.500	66,0
7	Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH (IGZ)	35.500 20.000	56,3
8	Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)	43.124.000 21.562.000	50,0
9	NürnbergMesse GmbH	100.204.900 50.071.750	49,9
10	Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard-Nord GmbH Siedlungsmodell Nürnberg	25.565 24.261	94,9

2.7.1.1 Abschlussprüfungen und -ergebnisse 2008

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungsgesellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstellung	Jahresergebnis in Mio. EUR[1]
1	Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) mit Organgesellschaften			
	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)	Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	31.03.2009	-5,344 (-9,208)
	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)[2]	Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	31.03.2009	+0,617 (-14,528)
	N-ERGIE Aktiengesellschaft Nürnberg[3]	WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	23.02.2009	+62,317 (+77,051)
	Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg (VAG)	Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	20.03.2009	-68,353 (-71,808)
	Fränk. Energie-Gesellschaft mbH, Nürnberg (FEG)	SüdTreu Süddeutsche Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	09.03.2009	+0,075 (+0,076)

Im Dezember 2002 wurde zwischen der StWN GmbH und der N-ERGIE Aktiengesellschaft ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Seit dem 01. Januar 2003 sind somit durch die einseitige Organschaft weiterhin die Voraussetzungen einer steuerlichen Organschaft im Querverbund der StWN gegeben. Über den Gewinnabführungsvertrag wird der Thüga AG als außenstehende Aktionärin eine angemessene Ausgleichszahlung nach § 304 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz garantiert. Im Wirtschaftsjahr 2004 hat sich das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft durch die Übernahme von 60 % der Anteile der wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen um die Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung erweitert.

[1] Ergebnisse 2007 in Klammern

[2] StWN-Ergebnis ohne Verlust-/Gewinnübernahme lt. den Abführungsverträgen

[3] Ergebnisse nach Ausgleichszahlung an die Thüga AG

Ergebnisermittlung der StWN GmbH:

	Mio. EUR[4]	
Ergebnis 2008[5] der N-ERGIE Aktiengesellschaft	+ 62,317	(+ 77,051)
VAG	- 68,353	(- 71,808)
FEG	+ 0,075	(+ 0,077)
Ergebnis StWN	+ 0,617	(- 14,528)
Jahresfehlbetrag 2008 der StWN GmbH	**- 5,344**	**(- 9,208)**

Die StWN GmbH schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresfehlbetrag von 5,344 Mio. EUR ab. Dieser resultiert aus dem Beteiligungsergebnis in Höhe von -5,961 Mio. EUR und dem eigenem Ergebnis der StWN GmbH von + 0,617 Mio. EUR.

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungsgesellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstellung	Jahresergebnis in Mio. EUR[6]
2	Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gemeinnützige GmbH (WfB)	advoc Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	26.10.2009	-0,762 (-0,810)
3	Noris-Arbeit (NOA) Gemeinnützige Beschäftigungsges. mbH der Stadt Nürnberg	Conrad GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	04.09.2009	-0,054 (- 0,068)
4	NürnbergStift Service GmbH Nürnberg	Wirtschaftsprüfer Renate Haertle München	10.07.2009	-0,002 (+ 0,000)
5	Nexus-Start Existenzgründerzentrum GmbH[7]	MKP Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	24.08.2009	-0,027 (- 0,080)
6	Curiavant Internet GmbH Nürnberg	bei Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag noch kein testierter Jahresabschluss vor	offen	k. A.[8] (- 0,541)
7	Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH (IGZ)	Erlanger Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft	28.05.2009	-0,022 (- 0,011)
8	Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)	MKP Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	31.03.2009	-1,863 (+ 1,131)
9	NürnbergMesse GmbH	Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	27.03.2009	0,000 (0,000)

[4] Ergebnisse 2007 in Klammern

[5] Ergebnisse nach Ausgleichszahlung an die Thüga AG

[6] Ergebnisse 2007 in Klammern

[7] Umfirmierung in Klee-Center GmbH Existenzgründerzentrum, Nürnberg; Eintragung der Umfirmierung ins Handelsregister am 12.01.2009

[8] Gesellschaft befindet sich in Liquidation; für den Zeitraum 2008 liegt kein gesondertes Jahresergebnis vor

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungsgesellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstellung	Jahresergebnis in Mio. EUR[6]
10	Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard-Nord GmbH Siedlungsmodell Nürnberg	Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	12.05.2009	+0,197 (+0,161)

Feststellung gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

Den vorliegenden Abschlussprüfungsberichten ist zu entnehmen, dass alle Prüfungen unter Beachtung der Erfordernisse des § 53 HGrG erfolgten. Die Abschlussprüfer bestätigten, dass die Prüfungen nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG keine Besonderheiten ergeben haben, die nach ihrer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gegeben hätten. Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg ist bei allen o. g. Gesellschaften das Unterrichtungs- und Informationsrecht nach § 54 HGrG eingeräumt.

2.7.2 Sonstige Beteiligungen

Nr.	Unternehmen	Stand 31.12.2008 Gezeichnetes Kapital Kapitalanteil Stadt Nürnberg in EUR	Beteiligung Stadt Nürnberg in %
1	wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen	12.600.000 5.040.000	40,0
2	Stadion Nürnberg Betriebs-GmbH	100.000 25.100	25,1
3	Hafen Nürnberg - Roth GmbH	1.535.000 291.650	19,0
4	EnergieRegioN GmbH	25.000 1.250	5,0
5	Multimedia Akademie Nürnberg GmbH	153.388 7.209	4,7
6	IGN - Gesellschaft für integriertes Güterverkehrsmanagement Nordbayern	26.076 511	2,0
7	Landesgewerbeanstalt Bayern	5.246.938 59.075	1,1
8	afk - Aus- und Fortbildungs GmbH für elektronische Medien	25565 256	1,0
9	WISO-Führungskräfte-Akademie Nürnberg (WFA) Gemeinnützige Trägergesellschaft mbH	102.258 767	0,8

2.8 Auftragsprüfungen

2.8.1 Deutsch-Amerikanisches Institut Amerika-Haus Nürnberg e.V.

Auf Ersuchen des Instituts hat der Oberbürgermeister am 01.07.2009 das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, die Jahresrechnung für 2008 zu prüfen.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses.

Ergebnis der Jahresrechnung 2008:

				2008 EUR	**2007 EUR**
Einnahmen		2008	2007	283.274,85	288.824,37
	• Fehlbetrag (-) / Überschuss (+) aus dem Vorjahr	+12.881,99	- 12.204,53		
	• lfd. Haushaltsmittel	+270.392,86	+ 301.028,90		
Ausgaben				257.600,83	275.942,38
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)				**+25.674,02**	+ 12.881,99

Die Jahresrechnung 2008 des Deutsch-Amerikanischen Instituts schließt mit einem Jahresüberschuss von 25.674,02 EUR ab. Durch den Umzug in die Gleißbühlstraße 9 konnten im Vergleich zu den Vorjahren Mietkosten eingespart werden. Die Belege wurden im Rahmen der Jahresabschlussprüfung stichprobenartig durchgesehen. Die Ausgaben waren unserer Einschätzung nach angemessen.

Mit Prüfbericht vom 10.08.2009 wurde bestätigt, dass der vorgelegte Abschluss der Jahresrechnung 2008 des Deutsch-Amerikanischen Instituts, Amerika Haus Nürnberg e.V., mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

2.8.2 Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH (IGZ)

Mit Beschlüssen der Gesellschafterversammlungen vom 19.02.1987 und 24.10.1989 wurde dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung der „Einhaltung der öffentlichen Haushaltsvorschriften“ übertragen.

Für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 wurde mit Bericht vom 07.08.2009

- eine zweckentsprechende, wirtschaftliche und sparsame Wirtschaftsführung,
- eine den dienstvertraglichen Regelungen entsprechende Bezahlung der Mitarbeiter, die Einhaltung der Vergabevorschriften und
- die Einhaltung der Prüfung der Jahresabschlüsse unter Berücksichtigung von § 53 HGrG durch den Wirtschaftsprüfer

festgestellt.

Zusammenfassend konnte nach pflichtgemäßer Prüfung bestätigt werden, dass die Gesellschaft die öffentlichen Haushaltsvorschriften eingehalten hat.

2.8.3 Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN)

Gemäß Nr. 7.5 der Geschäftsordnung der EMN ist die Rechnungsprüfung des Jahresabschlusses 2008 von Rpr unter Beteiligung der Rechnungsprüfung des Landratsamtes Nürnberger Land durchzuführen. Die Prüfung hat sich wie im Vorjahr auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses sowie auf die Grundsätze der Sparsamkeit erstreckt.

Aus dem Jahresabschluss ergibt sich ein Übertrag in das Folgejahr in Höhe von 139 TEUR. Diese Mittel sind durch Projektfinanzierungen bereits größtenteils gebunden. Entsprechende Finanzierungszusagen werden allerdings erst in Folgejahren kassenwirksam.

Die Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2008 ordnungsgemäß erstellt worden ist, eine sparsame Haushaltsführung wurde gleichfalls bestätigt.

2.8.4 Haus der Heimat e. V.

Das Haus der Heimat e.V. (HdH) in Nürnberg erhält für seinen laufenden Betrieb Zuwendungen vom Freistaat Bayern, ausgereicht durch das Haus des Deutschen Ostens (HDO) und von der Mittelfranken-Stiftung „Natur-Kultur-Struktur“ des Bezirks Mittelfranken. Die Stadt Nürnberg – Sozialreferat – gewährt dem Verein Zuschüsse.

Gem. Nr. 1.4 zu Art. 44 BayHO wurde deshalb zwischen den Zuwendungs- bzw. Zuschussgebern vereinbart, dass die Prüfung des Verwendungsnachweises mit Zustimmung des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg durchgeführt wird.

Die Prüfung für 2008 erstreckte sich entsprechend dem anzuwendenden Zuwendungsrecht des Freistaates Bayern auf die gesamte Haushaltsführung des HdH. Rpr stimmt sich insbesondere in spezifischen staatlichen Zuwendungsregelungen mit dem Haus des Deutschen Ostens ab.

Im Jahr 2008 hat das HdH folgende Zuwendungen und Zuschüsse erhalten:

Zuwendungs-/Zuschussgeber	Art	EUR
Freistaat Bayern – Haus des deutschen Ostens	institutionell	126.400
Bezirk Mittelfranken	institutionell	22.800
Stadt Nürnberg – Sozialreferat	institutionell	2.200[9]
Stadt Nürnberg – Sozialreferat	Sprachkurse	42.500
Stadt Nürnberg – Sozialreferat	Personalkostenzuschuss (Hausmeister)	21.300

Darüber hinaus fördert die Stadt Nürnberg den Betrieb des HdH durch die direkte Übernahme der Erbbaurechtskosten (rd. 23 TEUR jährlich).

Die Gesamtausgaben des HdH beliefen sich im Jahr 2008 (fast unverändert zum Vorjahr) auf rund 265 TEUR.

Die Verwendungsnachweisprüfung bzw. die Prüfung der Haushaltsführung des HdH führte zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

[9] eigentl. 21.200 EUR abzgl. Spende Sparkasse Nbg. i.H.v. 19.000 EUR

- Die Angaben des Verwendungsnachweises 2008 stimmen mit den Büchern und Belegen überein.
- Aus den geprüften Unterlagen haben sich keine Hinweise ergeben, die auf eine nicht zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen und Zuschüsse für das Jahr 2008 schließen ließen. Entsprechendes gilt auch für die vom HdH durchgeführten Sprachkurse.
- Stichprobenprüfungen ergaben im Übrigen, dass sich die Ausgaben insgesamt in einem angemessenen Rahmen bewegt haben.

2.8.5 Planungsverband Industrieregion Mittelfranken

Der Planungsverband Industrieregion Mittelfranken ist Träger der Regionalplanung in seinem Verbandsbereich. Er hat insbesondere zur Aufgabe, über den Regionalplan sowie über dessen Fortschreibung zu beschließen. Außerdem hat der Planungsverband an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung durch Staatsbehörden mitzuwirken, Stellungnahmen zu Verfahren abzugeben, an denen er beteiligt ist, darauf hinzuwirken, dass Ziele der Raumordnung beachtet werden und bei Konflikten zwischen Verbandsmitgliedern auf eine einheitliche Lösung hinzuwirken.

Nach § 20 der Planungsverbandssatzung erfolgt die örtliche Prüfung der Jahresrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt eines Verbandsmitglieds, das nicht den Verbandsvorsitzenden entsendet. Auf Bitte des Planungsverbandes 2009 hat Herr Oberbürgermeister am 10.03.2009 zugestimmt, dass das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg die Prüfung der Jahresrechnung 2008 des Verbandes durchführt.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und die Jahresrechnung mit den entsprechenden Anlagen. Die Jahresrechnung 2008 wurde ordnungsgemäß und fristgerecht aufgestellt. Sie ist ausgeglichen und schließt in Einnahmen und Ausgaben mit einer Gesamtsumme von 78.980,84 EUR. Dabei betrug die Zuführung zum Vermögenshaushalt und Erhöhung der Allgemeinen Rücklage 2.279,45 EUR.

Mit Bericht vom 06.04.2009 konnte bestätigt werden, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Planungsverbands Industrieregion Mittelfranken ordnungsgemäß und sorgfältig ist. Die hierfür geltenden Grundsätze und Vorschriften wurden allgemein eingehalten. Die Haushaltsmittel wurden zweckentsprechend und satzungsgemäß verwendet. Die Finanzlage ist geordnet.

2.8.6 Nürnberger Volksfeste

Zwischen der Stadt Nürnberg und dem Süddeutschen Verband reisender Schausteller und Handelsleute e.V. mit Sitz in Nürnberg wurde am 25.08.1976 ein Vertrag (zuletzt geändert am 23.06.1999) über die Durchführung der Nürnberger Volksfeste (Frühlings- und Herbstvolksfest) abgeschlossen.

Gemäß § 6 dieser Vereinbarung erfolgte die Überprüfung der Abrechnungen des Süddeutschen Schaustellerverbandes bezüglich der Nürnberger Volksfeste zum 31.12.2008 durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg.

Ergebnisse der Abrechnungen zum 31.12.2008, 31.12.2007 und 31.12.2006

	01.01. - 31.12.2008 EUR	**01.01. - 31.12.2007 EUR**	**01.01. - 31.12.2006 EUR**
Einnahmen	964.265,18	851.441,57	832.768,03
Ausgaben	945.591,30	873.004,84	842.679,36

Gewinn (+)/Verlust (-)	**+ 18.673,88**	**- 21.563,27**	**- 9.911,33**
Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr	- 62.543,81	- 40.980,54	- 31.069,21
Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-) auf das Folgejahr	- 43.869,93	- 62.543,81	- 40.980,54

Die Steigerung der Einnahmen im Wirtschaftsjahr 2008 gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 ist überwiegend auf die Zunahme der Platzgelder zurückzuführen. Die Ausweitung der Aufwendungen für diesen Vergleichszeitraum ist vor allem in der Erhöhung der Ausgaben für Werbung und Sonderveranstaltungen sowie in einer Mehrung der Personalausgaben und in höheren Neuanschaffungen begründet.

Dem Schaustellerverband wurde mit Bericht vom 27.11.2009 bestätigt, dass die Rechnungslegung zum 31.12.2008 ordnungsgemäß aus der Buchführung abgeleitet worden ist.

2.8.7 Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Nürnberg

Auf Bitte des Vorstandes der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Nürnberg vom 27.02.2009 und mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters vom 03.03.2009 führte das Rechnungsprüfungsamt die ordentliche Prüfung der Jahresrechnung 2008 der VWA durch.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses. Der geprüfte Jahresabschluss für 2008 ergab folgendes Ergebnis.

Lfd. Einnahmen der VWA 2008	991.452,44 EUR
Lfd. Ausgaben der VWA 2008	859.201,62 EUR
Saldo (= Jahresüberschuss 2008)	132.250,82 EUR

Damit konnte nach 2006 zum dritten Mal in Folge ein Jahresüberschuss erzielt werden. Dieser Überschuss soll dazu beitragen, trotz steigender Raumkosten, die Preisstabilität der Studiengebühren zu gewährleisten. Zusammenfassend konnte im Bericht vom 04.05.2009 bestätigt werden, dass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung anhand der Bücher (Buchungsjournale), Sachkonten und sonstigen Unterlagen sowie der erhaltenen Auskünfte die vorgelegte Jahresrechnung 2008 mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

2.8.8 Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN)

Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er betreibt die Integrierte Leitstelle für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierungen bzw. beauftragt einen Dritten mit deren Betrieb. Er hat die Aufgabe, Notfallrettungen und Krankentransport (Rettungsdienst) in seinem gesamten Verbandsgebiet flächendeckend sicher zu stellen. Zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern ist er für die Sicherstellung der Notarztversorgung im Verbandsgebiet verantwortlich.

Nach § 16 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung erfolgt die örtliche Prüfung der Jahresrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt eines Verbandsmitglieds, das nicht den Verbandsvorsitzenden entsendet. Auf Bitte des ZRFN hat Herr Oberbürgermeister am 10.03.2009 zugestimmt, dass das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg die Prüfung der Jahresrechnung 2008 des ZRFN durchführt.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und die Jahresrechnung mit den entsprechenden Anlagen. Die Jahresrechnung 2008 wurde ordnungsgemäß und fristgerecht aufgestellt. Sie ist ausgeglichen und schließt in Einnahmen und Ausgaben mit einer Gesamtsumme von 66.729,98 EUR. Dabei betrug die Zuführung zum Vermögenshaushalt und Erhöhung der Allgemeinen Rücklage 5.322,97 EUR.

Mit Bericht vom 06.04.2009 konnte bestätigt werden, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung des ZFRN ordnungsgemäß und sorgfältig ist. Die hierfür geltenden Grundsätze und Vorschriften wurden eingehalten. Die Haushaltsmittel wurden zweckentsprechend und satzungsgemäß verwendet, die Finanzlage ist geordnet.

2.8.9 Technische Prüfung bei der Flughafen Nürnberg GmbH

Rpr prüft auftragsgemäß Vergaben und Rechnungen bei der Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) ab festgelegten Werten. Die Prüfung erfolgt vor Genehmigungserteilung bzw. Auszahlung.

Im Geschäftsjahr 2008 fielen insgesamt 675 Stunden für die Prüfung an. An Kosten wurden dem Unternehmen für diese Leistung 33.795 EUR in Rechnung gestellt. Im Ergebnis wurden begutachtete Minderungen in Höhe von 71.811 EUR von FNG umgesetzt.

- Vergaben

  7 Vergabevorschläge einschließlich Auftragserweiterungen und Nachträgen über insgesamt 1,93 Mio. EUR waren zu prüfen. Reduzierungen waren nicht veranlasst.

- Rechnungen

  Die Begutachtung von 13 Bauabrechnungen im Gesamtvolumen von 8,96 Mio. EUR ergab Feststellungen in Höhe von 71.811 EUR zugunsten der FNG.

2.8.10 Vorprüfung von Verwendungsnachweisen

∘ Jugendaustausch mit Nicaragua (KuF)

Der Jugendaustausch mit der Partnerstadt San Carlos in Nicaragua wird vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas mit 2.000 EUR gefördert. Zur Auszahlung dieses Betrages fordert der Rat der Gemeinden und Regionen Europas eine Bestätigung der rechnerischen Richtigkeit des Verwendungsnachweises durch das Rechnungsprüfungsamt.

KuF übersandte Rpr den Verwendungsnachweis am 07.10.2009 zur Bestätigung.

Der Verwendungsnachweis bezeichnete Einnahmen in Höhe von 25.083,83 EUR (Eigenmittel der Kommune 6.083,83 EUR, Teilnehmerbeiträge 17.000,00 EUR und Zuschuss durch den Rat der Gemeinden und Regionen Europas 2.000,00 EUR). Dem standen Ausgaben in Höhe von ebenfalls 25.083,83 EUR (Reisekosten 15.878,25 EUR, Betreuungskosten 3.000,00 EUR und Ausgaben aus der Handkasse mit 6.205,68 EUR) gegenüber.

Rpr sah hier Probleme nicht nur hinsichtlich der Bestätigung der rechnerischen Richtigkeit der abgerechneten Ausgaben, sondern auch hinsichtlich der Dokumentation und der Abrechnung städtischer Gelder. Die Verwaltung der städtischen Gelder (Führung der Handkasse) während der Reisedauer wurde einer nicht in Nürnberg lebenden Honorarkraft übertragen. Eine Klärung offener Fragen ist erschwert.

Die Handkassenbelege bestanden aus einem Kassenbuch in dem Auszahlungen aus der Handkasse nummeriert erläutert und die entsprechenden Belege eingeklebt wurden und einer Handkassenliste, in der die finanziellen Vorgänge getrennt nach den vier während der Reise benötigten Währungen (Euro, US-Dollar, Colónes und Cordoba) aufgezeichnet wurden.

- In 2 Fällen entspricht die Anzahl der vorhandenen Belege nicht der Anzahl der abgerechneten Belege.
- Nach dem Kassenbuch wurden von einer Finca in Nicaragua 8.221 Cordoba berechnet.
- Mehrfach widersprechen sich die Angaben im Kassenbuch und in der Kassenliste darüber, in welcher Währung Zahlungen vorgenommen wurden.
- Dem Kassenbuch sind Belege beigefügt, die als „Spenden“ bezeichnet werden. Soweit den in spanischer Sprache abgefassten Belegen zu entnehmen ist, handelt es sich um Rechnungen für den Einkauf von Spielwaren, Schreibwaren, Hygieneartikeln und um Spendenbescheinigungen. Ob es sich um private Belege von Reiseteilnehmern oder um Belege für städtische Gelder handelt ist nicht ersichtlich, eine Verbindung zur Kassenliste und zum Kassenbuch ist insoweit nicht erkennbar.
- Eine Abrechnung des Handvorschusses mit der Stadtkasse fand nicht statt. Stattdessen zog man den noch vorhandenen Bargeldbestand vom erhaltenen Vorschuss ab und betrachtete die Differenz als „die Ausgaben“. Auch hier wurde übersehen, dass Teilnehmer noch Schulden zu begleichen hatten. Die Ausgaben wurden also zu hoch angesetzt.
- Ebenso wurde bei der Ermittlung der „Ausgaben der Handkasse“ im Verwendungsnachweisverfahren. Dadurch wurden im Verwendungsnachweis sowohl die „Ausgaben aus der Handkasse“ als auch der Eigenanteil der Stadt Nürnberg zu hoch dargestellt.

Rpr teilte KuF am 19.10.2009 mit, dass anhand der derzeitig vorliegenden Aufzeichnungen eine Bestätigung des Verwendungsnachweises nicht erfolgen kann. KuF wurde um Klärung des Sachverhalts und Korrektur des Verwendungsnachweises gebeten und zusätzlich ersucht, in einigen Fällen die Notwendigkeit der getätigten Ausgaben zu begründen.

◦ Förderung der Erwachsenenbildung (BZ)

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus fördert gemäß § 21 des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung die Volkshochschulen Bayerns im Rahmen einer institutionellen Förderung mit einem Festbetrag.

Die Verteilung der Mittel wird jährlich im Benehmen mit der Bezirksarbeitsgemeinschaft der mittelfränkischen Volkshochschulen festgelegt. Für das Jahr 2008 wurden der Stadt Nürnberg für das Bildungszentrum Mittel in Höhe von 196.365 EUR zugewiesen.

Nach den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen der institutionellen Förderung (ANBest-I) ist vom Bildungszentrum nach Formblatt des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung ein Nachweis über die Verwendung, bzw. über die tatsächlichen Ausgaben zu erstellen und Rpr zur Vorprüfung vorzulegen.

Die Übereinstimmung der darin für 2008 dargestellten Ausgaben mit der Teilergebnisrechnung 2008 wurde mit Prüfvermerk vom 14.09.2009 bestätigt.

∘ Zuwendungen des Bundes und Mittel des Europäischen Sozialfonds (BZ)

Mit Mittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) werden Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte innerhalb der EU gefördert. In 2008 wurden 3 Projekte beim Bildungszentrum der Stadt Nürnberg mit einem Ausgabevolumen von insgesamt 791 TEUR gefördert.

Gemäß den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (ANBest-GK) als Bestandteil der Förderverträge sind von den Projektträgern Verwendungsnachweise zu erstellen und dem jeweiligen Rechnungsprüfungsamt zur Vorprüfung vorzulegen.

Prüfvermerk	Maßnahme	Fördermittel EUR	Ausgaben EUR
15.01.2009	Berufliches Qualifikationsnetzwerk für Junge Migrantinnen/Migranten	505.082	515.907
04.02.2009	Lernende Region Entwicklungsvorhaben Programmvertiefung 2	149.588	161.024
06.10.2009	Lernende Regionen Entwicklungsvorhaben Lernbegleiter	108.720	113.355

Für die vorgelegten Verwendungsnachweise konnte die Bestätigung der rechnerischen Richtigkeit aufgrund der beigefügten Unterlagen erteilt werden. Allerdings waren vereinzelt Bemerkungen hinsichtlich einer verbesserten Aufbereitung der begründeten Unterlagen angebracht.

∘ „Kompetenzagentur Nürnberg“ (J)

Die „Kompetenzagentur Nürnberg“ ist ein Projekt des Ref. V. in Kooperation mit J und der NOA. Jugendliche, die von bisherigen Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten nicht erreicht werden/wurden oder sich diesen entziehen, sollen an Integrations- und Qualifizierungsangebote herangeführt werden.

Die Kompetenzagentur wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Die Förderung umfasst 45 Prozent der Sach- und Personalkosten. Der ESF fordert in seinen Förderrichtlinien eine Vorprüfung des Verwendungsnachweises durch das Rechnungsprüfungsamt.

Der Verwendungsnachweis der Kompetenzagentur für die Zeit vom 01.04.2007 bis 28.02.2008 wurde Rpr am 29.07.2009 von J zur Prüfung übermittelt.

Neben kleineren Mängeln (Skontoabzug usw.) war festzustellen, dass vom Kooperationspartner NOA eine Investition von 9.186,28 EUR abgerechnet wurde, die mit dem Projekt nicht im Zusammenhang stand.

Bei zwei weiteren Investitionen waren zudem die Anschaffungskosten anstelle der Abschreibungsbeträge angesetzt bzw. die Abschreibungszeiträume unzutreffend festgelegt worden.

Der Prüfungsvermerk konnte daher erst nach einer Berichtigung der zuschussfähigen Aufwendungen von 253.492,05 EUR auf 242.845,97 EUR erteilt werden.

3 JAHRESABSCHLÜSSE 2008 DER RECHTSFÄHIGEN STIFTUNGEN

Innerhalb der rechtsfähigen Stiftungen (im Berichtsjahr 2008 20 rechtsfähige Stiftungen) unterliegen die von der Stadt verwalteten kommunalen Stiftungen (7 Stiftungen, u. a. Heilig-Geist-Spital-Stiftung) der örtlichen Prüfung und Feststellung/Entlastung durch den Stadtrat. (Die weiteren 13 rechtsfähigen Stiftungen unterliegen der Überprüfung durch die Stiftungsaufsicht in Ansbach.)

Nach Abschluss der Rpr-Prüfung der Jahresabschlüsse 2008 der o. g. 7 Stiftungen (wie beim städtischen Abschluss im April 2010) wird das Ergebnis zur Begutachtung dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt.

4 JAHRESABSCHLUSS 2008 DES KLINIKUMS

4.1 Vorbemerkung

Das Klinikum der Stadt Nürnberg wird seit 01.01.1998 als selbständiges Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen) geführt.

Die wesentlichen kommunalrechtlichen und -wirtschaftlichen Vorschriften für das Kommunalunternehmen Klinikum Nürnberg sind in Art. 89, 90 und 91 GO, in der Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) sowie in der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) enthalten. Die nach Art. 89 Abs. 3 GO erforderliche Unternehmenssatzung ist mit Beschluss des Stadtrats vom 24.11.1997 erlassen worden (Klinikumssatzung – KlinS).

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Verselbständigung des Klinikums beschloss der Stadtrat am 10.12.1997 eine Betriebsaufspaltung mit der Folge, dass die Grundstücke samt den aufstehenden Gebäuden dem allgemeinen Grundvermögen der Stadt Nürnberg zugeordnet und dem Klinikum unentgeltlich verpachtet werden. Dieser Vermögensbereich wird seitdem als Sondervermögen der Stadt geführt, im Sinne der Krankenhausbuchführungsverordnung zudem beim Klinikum bilanziert. Wegen der Verzahnungen im Kh-Rechnungswesen werden der Wirtschaftsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss des Sondervermögens vom Klinikum mit erarbeitet.

Beim Kommunalunternehmen sind nach Art. 107 GO der Jahresabschluss und der Lagebericht vom BKPV oder von einem Wirtschaftsprüfer bzw. einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen. Die Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt umfasst neben der sog. Betätigungsprüfung nach Art. 106 Abs. 4 GO gemäß § 13 Abs. 4 Satz 1 KlinS Prüfungen nach Art. 103 GO.

Für die Feststellung des Jahresabschlusses des Kommunalunternehmens sowie die Ergebnisverwendung ist der Verwaltungsrat des Klinikums gemäß Art. 90 Abs. 2 GO zuständig.

Der Jahresabschluss des Sondervermögens Klinikum unterliegt der örtlichen Prüfung und ist nach deren Durchführung vom Stadtrat gemäß Art. 102 Abs. 3 festzustellen.

Das Klinikum erstellte für 2008 den Jahresabschluss des Sondervermögens, des Kommunalunternehmens, den konsolidierten Abschluss hierzu (Kommunalunternehmen und Sondervermögen) sowie die Jahresabschlüsse seiner Tochterunternehmen. Ebenso legte das Klinikum für 2008 einen Konzernabschluss Klinikum Nürnberg Kommunalunternehmen (ohne Sondervermögen) vor. Dieser beinhaltet neben dem Jahresabschluss des Klinikums die Jahresabschlüsse der verbundenen Unternehmen „Klinikum Nürnberg Service-GmbH“ (KNSG), „KNG Gesellschaft des Klinikums Nürnberg mbH“, „Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH“ (KNL) und der „Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft mbH“ (KDL) anteilsmäßig den Jahresabschluss der „A.R.Z. – Ambulantes Rehabilitationszentrum Nürnberg GmbH“, an der das Klinikum und die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern jeweils zur Hälfte beteiligt sind

Die Prüfung der vorgenannten Jahresabschlüsse wurde mit Ausnahme des Abschlusses der A.R.Z.-GmbH von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young durchgeführt. Den Jahresabschluss der A.R.Z.-GmbH prüfte analog zum Vorjahr die ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH.

Zu allen Jahresabschlüssen 2008 wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

4.2 Sondervermögen Klinikum

4.2.1 Wirtschaftsplan 2008

Der Wirtschaftsplan 2008 für das Sondervermögen wurde vom Stadtrat am 22.11.2007 beschlossen.

Die Planansätze betreffen im Wesentlichen den investiven bzw. fördermittelrelevanten Bereich der dem Sondervermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude.

Für den **Erfolgsplan 2008** ergab sich folgende Abwicklung:

Bezeichnung	Erträge TEUR	Aufwendungen TEUR	Jahresergebnis TEUR
Planansätze	17.451	18.501	- 1.050
Ergebnis Sondervermögen	17.627	18.345	- 718
Abweichung	+ 176	- 156	+ 332

Für Investitionen im Bereich des Sondervermögens wurden im **Vermögensplan 2008** insgesamt 4,00 Mio. EUR für den Neubau Ost – bei Gesamtausgaben von 5,05 Mio. EUR – veranschlagt. Sie werden gemäß Planung 2008 hauptsächlich durch Fördermittel nach Art.11 BayKrG finanziert. Nach dem Anlagennachweis zum Sondervermögen beliefen sich die Investitionen in 2008 auf 4,28 Mio. EUR.

4.2.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung

Der Jahresabschluss 2007 des Sondervermögens Klinikum wurde nach örtlicher Rechnungsprüfung und Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss vom 15.12.2008 mit Beschluss des Stadtrates vom 28.01.2009 festgestellt. Die uneingeschränkte Entlastung wurde erteilt.

4.2.3 Bilanzentwicklung 2008

In der Bilanz des Sondervermögens findet der investive bzw. fördermittelrelevante Bereich der zugeordneten Grundstücke und der darauf stehenden Gebäude seinen Niederschlag. Die Bilanz wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Sondervermögen Klinikum	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**315.365.726,37**	**324.943.532,49**	**-9.577.806,12**	**-2,9**
• Grundstücke mit Betriebsbauten	256.411.099,11	263.790.564,11	-7.379.465,00	-2,8
• Grundstücke mit Wohnbauten	1.361.112,14	1.401.600,14	-40.488,00	-2,9
• technische Anlagen	35.770.952,00	41.790.477,00	-6.019.525,00	-14,4
• Anlagen im Bau	21.822.563,12	17.960.891,24	3.861.671,88	21,5
Umlaufvermögen (gesamt)	**165.710.563,31**	**169.309.491,49**	**-3.598.928,18**	**-2,1**
• Forderungen	165.710.563,31	169.309.491,49	-3.598.928,18	-2,1
Ausgleichsposten nach dem KHG	**20.132.367,73**	**19.850.943,73**	281.424,00	**1,4**
Bilanzsumme - Aktiva -	**501.208.657,41**	**514.103.967,71**	**-12.895.310,30**	**-2,51**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**48.183.962,96**	**48.502.412,61**	**-318.449,65**	**-0,7**
• gezeichnetes/festgesetztes Kapital	28.406.655,63	28.406.655,63	0,00	0,0
• Kapitalrücklagen	19.882.609,06	20.095.756,98	-213.147,92	-1,1
• Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-105.301,73	0,00	-105.301,73	0,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	**283.871.232,43**	**282.016.967,48**	**1.854.264,95**	**0,7**
Verbindlichkeiten	**169.153.462,02**	**183.584.587,62**	**-14.431.125,60**	**-7,9**
Bilanzsumme - Passiva -	**501.208.657,41**	**514.103.967,71**	**-12.895.310,30**	**-2,51**

Die Bilanzsumme verringerte sich im Berichtsjahr um 12,90 Mio. EUR bzw. 2,5 %. Dies ist auf der Aktivseite sowohl auf den Rückgang des Sachanlagevermögens um 9,58 Mio. EUR bzw. 2,9 % als auch auf den Rückgang der Forderungen um 3,60 Mio.EUR bzw. 2,1 % zurückzuführen. Analog hierzu verminderten sich auf der Passivseite die Verbindlichkeiten um 14,43 Mio. EUR.

Der Rückgang des Anlagevermögens (-9,60 Mio. EUR) resultiert aus Abschreibungen (13,40 Mio. EUR) und Anlageabgängen (466 TEUR), denen Anlagenzugänge (Investitionen) von rd. 4,28 Mio. EUR gegen-

überstehen. Die Anlagenzugänge entfallen vordergründig auf den Neubau Ost sowie auf Umbaumaßnahmen an Haus 19 (Umbau für ambulante Bereiche und eine Station der Psychiatrie) im Klinikum Nord.

Forderungen des Sondervermögens mit rd. 143,39 Mio. EUR und Verbindlichkeiten mit rd.154,62 Mio. EUR korrespondieren mit Bilanzpositionen des Kommunalunternehmens und sind Folge der buchungstechnischen Abwicklung der Betriebsaufspaltung.

Der ausgewiesene Bilanzverlust von 105 TEUR resultiert aus einer Verrechnung des Jahresfehlbetrages 2008 in Höhe von 718 TEUR mit einer Entnahme aus den Kapitalrücklagen in Höhe von 613 TEUR. Der Fehlbetrag im Sondervermögen entsteht im Wesentlichen aus den Abschreibungen auf eigenfinanziertes Anlagevermögen.

4.3 Kommunalunternehmen Klinikum

Aufgrund der zunehmenden konzerninternen gegenseitigen Verrechnungen sowohl in den Bilanzen als auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen des Sondervermögens Klinikum, des Kommunalunternehmens und seiner Tochterunternehmen bzw. Beteiligungen stellt Rpr seit dem Wirtschaftsjahr 2005 den um die o. g. Verrechnungen konsolidierten jeweiligen Konzernabschluss des Klinikums dar.

Der bis zum Jahr 2007 im Sachverständigenbericht dargestellte Konzernabschluss Krankenhaus Klinikum Nürnberg enthielt neben den Tochterunternehmen bzw. Beteiligungen des Klinikums auch das Sondervermögen Klinikum. Da der Einbezug des Sondervermögens in den gesetzlich vorgeschriebenen Konzernabschluss handelsrechtlich nicht zulässig ist, wurde in der Sitzung des Verwaltungsrates des Klinikums vom 17.07.2008 beschlossen, diesen freiwilligen Konzernabschluss nicht mehr zu erstellen.

Infolgedessen passt Rpr ab 2008 die Darstellung im Sachverständigenbericht an den handelsrechtlich vorgeschriebenen Konzernabschluss des Klinikum Nürnberg (ohne Sondervermögen) an. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

4.3.1 Konzernbilanz 2008

Konzernbilanz	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**104.911.390,97**	**100.265.536,19**	**4.645.854,78**	**4,6**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	1.901.230,00	1.823.854,00	77.376,00	4,2
• Grundstücke und Gebäude	50.583.161,23	46.796.771,23	3.786.390,00	8,1
• Technische Anlagen	4.251.893,00	4.785.890,00	-533.997,00	-11,2
• Einrichtungen und Ausstattungen	45.849.506,01	43.079.602,01	2.769.904,00	6,4
• Anlagen im Bau	2.295.600,73	3.749.418,95	-1.453.818,22	-38,8
• Finanzanlagen	30.000,00	30.000,00	0,00	0,0
Umlaufvermögen (gesamt)	**287.830.049,91**	**291.985.559,76**	**-4.155.509,85**	**-1,4**
• Vorräte	11.519.425,18	11.291.064,00	228.361,18	2,0
• Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	211.927.535,23	277.292.302,67	-65.364.767,44	-23,6
• Wertpapiere des Umlaufvermögens	36.008.713,89	0,00	36.008.713,89	>100,0
• Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	28.374.375,61	3.402.193,09	24.972.182,52	o
Rechnungsabgrenzungsposten	**138.720,56**	**76.212,50**	**62.508,06**	**82,0**
Bilanzsumme - Aktiva -	**392.880.161,44**	**392.327.308,45**	**552.852,99**	**0,1**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**5.960.879,90**	**16.622.304,91**	**-10.661.425,01**	**-64,1**
• gezeichnetes/festgesetztes Kapital	15.338.756,44	15.338.756,44	0,00	0,0
• Kapitalrücklagen	11.505.433,21	11.505.433,21	0,00	0,0
• Gewinnrücklagen	870.727,97	870.727,97	0,00	0,0
• Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	-11.092.612,71	435.594,47	-11.528.207,18	>100,0
• Jahresfehlbetrag	-10.661.425,01	-11.528.207,18	866.782,17	-7,5
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	**73.786.487,20**	**75.806.086,34**	**-2.019.599,14**	**-2,7**
Rückstellungen	**103.211.394,51**	**99.239.919,07**	**3.971.475,44**	**4,0**
Verbindlichkeiten	**209.474.699,94**	**200.042.872,95**	**9.431.826,99**	**4,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**446.699,89**	**616.125,18**	**-169.425,29**	**>100,0**
Bilanzsumme - Passiva -	**392.880.161,44**	**392.327.308,45**	**552.852,99**	**0,1**

Die Konzernbilanzsumme blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant und erhöhte sich lediglich um 553 TEUR bzw. 0,1 % auf 392,88 Mio. EUR. Hierbei stehen sich sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite gegenläufige Entwicklungen gegenüber:

Das konsolidierte Anlagevermögen erhöhte sich um 4,65 Mio. EUR. Hierbei stehen den Investitionen in Höhe von 20,28 Mio. EUR Wertminderungen durch Abschreibungen (14,94 Mio. EUR) und Anlagenabgänge (690 TEUR) gegenüber.

Der Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 65,36 Mio. EUR resultiert aus einer Umverteilung innerhalb des Umlaufvermögens. Hierbei wurden die bislang bei der Stadtkasse angelegten Betriebsmittel (Stand zum 31.12.2008: 0,00 EUR; Vorjahr: 69,64 Mio. EUR) in Wertpapiere des Umlaufvermögens sowie in die liquiden Mittel umgeschichtet.

Das Eigenkapital verringerte sich im Berichtsjahr um den Jahresfehlbetrag in Höhe von 10,66 Mio. EUR.

Der Bestand an Rückstellungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,97 Mio. EUR erhöht. Wesentliche Posten bilden hierbei die Personalrückstellungen (u. a. Altersteilzeit, Urlaub und Überstunden) in Höhe von 69,66 Mio. EUR sowie Instandhaltungsrückstellungen (11,51 Mio. EUR). Die per Saldo vorliegende Steigerung der Rückstellungen ist im Wesentlichen auf Zuführungen zu Altersteilzeitrückstellungen zurückzuführen.

Der aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelte Teilwert der Pensionsrückstellungen beläuft sich zum 31.12.2008 auf 51,80 Mio. EUR. Davon beziehen sich 50,40 Mio. EUR auf Altzusagen bis zum 31.12.1986, die gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB nicht als Rückstellung bilanziert werden müssen (Kann-Rückstellung). In der Konzernbilanz werden nur die passivierungspflichtigen Neuzusagen ab dem 01.01.1987 in Höhe von 1,40 Mio. EUR ausgewiesen.

4.3.2 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2008

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2008	2007	Veränderung	
	EUR	EUR	absolut	in %
ERTRÄGE	**470.953.699,54**	**454.210.537,99**	**16.743.161,55**	**3,7**
Erlöse aus Krankenhausleistungen	368.735.209,96	357.997.369,50	10.737.840,46	3,0
Erlöse aus Wahlleistungen	14.406.012,99	15.158.218,88	-752.205,89	-5,0
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	13.667.282,11	10.937.399,94	2.729.882,17	25,0
Nutzungsentgelte der Ärzte	4.657.616,12	5.258.494,21	-600.878,09	-11,4
Sonstige Umsatzerlöse	1.273.704,87	1.143.443,15	130.261,72	11,4
Bestandsveränderungen	833.022,10	928.454,63	-95.432,53	-10,3
Zuwendungen/Zuschüsse der Öffentlichen Hand	1.805.109,96	1.480.874,85	324.235,11	21,9
sonstige betriebliche Erträge	37.188.185,98	34.154.282,93	3.033.903,05	8,9
Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	8.772.390,66	8.643.866,94	128.523,72	1,5
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten	60.235,00	60.234,57	0,43	0,0
Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	14.213.326,89	12.378.507,59	1.834.819,30	14,8
Zinsen und ähnliche Erträge	3.754.208,65	3.904.238,00	-150.029,35	-3,8
außerordentliche Erträge	1.587.394,25	2.165.152,80	-577.758,55	-26,7
AUFWENDUNGEN	**481.615.124,55**	**465.738.745,17**	**15.876.379,38**	**3,4**
Personalaufwand	306.597.141,80	297.865.169,42	8.731.972,38	2,9
Materialaufwand	93.483.802,93	85.786.933,79	7.696.869,14	9,0
Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten	11.591.507,65	9.444.943,26	2.146.564,39	22,7
geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	1.918,01	0,00	1.918,01	> 100,0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	14.945.550,33	14.810.382,58	135.167,75	0,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	52.454.921,63	53.485.734,19	-1.030.812,56	-1,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	428.822,56	741.983,06	-313.160,50	-42,2
Steuern	2.111.459,64	3.603.598,87	-1.492.139,23	-41,4
ERGEBNIS	**-10.661.425,01**	**-11.528.207,18**	**866.782,17**	**-7,5**
Gewinnvortrag/Verlustvortrag(-)	-11.092.612,71	435.594,47	**-11.528.207,18**	> 100,0
BILANZGEWINN/BILANZVERLUST(-)	**-21.754.037,72**	**-11.092.612,71**		

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2008 auf Konzernebene schließt mit einem Fehlbetrag von 10,66 Mio. EUR ab. Durch Einbeziehung des Verlustvortrags (11,09 Mio. EUR) ergibt sich auf Konzernebene ein Bilanzverlust in Höhe von 21,75 Mio. EUR für das Jahr 2008.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich auf Konzernebene um 12,25 Mio. EUR bzw. 3,1 % auf 402,74 Mio. EUR. Neben einer Leistungsausweitung ist hierfür insbesondere eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Bud-

getvereinbarung ursächlich. Hierdurch konnten für einen höheren Teil der erbrachten Leistungen die vollen Erlöse realisiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 3,80 Mio. EUR sowie weitere periodenfremde Erträge in Höhe von 1,6 Mio. EUR. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Abrechnungskorrekturen aus dem Vorjahr.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge verringerten sich um 150 TEUR bzw. 3,8 % auf 3,75 Mio. EUR. Den Zinserträgen stehen Aufwendungen für Zinsen in Höhe von 429 TEUR gegenüber.

Der Personalaufwand verzeichnete in 2008 einen Anstieg um 8,73 Mio. EUR bzw. 2,9 %. Dies ist neben tariflichen Steigerungen und weiteren Zuführungen zu Altersteilzeitrückstellungen auf einen erhöhten Vollkräfteeinsatz zurückzuführen. Jahresdurchschnittlich wurden auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr 103,9 Vollkräfte mehr eingesetzt (insgesamt 5.456,7 VK).

Im Bereich der Sachkosten stieg der Materialaufwand um 7,70 Mio. EUR bzw. 9,0 % auf 93,48 Mio. EUR an. Hierbei stehen sich der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+ 7,94 Mio. EUR) und die reduzierten Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber (- 238 TEUR). Der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist unter anderem auf die Ausweitung der Materialbelieferung der KNL zurückzuführen. Dem stehen entsprechende Erlöse aus Materialverkäufen gegenüber.

Die wesentlichen Eckpunkte der Leistungsdaten des Klinikum Nürnberg (Nord und Süd) stellen sich wie folgt dar:

Leistungsdaten Klinikum	2008	2007	+ / -
Patienten (Fallzahlen)	90.411	89.448	+ 963
Behandlungstage	682.208	687.235	- 5.027
durchschnittl. Verweildauer (Tage)	7,5	7,7	- 0,2

In der Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH wurden im Geschäftsjahr 2008 14.240 Patientinnen und Patienten behandelt (2007: 13.815). Die durchschnittliche Verweildauer verkürzte sich von 6,7 Tagen im Vorjahr auf 6,6 Tage.

Nach dem Wirtschaftsplan 2010 des Kommunalunternehmens ist weiterhin von einer kritischen , aber schon verbesserten Ertragslage auszugehen. Der Planjahresfehlbetrag liegt demnach bei knapp unter 6 Mio. EUR, was gegenüber dem Rechnungsergebnis von 2008 eine Ergebnisverbesserung von fast 5 Mio. EUR bedeuten würde.

Die Ergebnisverbesserung soll neben umfangreichen Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Wirtschaftlichkeit (SPO) durch Leistungsausweitungen und dadurch steigende Gesamterlöse erzielt werden.

Die Stadt Nürnberg und sein Klinikum haben im November 2008 eine Zielvereinbarung über einen Zeitraum von 4 Jahren getroffen. Die Zielvereinbarung sieht vor, dass der kumulierte Jahresfehlbetrag der Jahre 2009 bis 2012 insgesamt 24 Mio. EUR nicht übersteigen darf. Gleichzeitig wurde als primäres Finanzziel ab dem Jahr 2014 dauerhaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis benannt. Das Kommunalunternehmen wird wie bislang immer nach Möglichkeit seine Zielvorgaben realisieren.

4.3.3 Technische Prüfung

Medizintechnische Großgeräte

Über die 2007/2008 durchgeführte Prüfung der Wartungs-/Dienstleistungsverträge medizintechnischer Großgeräte wurde im letzten Jahr bereits berichtet.

Unserer Empfehlung folgend wurde mittlerweile ein für Kh günstigerer Vertrag über Gerätewartungen eines Herstellers geschlossen. In den Verhandlungen wurde von Kh erreicht, die jährliche Festschreibung für Steigerungsraten über fünf Jahre zu reduzieren, sowie jährliche Rückzahlungsvereinbarungen, gekoppelt an gestaffelte Vertragssummen zu vereinbaren.

Mit einem weiteren Auftragnehmer wird ebenfalls über eine entsprechende Rahmenvereinbarung verhandelt.

Versorgungsgang Süd

Nach Abstimmung mit Kh/VOR ist auf Grundlage des § 13 Abs. 4 Klinikumssatzung eine weitere Schwerpunktprüfung, die Abrechnung der Baumaßnahme „Versorgungsgang Süd“/Rohbau in Angriff genommen worden.

Im Dezember 2008 wurde der Versorgungsgang im Klinikum Nord fertiggestellt. Der unterirdische Gang stellt die Versorgung für die zukünftigen Patienten des Dr.-Theo-Schöller-Hauses sicher.

Das Klinikum informierte Rpr Anfang des Jahres, dass aufgrund ausstehender Nachtragsprüfungen eine Schlussrechnung des Auftragnehmers noch nicht vorläge. Daraufhin begannen wir vor Ort zunächst mit der Abrechnungsprüfung der bis dato angewiesenen Abschlagszahlungen. Nachdem die Kostenentwicklung recht ungünstig verlaufen ist, wird die Maßnahme von Rpr umfangreich geprüft.

5 JAHRESABSCHLÜSSE 2008 DER EIGENBETRIEBE

5.1 Prüfungsgrundlagen in den Eigenbetrieben

Nach Art. 106 Abs. 3 GO unterliegt die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe (Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg, NürnbergStift, Franken-Stadion Nürnberg und NürnbergBad) der Rechnungsprüfung. Der Inhalt der Prüfung ergibt sich aus Art. 106 Abs. 1 GO. Gemäß Art. 103 Abs. 1 u. 2 GO erfolgt die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Das Rechnungsprüfungsamt ist dabei nach Art. 103 Abs. 3 GO umfassend als Sachverständiger heranzuziehen.

Grundsätzlich ist die Abschlussprüfung der Jahresabschlüsse bei Eigenbetrieben gemäß Art. 107 GO vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV), einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchzuführen. Nach Art. 106 Abs. 3 Satz 2 GO stellt die Rechnungsprüfung auf die Ergebnisse der Abschlussprüfung mit ab.

Aufgrund der Rechtsvorschriften bei kommunalen Pflegeeinrichtungen findet Art. 107 GO beim NürnbergStift keine Anwendung, so dass Rpr bei NüSt den Jahresabschluss selbst prüft.

Zum Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag der testierte Jahresabschluss 2008 des NürnbergBad wiederum noch nicht vor. Die örtliche Prüfung wird deshalb nachgeholt und in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vorgelegt. Die von der Eigenbetriebsverordnung geforderten Zwischenberichte (insbesondere 6-Monats-GuV-Rechnung) wurden bislang weder von NürnbergBad noch von FSN vorgelegt, zudem hat FSN die Änderung des Wirtschaftsplans 2008 versäumt.

Die vorgelegten Abschlüsse wurden uneingeschränkt testiert, vom betreffenden Werkausschuss bereits begutachtet und die ergänzenden Rpr – Prüfungen in der Wirtschaftsführung (Kassenprüfungen, Personal- und technische Prüfungen) ergaben gleichfalls keine Hinweise, die gegen die Feststellung und Entlastung sprechen.

5.2 Jahresabschluss von SUN

5.2.1 Allgemeines

5.2.1.1 Aufgaben und Organisation

Der Eigenbetrieb „Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg“ (SUN) besteht in dieser Form seit 01.01.2006. Er wurde durch das Zusammenführen des früheren Eigenbetriebs „Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg“ (StEB) und dem Chemischen Untersuchungsamt (UA) gebildet.

Der Werkbereich Stadtentwässerung (SUN/S) baut und betreibt die Anlagen zur Ableitung (Kanalnetz) und Reinigung (Klärwerke) des in Nürnberg anfallenden Abwassers. Zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung gehört außerdem auch die Entsorgung der anfallenden Reststoffe (Klärschlamm, Rechen- und Sandfanggut, Kanalspülgut).

Der Werkbereich Umweltanalytik (SUN/U) betreibt die öffentliche Einrichtung des Labors für Umweltanalytik und erbringt seine Leistungen auf Grund von Beschlüssen des Stadtrats bzw. seiner Ausschüsse, auf Antrag von Dienststellen der Stadt sowie für Dritte. Das Labor für Umweltanalytik ist in erster Linie zuständig für die abwasseranalytischen Untersuchungen in den Klärwerken und im Kanalbetrieb sowie für die Industrieabwasserkontrolle.

Von SUN sind daneben auch hoheitliche Tätigkeiten im Vollzug der einschlägigen Satzungen zu erfüllen. Dazu zählen insbesondere die Entwässerungssatzung, die Fäkalschlammentsorgungssatzung, die Umweltanalytiklaborsatzung sowie die Entwässerungsgebührensatzung und die Umweltanalytikgebührensatzung.

5.2.1.2 Stadtentwässerungsbetriebssatzung

Die Betriebssatzung für Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUNBS) enthält u. a. Bestimmungen über die Organe von SUN und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Die SUNBS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung. Die Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse innerhalb des Betriebs sind mit Werkleiterverfügung detailliert festgelegt.

5.2.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

5.2.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2008 vom 22.11.2007 wurde für SUN die Kreditermächtigung auf 26,00 Mio. EUR festgesetzt. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 40,83 Mio. EUR festgesetzt, der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan auf 16,80 Mio. EUR.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2008 in Kraft.

5.2.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2008 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 22.11.2007 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des Erfolgsplanes 2008 wurden unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2006 und der Kostenentwicklung 2007 ermittelt. Er sah Erträge von 100,93 Mio. EUR und Aufwendungen von 105,01 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresverlust in Höhe von 4,08 Mio. EUR errechnete.

Tatsächlich ergab sich 2008 ein Jahresgewinn von 1,75 Mio. EUR, da die Summe der Erlöse und Erträge wegen der Auflösung von Rückstellungen und anderer betrieblichen Erträge über Plan lagen und die Summe der Aufwendungen den Planansatz nicht erreichte.

Der Vermögensplan 2008 umfasste einen Finanzbedarf von 89,40 Mio. EUR. Hiervon waren 27,50 Mio. EUR für Investitionen eingeplant. Die Deckung sollte aus Kreditaufnahmen in Höhe von 26,00 Mio. EUR erfolgen. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen beliefen sich im Jahr 2008 auf 23,03 Mio. EUR.

Die fünfjährige Finanzplanung der Jahre 2007 bis 2011 umfasste ein Volumen von 413,40 Mio. EUR, davon für Investitionen 133,50 Mio. EUR und für Darlehenstilgung 261,40 Mio. EUR.

5.2.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 28.01.2009 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2007 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und unter anderem entschieden, den Jahresgewinn 2007 in die Rücklagen einzustellen.

5.2.4 Jahresabschluss 2008

5.2.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht am 15.05.2009 erstellt.

5.2.4.2 Bilanzentwicklung 2008

Die Entwicklung der Bilanz 2008 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**611.453.334,01**	**623.574.539,76**	**-12.121.205,75**	**-1,9**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	1.061.717,00	992.960,00	68.757,00	6,9
• Sachanlagen	610.391.617,01	622.581.579,76	-12.189.962,75	-2,0
Umlaufvermögen (gesamt)	**6.023.398,33**	**7.182.213,30**	**-1.158.814,97**	-16,1
• Vorräte	3.141.475,42	3.113.590,54	27.884,88	0,9
• Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	2.482.087,11	3.164.238,81	-682.151,70	-21,6
• Kassenbestand und Bankguthaben	251.455,80	703.939,95	-452.484,15	-64,3
• Rechnungsabgrenzungsposten	148.380,00	200.444,00	-52.064,00	-26,0
Bilanzsumme - Aktiva -	**617.476.732,34**	**630.756.753,06**	**-13.280.020,72**	**-2,1**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**43.175.700,96**	**43.110.361,57**	**65.339,39**	**0,2**
• Stammkapital	0,00	0,00	0,00	**0,0**
• Gewinnrücklage	18.003.532,57	16.679.404,94	1.324.127,63	**7,9**
• Sonderrücklage	23.426.066,00	25.106.829,00	-1.680.763,00	-6,7
• Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.746.102,39	1.324.127,63	421.974,76	31,9
Empfangene Ertragszuschüsse	**97.906.896,00**	**99.558.603,00**	**-1.651.707,00**	**-1,7**
Rückstellungen	**47.081.170,86**	**48.676.964,64**	**-1.595.793,78**	**-3,3**
Verbindlichkeiten	**429.312.964,52**	**439.410.823,85**	**-10.097.859,33**	**-2,3**
Bilanzsumme - Passiva -	**617.476.732,34**	**630.756.753,06**	**-13.280.020,72**	**-2,1**

Infolge der relativ niedrigen Investitionen ist die Bilanzsumme weiterhin rückläufig. Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 12,12 Mio. EUR vermindert. Unter den Sachanlagen bildeten die Abwasserreinigungsanlagen mit 84,87 Mio. EUR und die Abwassersammlungsanlagen mit 427,11 Mio. EUR die bestimmenden Posten. Der Rückgang des Umlaufvermögens resultiert aus geringeren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Abnahme der flüssigen Mittel.

Das Eigenkapital erhöhte sich um insgesamt 65 TEUR auf 43,18 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis 2008 konnte die Entnahmen aus Sonderrücklagen kompensieren. Die Sonderrücklagen enthalten Staatszuschüsse, verrechnete Abwasserabgabebeiträge und Wertvorteile aus zinsgünstigen Darlehen, die entsprechend der Nutzungsdauer der damit finanzierten Anlagen aufgelöst werden. Der Rückgang bei den

Verbindlichkeiten ist auf die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Stand 31.12.2008: 421,31 Mio. EUR) und gegenüber der Stadt Nürnberg zurückzuführen.

5.2.4.3 Erfolgsrechnung 2008

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2008 entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg	2008	2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	**105.742.967,41**	**107.019.909,52**	**-1.276.942,11**	**-1,2**
Umsatzerlöse	88.575.627,57	89.212.206,63	-636.579,06	-0,7
Aktivierte Eigenleistungen	2.601.341,67	2.582.306,80	19.034,87	0,7
Sonstige betriebliche Erträge	13.160.994,09	13.287.044,52	-126.050,43	-0,9
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.405.004,08	1.938.351,57	-533.347,49	>100
AUFWENDUNGEN	**103.996.865,02**	**105.695.781,89**	**-1.698.916,87**	**-1,6**
Materialaufwand	23.946.165,42	25.823.332,60	-1.877.167,18	-7,3
Personalaufwand	22.678.680,77	20.904.677,14	1.774.003,63	8,5
Abschreibungen	30.896.815,32	31.736.890,44	-840.075,12	-2,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.902.167,10	8.437.001,50	-534.834,40	-6,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.567.373,77	18.786.083,67	-218.709,90	-1,2
Sonstige Steuern	5.662,64	7.796,54	-2.133,90	-27,4
ERGEBNIS	**1.746.102,39**	**1.324.127,63**	**421.974,76**	**31,9**

Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die Umsatzerlöse um 637 TEUR, wofür gesunkene Einleitungs- und Starkverschmutzergebühren verantwortlich sind. Bei den aktivierten Eigenleistungen waren keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind per Saldo um 126 TEUR zurückgegangen. Sie beinhalten insbesondere die Auflösung von Sonderrücklagen und Ertragszuschüssen.

Die Aufwendungen für Material und Instandhaltung (Materialaufwand) lagen insgesamt um 1,88 Mio. EUR unter den Vorjahreswerten, wofür die geringeren Aufwendungen für bezogene Leistungen verantwortlich sind. Deren Rückgang resultiert aus der um fast 4 Mio. EUR geringeren Einstellung in die Instandhaltungsrücklage. Rückstellungsbereinigt ergab sich dagegen bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen ein Mehraufwand von rd. 1,81 Mio. EUR, was im Wesentlichen auf Instandhaltungsaufwendungen für Maschinentechnik zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,77 Mio. EUR gestiegen. Verantwortlich hierfür sind, neben einer tariflichen Erhöhung, vor allem die erneut gestiegenen Aufwendungen für Altersversorgung. So wurde im Hinblick auf zukünftige Bewertungsvorschriften des Bilanzmodernisierungsgesetzes der Abzinsungssatz durch den Gutachter um 1 % reduziert, was zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellung um rd. 950 TEUR führte.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr erneut zurückgegangen (-840 TEUR). Ursache ist, dass bei weiteren werthaltigen Anlagenteilen das handelsrechtliche Ende der Nutzungsdauer erreicht wurde. So waren erneut deutliche Rückgänge der Abschreibungsaufwendungen im Bereich der Abwasserreinigungsanlagen zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken per Saldo um 535 TEUR auf 7,90 Mio. EUR. Im Wesentlichen verringerten sich hier die Kosten für Leiharbeitskräfte und Dokumentationskosten. In beiden Bereichen fielen in 2007 Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aktualisierung der Kanaldatenbank an, die in 2008 rückläufig waren.

Der Zinsaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr um 219 TEUR gesenkt werden, was auf sinkende Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt zurückzuführen ist. Da die Zinserträge jedoch noch stärker zurückgegangen sind verschlechterte sich das Finanzergebnis insgesamt um 314 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 17.116 TEUR.

5.2.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2008

5.2.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 21.10.2008 wurde die Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2008 sowie für den Lagebericht 2008 erteilt.

5.2.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung stellte die Gesellschaft u. a. fest:

- die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit; sie ist beweiskräftig,
- der Jahresabschluss 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften,
- der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen sowie Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar,
- die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

5.2.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht der Rödl & Partner GmbH vom 15.05.2009 dem Werkausschuss am 28.07.2009 vorgelegt. Der Werkausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichtes 2008 einstimmig begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss 2008
  - ◇ mit einer Bilanzsumme von 617.476.732,34 EUR auf der Aktiv- und der Passivseite,
  - ◇ mit einem Jahresgewinn von 1.746.102,39 EUR wird festgestellt.
- Der Jahresgewinn wird in die Rücklagen eingestellt.

5.2.5 Beschaffungen

Außer den von der Technischen Prüfung erfassten VOB- und VOL-Vergaben (s. nachfolgend Nr. 4.2.6) wurden im Rahmen der begleitenden Verwaltungsprüfung für 2008 insgesamt 7 Beschaffungsvorgänge von SUN zur Prüfung nach den Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg (VRL) mit einem Gesamtvolumen von rd. 3.704 TEUR vorgelegt und durch Rpr begutachtet.

5.2.6 Technische Prüfung

Bei den hier erfassten Vorgängen war SUN als Baudienststelle selbst bzw. mit externer Unterstützung tätig. Insgesamt ergaben sich im Haushaltsjahr 2008 finanzielle Verbesserungen für SUN in Höhe von 1.667 EUR.

Vergaben VOB/VOL

Aus der Vergabeprüfung entfielen auf SUN insgesamt 40 Vergaben VOB/VOL mit rund 12,32 Mio. EUR, einschließlich 11 Nachträgen von 1,39 Mio. EUR aus Hauptaufträgen mit insgesamt 10,57 Mio. EUR.

Vergaben Besonderer Leistungen

Hier waren 13 Vergabevorgänge in Höhe von insgesamt 0,47 Mio. EUR zu prüfen. Daraus ergaben sich mit 267 EUR geringfügige Minderungen.

Schwerpunktprüfungen

Im Berichtsjahr 2008 wurde die Prüfung einer Maßnahme in Höhe von 200.481 EUR abgeschlossen. Die Prüfung ergab geringfügige finanzielle Feststellungen in Höhe von 1.400 EUR.

5.3 Jahresabschluss 2008 von ASN

5.3.1 Allgemeines

5.3.1.1 Aufgaben und Organisation

Zu den Hauptaufgaben des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb (ASN) zählen insbesondere

- die Durchführung der Abfallwirtschaft (einschließlich Müllverbrennung und Deponie) nach der Abfallwirtschaftssatzung
- die Durchführung der Straßenreinigung nach der Straßenreinigungssatzung und des Winterdienstes
- der Betrieb des Fuhrparks einschließlich Beschaffung, Bewirtschaftung und Reparatur städtischer Kraftfahrzeuge, Durchführung und Vergabe von Fuhrleistungen und dem Betrieb der städtischen Tankstellen sowie
- die Bewirtschaftung der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Daneben sind auch hoheitliche Tätigkeiten im Vollzug der einschlägigen Satzungen zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Abfallwirtschaftssatzung (AbfS), die Abfallgebührensatzung (AbfGebS), die Straßenreinigungssatzung (StrRS) und die Gebührensatzung für die Straßenreinigung (StrRGebS).

Ab 01.01.2009 wurden die nicht mit der Abfallwirtschaft verbundenen Aufgaben dem neugegründeten Eigenbetrieb „Service Öffentlicher Raum Nürnberg“ (SÖR) übertragen. Der Eigenbetrieb führt seit diesem Zeitpunkt den Namen „Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Nürnberg“, die Kurzbezeichnung „ASN“ bleibt bestehen.

5.3.1.2 Abfallwirtschaftsbetriebssatzung

Die Abfallwirtschaftsbetriebssatzung (ASNS) vom 03.08.1998 i.d.F. vom 04.11.2008 enthält u. a. Bestimmungen über die Organe des ASN und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. der Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Die ASNS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung. Die Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse innerhalb des Betriebs sind mit Werkleiterverfügungen vom 21.09.1999 und 04.07.2000 detailliert festgelegt.

5.3.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

5.3.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2008 vom 22.11.2007 war für ASN keine Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 8,65 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan war auf 16,50 Mio. EUR festgesetzt.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2008 in Kraft.

5.3.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2008 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 22.11.2007 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des Erfolgsplanes 2008 wurden unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2006 und der Ausgabenentwicklung 2007 ermittelt. Er sah Erträge von 99,46 Mio. EUR und Aufwendungen von 99,68 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresverlust in Höhe von 226 TEUR errechnete.

Tatsächlich ergab sich 2008 ein Jahresgewinn von 2,62 Mio. EUR. Gegenüber den Planansätzen sind Mehrerträge von 2,23 Mio. EUR sowie Minderaufwendungen von 616 TEUR zu verzeichnen.

Im Vermögensplan 2008 waren Investitionen in Höhe von 5,40 Mio. EUR eingeplant. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen beliefen sich auf 4,55 Mio. EUR.

Die fünfjährige Finanzplanung der Jahre 2007 bis 2011 umfasste ein Volumen von 93,14 Mio. EUR, davon 19,57 Mio. EUR für Investitionen.

5.3.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 28.01.2009 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2007 festgestellt, die uneingeschränkte Entlastung erteilt und entschieden, den Jahresgewinn 2007 von 7,64 Mio. EUR zunächst zur Tilgung des Verlustvortrages von 209 TEUR heranzuziehen, der Rest von 7,43 Mio. EUR wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

5.3.4 Jahresabschluss 2008

5.3.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht am 29.06.2009 erstellt.

5.3.4.2 Bilanzentwicklung 2008

Die Entwicklung der Bilanz 2008 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**201.907.048,27**	**212.618.085,48**	**-10.711.037,21**	**-5,0**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	352.046,04	274.500,79	77.545,25	28,2
• Sachanlagen	201.555.002,23	212.343.584,69	-10.788.582,46	-5,1
Umlaufvermögen (gesamt)	**17.449.619,03**	**30.504.936,94**	**-13.055.317,91**	**-42,8**
• Vorräte	691.540,10	683.384,95	8.155,15	1,2
• Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	15.908.394,29	28.963.299,68	-13.054.905,39	-45,1
• Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	849.684,64	858.252,31	-8.567,67	-1,0
Bilanzsumme - Aktiva -	**219.356.667,30**	**243.123.022,42**	**-23.766.355,12**	**-9,8**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**13.042.947,95**	**10.426.505,46**	**2.616.442,49**	**25,1**
• Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
• Allgemeine Rücklage	3.000.000,00	3.000.000,00	0,00	0,0
• Gewinn-/Verlustvortrag (-)	10.042.947,95	7.426.505,46	2.616.442,49	35,2
Rückstellungen	**44.073.241,17**	**36.556.014,14**	**7.517.227,03**	**20,6**
Verbindlichkeiten	**162.240.478,18**	**196.140.502,82**	**-33.900.024,64**	**-17,3**
Bilanzsumme - Passiva -	**219.356.667,30**	**243.123.022,42**	**-23.766.355,12**	**-9,8**

Größtenteils abschreibungsbedingt ist das Anlagevermögen um rd. 10,71 Mio. EUR zurückgegangen. So standen planmäßigen Abschreibungen von rd. 14,71 Mio. EUR lediglich Anlagenzugänge in Höhe von 4,55 Mio. EUR gegenüber. Neben den Abschreibungen verringerten noch im Zusammenhang mit der Aktivierung der Müllverbrennungsanlage notwendig gewordene Vorsteuerkorrekturen das Anlagevermögen um rd. 543 TEUR.

Auch beim Umlaufvermögen war ein Rückgang von rd. 13,06 Mio. EUR zu verzeichnen. Ursache hierfür war insbesondere ein entsprechender Rückgang bei den kurzfristigen Forderungen gegenüber der Stadt. Diese verringerten sich um 12,54 Mio. EUR auf nunmehr 11,23 Mio. EUR. Die Forderungen an die Stadt resultieren hauptsächlich aus dem Betriebsmittelkonto des ASN in Höhe von 10,27 Mio. EUR.

Infolge des Jahresgewinnes 2008 ist das Eigenkapital des Betriebes auf 13,04 Mio. EUR angestiegen. Der Anstieg der Rückstellungen um 7,52 Mio. EUR ergibt sich aus Zuführungen von insgesamt 9,15 Mio. EUR und Entnahmen von 1,63 Mio. EUR. Verantwortlich für diesen Anstieg ist insbesondere die erstmalige Bildung einer Aufwandsrückstellung gemäß § 249 Abs. 2 HGB über 6,75 Mio. EUR für die Müllverbrennungsanlage. Die Verbindlichkeiten haben insgesamt um 33,90 Mio. EUR abgenommen, wobei sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten tilgungsbedingt um rd. 31,70 Mio. EUR auf 111,10 Mio. EUR verringert haben.

5.3.4.3 Erfolgsrechnung 2008

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2008 aus der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb	2008	2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	**101.682.484,55**	**101.637.593,74**	**44.890,81**	**0,0**
Umsatzerlöse	99.874.238,53	100.216.893,59	-342.655,06	-0,3
Bestandsveränderungen fertiger oder unfertiger Leistungen	-44.337,81	14.882,90	-59.220,71	>100
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	1.431.506,20	637.051,99	794.454,21	124,7
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	421.077,63	768.765,26	-347.687,63	-45,2
AUFWENDUNGEN	**99.066.042,06**	**94.002.272,60**	**5.063.769,46**	**5,4**
Materialaufwand	36.420.127,66	31.996.518,24	4.423.609,42	13,8
Personalaufwand	32.417.149,99	31.424.086,29	993.063,70	3,2
Abschreibungen	14.707.600,30	14.667.512,49	40.087,81	0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.236.060,86	6.870.611,20	365.449,66	5,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.518.116,97	8.915.331,33	-397.214,36	-4,5
Sonstige Steuern	-233.013,72	128.213,05	-361.226,77	>100
ERGEBNIS	**2.616.442,49**	**7.635.321,14**	**-5.018.878,65**	**-65,7**

Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Umsatzerlöse um insgesamt rd. 343 TEUR. Insbesondere im Bereich Abfallwirtschaft (Müllgebühren und energetische Verwertung) ergaben sich infolge Preisanpassungen niedrigere Erlöse. Die unfertigen Leistungen der Werkstatt wurden zwecks Überleitung an SÖR zum 31.12.2008 komplett abgerechnet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind insbesondere aufgrund einer Schadensersatzzahlung im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage (401 TEUR) sowie Erdaushubarbeiten für den Wertstoffhof Häberleinstraße (251 TEUR) um rd. 794 TEUR auf 1,43 Mio. EUR angestiegen. Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge betreffen insbesondere Zinserträge aus dem Betriebsmittelkonto bei der Stadtkasse (413 TEUR).

Die Erhöhung des Materialaufwandes um rd. 4,42 Mio. EUR resultiert hauptsächlich aus der Bildung einer Aufwandsrückstellung im Bereich Müllverbrennung. Der Personalaufwand ist aufgrund tarifvertraglicher Anpassungen gegenüber dem Vorjahr um 0,99 Mio. EUR gestiegen. Die Abschreibungen sind nahezu unverändert, der ASN schriebt die Sachanlagen ausschließlich linear ab.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten u. a. die Verwaltungskostenumlage der Stadt sowie die Miete für Grundstücke und Erbbauzins. Der Zinsaufwand ist durch Darlehenstilgungen geringfü-

gig um 397 TEUR zurückgegangen. Die sonstigen Steuern betreffen die Kfz-Steuer; aufgrund einer Teilerstattung der im Rahmen der TAN-Übernahme bezahlten Grunderwerbssteuer von 0,30 Mio. EUR wird ein Ertragssaldo ausgewiesen.

Gegenüber dem Vorjahresgewinn von 7,64 Mio. EUR hat sich das Ergebnis in Folge insbesondere zusätzlicher Rückstellungen um 5,02 Mio. EUR auf einen Jahresgewinn von 2,62 Mio. EUR vermindert.

5.3.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2008

5.3.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 23.07.2008 wurde wieder die WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragt.

Die Gesellschaft hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2008 sowie für den Lagebericht 2008 erteilt.

5.3.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung stellt die WIBERA u. a. fest:

- Die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit; sie ist beweiskräftig.
- Der Jahresabschluss 2008 ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften; er vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- Der Lagebericht gibt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.
- Die Vermögens- und Finanzlage ist durch eine Verschlechterung der langfristigen Finanzierungsverhältnisse gekennzeichnet. Der Eigenbetrieb, der gemäß der Betriebssatzung über kein Stammkapital verfügt, weist zum Bilanzstichtag 31.12.2008 Eigenkapital in Höhe von 13,043 Mio. EUR aus.
- Die Ertragslage war im Berichtsjahr zufriedenstellend, es wurde ein Jahresgewinn von 2,616 Mio. EUR erzielt.
- Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben keinen Anlass zu Beanstandungen.

5.3.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht der WIBERA vom 30.06.2009 dem Werkausschuss am 07.10.2009 vorgelegt.

Der Werkausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichtes 2008 einstimmig begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss 2008 des Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetriebes mit einem Jahresgewinn von 2.616.442,49 EUR wird festgestellt.
- Der Jahresgewinn in Höhe von 2.616.442,49 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

5.3.5 Beschaffungen

Im Rahmen der begleitenden Verwaltungsprüfung sind 2008 insgesamt 14 Beschaffungsvorgänge von ASN zur Prüfung nach den Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg (VRL) mit einem Gesamtvolumen von rd. 4,74 Mio. EUR vorgelegt und durch Rpr begutachtet worden.

5.3.6 Prüfung der Kfz-Werkstatt

Prüfungsbericht vom 14.09.2009

Geprüft wurde, ob Kundendienst- und Instandhaltungsarbeiten sowie der Materialeinkauf ordnungsgemäß erfolgten. Die Prüfung befasste sich mit dem Betrieb der Werkstatt im Kalenderjahr 2008, als diese organisatorisch noch dem Eigenbetrieb ASN zugeordnet war. (Ab 01.01.2009: Eigenbetrieb Service Öffentlicher Raum Nürnberg (SÖR))

Hierbei waren u. a. folgende Feststellungen zu treffen bzw. wurden Anregungen gegeben:

- Aufgrund der allgemeinen Preissteigerung und der Tarifentwicklung wird eine Neukalkulation der Verrechnungssätze für Werkstattleistungen für erforderlich gehalten. Ein Vergleich mit externen Stundensätzen zeigte, dass die stadteigene Werkstatt hier insgesamt gut liegt.
- Der Einkauf von nicht an den Fahrzeughersteller gebundenen Ersatzteilen ist seit längerer Zeit nicht mehr dem Wettbewerb unterstellt worden. Hierfür ist u. E. eine vergaberechtskonforme Ausschreibung zeitnah vorzunehmen.

Eine Stellungnahme des Eigenbetriebes liegt noch nicht vor.

5.3.7 Technische Prüfung

Betreffend ASN wurden der technischen Prüfung im Bereich der Bauvergaben zu VOB/VOL 13 Vorgänge in Höhe von insgesamt 1,75 Mio. EUR vorgelegt. Daraus ergab sich in einem Fall aufgrund eines Rechenfehlers eine Reduzierung von 8.435 EUR.

Bei den Besonderen Leistungen war es ein Vergabevorschlag in Höhe von 11.965 EUR. Feststellungen waren nicht zu treffen.

5.4 Jahresabschluss 2008 von NüSt

5.4.1 Allgemeines

Der Regiebetrieb „Seniorenamt der Stadt Nürnberg“ (Seniorenamt alt) wurde zum 01.01.1999 in den Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt) und das Seniorenamt (Seniorenamt „neu“) aufgespalten. Dem Eigenbetrieb NürnbergStift wurden die ambulanten, teil- und vollstationären Einrichtungen einschließlich der Versorgungsbereiche (Küche, Wäscherei und Werkstätten) sowie der Hilfsmittelservice und die Praxis Ergotherapie zugeordnet. Beim Seniorenamt „neu“ sind im Wesentlichen die hoheitlichen Aufgaben verblieben.

Die Betriebssatzung für das NürnbergStift (NürnbergStiftS – NüStS) vom 07.10.1998 i.d.F. vom 17.12.1998 enthält u. a. Bestimmungen über die Organe des NüSt und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrates sowie des Oberbürgermeisters. Die NüStS wird durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung des NüSt ergänzt.

Um den stetig steigenden Anforderungen vor allem in finanzieller Hinsicht gerecht zu werden, wird das NüSt als ein Eigenbetrieb i.S. des Art. 88 GO geführt. Er unterliegt den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV). Darüber hinaus sind die Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) und die Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Pflegeeinrichtungen (WkPV) einschlägig.

Hauptaufgabe des NüSt ist es, zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der älteren Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Trägervielfalt ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote und Einrichtungen nach dem Heimgesetz, Sozialgesetzbuch V und XI zu betreiben.

Zum 01.10.2003 nahm die NürnbergStift Service GmbH (NüStSG) ihren Betrieb aktiv auf. Die NüStSG ist eine 100%ige Tochter der Stadt Nürnberg. Sie erbringt Dienst- und Werkleistungen gegenüber dem NüSt. Die Leistungen umfassen die Durchführung und Erledigung von Aufgaben im Facility-Bereich und Unterstützungsleistungen für die Pflege. Hierzu zählen insbesondere: Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche Leistungen, Aufgaben des allgemeinen Betriebsdienstes, Hauswirtschafts-/Serviceleistungen zur Unterstützung der Pflege sowie der für die Service-GmbH notwendige Verwaltungsbedarf.

Der Jahresabschluss der NüStSG über das Geschäftsjahr 2008 schloss mit einem Fehlbetrag in Höhe von 2.342,71 EUR ab und wurde von Wirtschaftsprüfer Frau Renate Haertle, München, am 10.07.2009 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Jahresabschluss 2008 des NüSt wurde, wie in den Vorjahren, durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg geprüft.

5.4.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

5.4.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2008 vom 22.11.2007 wurden für NüSt Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 2,93 Mio. EUR vorgesehen. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wurde auf 3,25 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite für die rechtzeitige Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wurde auf 4,00 Mio. EUR festgelegt.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2008 in Kraft.

5.4.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Nach § 11 Abs. 1 NüStS i.V.m. § 2 Abs. 1 WkPV ist für den Eigenbetrieb NüSt jährlich ein Wirtschafts- und Finanzplan aufzustellen, der gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 5 NüStS vom Stadtrat festzustellen ist. Der Wirtschaftsplan 2008 und der Finanzplan 2008/2011 wurden entsprechend den §§ 2, 3, 4 und 6 WkPV erstellt. Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan) 2008 sowie der Finanzplan 2008/2011 wurden am 22.11.2007 vom Stadtrat beschlossen.

Der Erfolgsplan schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Das tatsächliche Jahresergebnis (+47.153,90 EUR) ist somit um 47 TEUR günstiger ausgefallen als geplant. Den gegenüber den Planwerten um 469 TEUR niedrigeren Erträgen stehen um 422 TEUR niedrigere Aufwendungen gegenüber.

Der Vermögensplan schließt in den Einnahmen und den Ausgaben mit 9,42 Mio. EUR ab. Die tatsächlichen Ausgaben für Investitionen im Jahr 2008 liegen um ca. 2,71 Mio. EUR unter dem Planansatz (9,09 Mio. EUR) im Vermögensplan. Die Abweichung resultiert insbesondere aus zeitlichen Verschiebungen des Mittelabflusses bereits begonnener Maßnahmen sowie Verzögerungen der Durchführung größerer Baumaßnahmen (z.B. Sanierung/Modernisierung des Sparkassenhauses im Pflegezentrum Sebastianspital).

Im Finanzplan 2008/2011 mit einem Gesamtausgabenvolumen von 28,87 Mio. EUR wurden Investitionen in Höhe von 27,16 Mio. EUR berücksichtigt.

5.4.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung

Der Jahresabschluss 2007 wurde gemäß Art. 103 Abs. 3 GO und Art. 106 GO von Rpr geprüft.

In die Prüfung wurden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse einbezogen. Die Ertragslage gestaltete sich auch in 2007 positiv. Nach den positiven Ergebnissen der Jahre 2005 (+ 272 TEUR) und 2006 (+ 67 TEUR) konnte auch in 2007 ein Jahresüberschuss (+ 407 TEUR) erzielt werden.

Mit Beschluss des Stadtrates vom 28.01.2009 wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2007 festgestellt und der Werkleitung uneingeschränkte Entlastung erteilt.

5.4.4 Jahresabschluss 2008

5.4.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für 2008, der gemäß § 4 Abs. 1 PBV aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang einschließlich Anlagen- und Fördernachweis besteht, wurde zusammen mit dem Geschäftsbericht am 21.08.2009 erstellt.

Die Daten der Haupt- und Nebenbuchhaltungen werden durch Softwareprodukte der Firma SAP verarbeitet.

5.4.4.2 Bilanzentwicklung 2008

Die Entwicklung der Bilanz 2008 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

NürnbergStift	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**34.987.863,92**	**29.982.840,68**	**5.005.023,24**	**16,7**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	18.078,00	4.471,00	13.607,00	>100,0
• Sachanlagen	34.969.785,92	29.978.369,68	4.991.416,24	16,7
Umlaufvermögen (gesamt)	**13.624.522,31**	**17.671.496,35**	**-4.046.974,04**	**-22,9**
• Vorräte	125.308,50	123.816,95	1.491,55	1,2
• Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	4.372.655,77	3.494.850,91	877.804,86	25,1
• Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	9.126.558,04	14.052.828,49	-4.926.270,45	-35,1
Rechnungsabgrenzungsposten	**34.554,07**	**30.663,74**	**3.890,33**	**12,7**
Bilanzsumme - Aktiva -	**48.646.940,30**	**47.685.000,77**	**961.939,53**	**2,0**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**20.344.050,24**	**19.796.896,34**	**547.153,90**	**2,8**
• Stammkapital	620.000,00	620.000,00	0,00	0,0
• Kapitalrücklagen	18.935.513,83	18.435.513,83	500.000,00	2,7
• Gewinn-/Verlustvortrag (-)	741.382,51	338.520,89	402.861,62	>100,0
• Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	47.153,90	402.861,62	-355.707,72	>-100,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	**3.925.897,08**	**4.077.576,08**	**-151.679,00**	**-3,7**
Rückstellungen	**10.784.153,87**	**10.762.819,72**	**21.334,15**	**0,2**
Verbindlichkeiten	**13.131.790,17**	**13.046.815,07**	**84.975,10**	**0,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**461.048,94**	**893,56**	**460.155,38**	**51.496,86**
Bilanzsumme - Passiva -	**48.646.940,30**	**47.685.000,77**	**961.939,53**	**2,0**

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes NüSt ist im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 962 TEUR bzw. 2,0 % gestiegen. Hierbei steht insbesondere dem um 5,01 Mio. EUR erhöhten Anlagevermögen der Rückgang der liquiden Mittel um 4,53 Mio. EUR gegenüber.

Das Anlagevermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,01 Mio. EUR auf 34,99 Mio. EUR. Den Zugängen des Berichtsjahres in Höhe von 6,37 Mio. EUR stehen Abschreibungen von 1,36 Mio. EUR gegenüber. Ein wesentlicher Anteil der Zugänge entfällt mit 1,88 Mio. EUR auf die im Jahr 2008 fertiggestellte Neubaumaßnahme „Pflege- und Therapiezentrum am Wöhrder See“ (zukünftig Ursula-Wolfring-Haus). Weitere Ausgaben entstanden im Zusammenhang mit der Modernisierung des Sparkassenhauses. Zum 01.01.2008 wurde das Sparkassenhaus von der Stiftung Altenhilfe der Sparkasse Nürnberg übernommen (Aufhebung eines Erbbaurechts). Hierfür wurde ein Kaufpreis in Höhe von 2,70 Mio. EUR bezahlt, für die stetig fortschreitenden Umbaumaßnahmen fielen weitere 1,03 Mio. EUR an.

Die liquiden Mittel (Bankkonto, Kassen, externe Festgeldanlagen) nahmen im Geschäftsjahr um 4,93 Mio. EUR auf 9,13 Mio. EUR ab. Unter Berücksichtigung der von NüSt bei der Stadtkasse angelegten (und als Forderungen gegenüber dem Träger ausgewiesenen) Festgelder nahmen die liquiden Mittel um 4,53 Mio. EUR bzw. 27,7 % auf 11,78 Mio. EUR (Vorjahr: 16,31 Mio.EUR) ab. Der Rückgang der liquiden Mittel ist im Wesentlichen auf den gestiegenen Finanzmittelbedarf im Zusammenhang mit den durchgeführten Neubaumaßnahmen zurückzuführen.

Das Eigenkapital erhöhte sich durch eine Zuführung zu den Kapitalrücklagen in Höhe von 500 TEUR (siehe hierzu Abschnitt Sonderposten) und den Jahresüberschuss in Höhe von 47 TEUR um 547 TEUR auf 20,34 Mio. EUR. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht von 41,5 % auf 41,8 %.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens entsprechen den Restbuchwerten der mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenstände. Ein von der Stadt Nürnberg an NüSt ausgereichter Investitionszuschuss in Höhe von 500 TEUR wird im folgenden Geschäftsjahr aus den Kapitalrücklagen in den Sonderposten umgebucht.

Der Bestand an Rückstellungen blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant und verringerte sich nur um 21 TEUR bzw. 0,2 % auf 10,78 Mio. EUR. Wesentliche Positionen bilden die Personalrückstellungen (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeitregelungen, Leistungsentgelte, Pensionen und Beihilfen) mit rd. 5,33 Mio. EUR sowie Rückstellungen für ausstehende Instandhaltungsmaßnahmen und Großreparaturen in Höhe von 5,06 Mio. EUR. Im Jahr 2008 wurden für Sanierungen im August-Meier-Heim und im Sebastianspital nochmals rd. 1,02 Mio. EUR den Rückstellungen zugeführt. Demgegenüber steht die Auflösung von Rückstellungen für nicht mehr durchführbare Maßnahmen in Höhe von 1,15 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 85 TEUR bzw. 0,7 % auf 13,13 Mio. EUR. Der größte Teil der Verbindlichkeiten entfällt auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus langfristigen Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 11,07 Mio. EUR (Vorjahr: 11,02 Mio. EUR). Darüber hinaus sind unter dieser Bilanzposition mit 727 TEUR Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen enthalten. Die an dieser Stelle ausgewiesenen Gelder werden nach Fertigstellung der jeweiligen Baumaßnahmen in die entsprechenden Sonderposten umgebucht.

Unter dem Passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Wesentlichen Abschlagszahlungen des Bezirks Mittelfranken für den Januar 2010 abgegrenzt.

5.4.4.3 Erfolgsrechnung 2008

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung 2008 und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

NürnbergStift	2008	2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	**29.542.353,13**	**29.048.260,84**	**494.092,29**	**1,7**
Erträge aus allg. Pflegeleistungen gemäß PflegeVG und sonstigen Leistungen außerhalb des PflegeVG	16.337.900,62	16.554.407,55	-216.506,93	-1,3
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.220.119,47	4.358.753,08	-138.633,61	-3,2
Erträge aus Zusatzleistungen nach PflegeVG	79.149,28	135.118,50	-55.969,22	-41,4
Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten	2.370.773,84	2.338.598,08	32.175,76	1,4
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	111.884,59	269.073,74	-157.189,15	-58,4
Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	2.388,06	7.252,93	-4.864,87	-67,1
Sonstige betriebliche Erträge	3.644.736,02	3.950.829,64	-306.093,62	-7,7
Erträge aus öffentlicher und nicht öffentlicher Förderung von Investitionen	406.113,28	5.775,22	400.338,06	>100,0
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	273.200,22	180.533,69	92.666,53	51,3
Zinsen und ähnliche Erträge	662.878,88	743.056,81	-80.177,93	-10,8
Außerordentliche Erträge	278.053,18	367.774,43	-89.721,25	-24,4
Weitere Erträge	1.155.155,69	137.087,17	1.018.068,52	>100,0
AUFWENDUNGEN	**29.495.199,23**	**28.645.399,22**	**849.800,01**	**3,0**
Personalaufwand	17.316.991,44	17.141.955,20	175.036,24	1,0
Materialaufwand	6.733.453,27	6.460.032,86	273.420,41	4,2
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	911.132,94	800.404,30	110.728,64	13,8
Steuern, Abgaben, Versicherung	303.462,39	337.769,66	-34.307,27	-10,2
Mieten, Pacht, Leasing	26.267,72	227.919,63	-201.651,91	-88,5
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten	516.404,35	250.899,04	265.505,31	>100,0
Abschreibungen	1.378.135,67	1.012.222,43	365.913,24	36,1
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	1.901.935,50	2.023.679,79	-121.744,29	-6,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	113.605,20	51.567,47	62.037,73	>100,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	266.210,48	270.744,33	-4.533,85	-1,7
Außerordentliche Aufwendungen	27.600,27	68.204,51	-40.604,24	-59,5
ERGEBNIS	**47.153,90**	**402.861,62**	**-355.707,72**	**-88,3**

Der Eigenbetrieb NüSt erzielte im Geschäftsjahr 2008 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 47 TEUR und schließt somit das fünfte Jahr in Folge mit einen Jahresüberschuss ab. Das Ergebnis des Berichtsjah-

res fiel jedoch um 356 TEUR niedriger als das Vorjahresergebnis aus. Den im Vergleich zum Vorjahr um 494 TEUR erhöhten Erträgen steht der Anstieg der Aufwendungen um 850 TEUR gegenüber.

Die Leistungserträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 377 TEUR bzw. 1,6 % gesunken. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen weiteren Belegungsrückgang insbesondere im Pflege- und Altenheimbereich von 6.372 Behandlungstagen (im Vorjahr: - 6.623 Behandlungstage) zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 306 TEUR bzw. 7,7 %. Dies resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erstattungsleistungen (- 184 TEUR) der NüStSG für Personalgestellungen sowie rückläufigen Erträgen aus Vermietung und Verpachtung (- 193 TEUR). Darüber hinaus enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge die von der Stadt Nürnberg geleistete Kostenerstattung für Versorgungslasten früherer Mitarbeiter/innen in Höhe von 1,08 Mio. EUR (Vorjahr 1,11 Mio. EUR).

Durch die Anlage liquider Mittel ergaben sich im Berichtsjahr Zinserträge in Höhe von 663 TEUR, denen Zinsaufwendungen aus Darlehensverpflichtungen in Höhe von 266 TEUR gegenüberstehen. Das im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Finanzergebnis von 397 TEUR (2007: 472 TEUR) ist auf den verstärkten Mittelabfluss im Zusammenhang mit den Neubaumaßnahmen zurückzuführen und dürfte sich in den nächsten Jahren weiter verringern.

Die weiteren Erträge in Höhe von 1,16 Mio. EUR enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Personalaufwendungen, die im Jahr 2008 60,7 % (Vorjahr: 61,5 %) der Betriebsaufwendungen umfassen, sind um 175 TEUR bzw. 1,0 % gestiegen. Die um die Rückstellungsbuchungen bereinigten Personalkosten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 485 TEUR bzw. 3,1 % auf 16,21 Mio. EUR. Hierbei stehen sich der aus einer Tariferhöhung resultierende Mehraufwand und ein verminderter Vollkräfteeinsatz gegenüber (-4,74 Vollkräfte).

Die Sachaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 73 TEUR bzw. 0,7 % auf 10,00 Mio. EUR. Der Anstieg in diesem Bereich resultiert insbesondere aus erhöhten Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (+ 115 TEUR) sowie den aufgrund einer verstärkten Inanspruchnahme der Dienstleistungen der NüStSG erhöhten Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs. Aufwandsmindernd wirkt sich die durch den Kauf des Sparkassenhauses entfallende Pacht aus. Die Aufwendungen für Miete, Pacht und Leasing verringerten sind im Berichtsjahr um 202 TEUR.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 366 TEUR bzw. 36,1 % auf 1,38 Mio. EUR. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Inbetriebnahme des Neubaus im Pflegezentrum Sebastianspital zurückzuführen.

5.4.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2008

5.4.4.4.1 Prüfungsergebnis

Wie in den Vorjahren wurde der Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes NüSt von Rpr gemäß Art. 103 Abs. 3 GO und Art. 106 GO geprüft. Das Prüfungsergebnis wurde im „Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 des Eigenbetriebes NürnbergStift“ vom 28.09.2009 dokumentiert.

Nach dem zusammengefassten Prüfungsergebnis des Rpr

- entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluss 2008 sowie der dazugehörige Geschäfts- und Lagebericht den Rechtsvorschriften,
- vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des NürnbergStifts,
- ergaben sich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Frage gestellt werden müsste.

5.4.4.4.2 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 wurde dem Werkausschuss am 01.10.2009 vorgelegt.

Der Werkausschuss (NüSt) begutachtete den Jahresabschluss 2008 für den Eigenbetrieb NürnbergStift und empfahl dem Stadtrat:

- die Feststellung des Jahresabschlusses 2008 sowie die Erteilung der uneingeschränkten Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO und
- den Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 47.153,90 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

5.4.5 Prüfung der Wirtschaftsführung der Bereiche Geriatrische Rehabilitation und Ambulante Dienste

Prüfungsbericht vom 06.10.2009

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 des Eigenbetriebs NürnbergStift (NüSt) wurde um die Schwerpunkte Wirtschaftsführung in den Bereichen Geriatrische Rehabilitation (REHA) und Ambulante Dienste (AMBD) erweitert. Hauptaugenmerk der durchgeführten Prüfung lag auf einer Analyse der Aufwands- und Ertragspositionen in den vergangenen Jahren und der Ermittlung der entsprechenden Kostendeckungsgrade. Darüber hinaus wurden die innerbetrieblichen Leistungsverrechnungen auf Plausibilität sowie die Einnahmenbewirtschaftung bzw. Leistungserfassung und -abrechnung auf Vollständigkeit geprüft.

Die Prüfungsergebnisse werden nachfolgend in einer kurzen Zusammenfassung dargestellt:

<u>Geriatrische Rehabilitation</u>

Die REHA ist seit 1992 fester Bestandteil des NüSt und bietet den Patienten rehabilitative Leistungen nach akuten und chronischen Erkrankungen. Das Leistungsangebot umfasst neben der stationären Versorgung auch eine ambulante Rehabilitationsabteilung.

Bei einer isolierten Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung erweist sich die REHA (inkl. Praxis Ergotherapie) als defizitärer Bereich. Trotz einer stetig hohen Auslastung von durchschnittlich 95,0 % ergibt sich auch für das Geschäftsjahr 2008 ein Jahresfehlbetrag von rd. 140 TEUR (2007: -119 TEUR; 2006: -326 TEUR). Die Ermittlung der Kostendeckungsgrade ergab analog seit dem Jahr 2006 eine kontinuierliche Unterdeckung. NüSt ist daher bestrebt, die wirtschaftliche Situation der REHA nachhaltig zu verbessern. Durch konsequente Nachverhandlungen konnten die gegenüber den Kostenträgern abzurechnenden Tagessätze und Fallpauschalen letztmals zum 01.04.2009 bzw. 01.07.2009 erhöht werden. Um weitere Mehrerlöse zu erzielen, sollte insbesondere der Bereich der ambulanten Rehabilitation stär-

ker beworben werden, da die Inanspruchnahme der Patienten in diesem Bereich bislang sehr gering ausfällt und die hieraus generierten Erlöse nur von untergeordneter Bedeutung sind. Darüber hinaus werden derzeit Überlegungen angestellt, die stationäre Platzanzahl durch den Umbau bestehender Pflegeeinrichtungen an anderen Standorten des NüSt zu erhöhen und dadurch die Wirtschaftlichkeit der REHA nachhaltig zu verbessern.

Die Prüfung der innerbetrieblichen Leistungsverrechnungen auf Plausibilität sowie die Prüfung der vollständigen Leistungsabrechnung und Zahlungsabwicklung ergab keine wesentlichen Anmerkungen.

Ambulante Dienste

Die Grund- und Behandlungspflege sowie die Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung werden durch die Mitarbeiter/-innen des ambulanten Dienstes des NüSt gewährleistet.

Der AMBD konnte durch personelle Umstrukturierungen und eine Ausweitung des Patientenaufkommens die bis zum Jahr 2006 regelmäßig anfallenden Defizite mittlerweile ausgleichen und schließt das Geschäftsjahr zum zweiten Mal in Folge mit einem Jahresüberschuss ab (2008: +24 TEUR; 2007: +28 TEUR). Es konnten hierdurch Kostendeckungsgrade von 102,9 % bzw. 103,9 % erzielt werden. Trotz der erfreulichen Entwicklung steht der AMBD weiterhin in einem verstärkten Wettbewerb mit Sozialstationen freier Träger und privaten Pflegediensten. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsachen wurde durch die Werkleitung ein externer Gutachter beauftragt, die Strukturen wie beispielsweise den Personaleinsatz und weitere Prozesse des AMBD einer umfassenden Analyse zu unterziehen und mögliche Verbesserungspotentiale aufzuzeigen. Zum Auftragsinhalt gehört darüber hinaus im Rahmen eines Benchmarks die Bereitstellung von Vergleichszahlen konkurrierender Pflegedienste mit ähnlichen Strukturen (z.B. Personaleinsatz, Patientenaufkommen, Umsatzzahlen etc.).

Die Prüfung der Leistungserbringung zeigte insbesondere im Bereich der Leistungs-/Tourenplanung und Stundenerfassung einen erheblichen Dokumentations- und Organisationsaufwand. Die bisherige Leistungsplanung und -erfassung basiert im Wesentlichen auf handschriftlich geführten Listen und erweist sich als sehr zeitaufwendig bzw. bei auftretenden Störungen und Änderungen (z.B. Mitarbeiterausfall; Tourenänderungen etc.) als nicht immer übersichtlich. Die Einführung mobiler Datenerfassungsgeräte soll in einem ersten Schritt die Dokumentation der Leistungen vereinfachen sowie den Koordinationsaufwand erheblich reduzieren. Die praktische Umsetzbarkeit soll in Kürze in einer Testphase geprüft werden.

Die Prüfung der vollständigen Leistungsabrechnung und Zahlungsabwicklung ergab keine wesentlichen Feststellungen.

5.5 Jahresabschluss 2008 von FSN

5.5.1 Allgemeines

Nach dem Umbau des bestehenden Stadions anlässlich der Teilnahme der Stadt Nürnberg als Austragungsort für die Fußballweltmeisterschaft 2006, hat der Eigenbetrieb nunmehr die Aufgabe der Sicherstellung des laufenden Betriebs des Stadions unter Berücksichtigung des Werterhalts. Das operative Geschäft der Betriebsführung des Stadions ist seit 01.07.2005 vollständig durch die Franken-Stadion Nürnberg Betriebs GmbH übernommen worden. Der Betreibervertrag hat eine Laufzeit bis 30.06.2015.

Die Franken-Stadionbetriebssatzung (FSBS) vom 21.06.2002, geändert durch Satzung vom 09.02.2009 enthält u. a. Bestimmungen über die Organe des Eigenbetriebes und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Nach § 1 Abs. 3 FSBS ist dem Betrieb kein Stammkapital zugeordnet. Die FSBS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung, welche die Aufgaben sowie die Arbeits- und Verfahrensweise der Werkleitung regelt.

5.5.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

5.5.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2008 vom 22.11.2007 war für FSN keine Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Im Vermögensplan waren ebenfalls keine Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt. Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wurden nicht beansprucht. Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2008 in Kraft.

5.5.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2008 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie einer Stellenübersicht. Er wurde am 22.11.2007 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des Erfolgsplanes 2008 sahen Erträge von 2,71 Mio. EUR und Aufwendungen von 4,53 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresverlust in Höhe von 1,82 Mio. EUR errechnete. Tatsächlich ergab sich 2008 ein Jahresverlust von 2,86 Mio. EUR.

Der Vermögensplan 2008 umfasste einen Finanzbedarf von 2,92 Mio. EUR. Die Finanzplanung der Jahre 2007 bis 2011 umfasst hauptsächlich Darlehenstilgungen in Höhe von insgesamt 5,87 Mio. EUR.

5.5.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 28.01.2009 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2007 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und entschieden, den Jahresfehlbetrag 2007 in Höhe von 3,69 Mio. EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

5.5.4 Jahresabschluss 2008

5.5.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang und Lagebericht wurde am 23.07.2009 erstellt.

5.5.4.2 Bilanzentwicklung 2008

Die Entwicklung der Bilanz 2008 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Franken-Stadion Nürnberg	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**55.863.843,00**	**58.543.098,00**	**-2.679.255,00**	**-4,6**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	101,00	410,00	-309,00	-75,4
• Sachanlagen	55.863.742,00	58.542.688,00	-2.678.946,00	-4,6
Umlaufvermögen (gesamt)	**467.784,50**	**326.543,25**	**141.241,25**	**43,3**
• Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,0
• Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	108.569,89	131.995,63	-23.425,74	-17,7
• Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	359.214,61	194.547,62	164.666,99	84,6
Bilanzsumme - Aktiva -	**56.331.627,50**	**58.869.641,25**	**-2.538.013,75**	**-4,3**
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	**17.881.799,82**	**20.744.418,53**	**-2.862.618,71**	**-13,8**
• Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
• Allgemeine und zweckgebundene Rücklage	31.131.242,90	31.131.242,90	0,00	0,0
• Gewinn-/Verlustvortrag (-)	-13.249.443,08	-10.386.824,37	-2.862.618,71	27,6
Rückstellungen	**76.040,00**	**51.840,00**	**24.200,00**	**46,7**
Verbindlichkeiten	**38.373.787,68**	**38.073.382,72**	**300.404,96**	**0,8**
Bilanzsumme - Passiva -	**56.331.627,50**	**58.869.641,25**	**-2.538.013,75**	**-4,3**

Die Aktivseite wird weiterhin durch das Anlagevermögen bestimmt, abschreibungsbedingt nahm es 2008 um 2,68 Mio. EUR auf 55,864 Mio. EUR ab. Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 141 TEUR, was auf höhere Flüssige Mittel zurückzuführen ist. Insgesamt verminderte sich die Bilanzsumme um 2,52 Mio. EUR auf 56,33 Mio. EUR.

Auf der Passivseite verringerte sich das Eigenkapital, wegen des Jahresverlustes 2008, um 2,86 Mio. EUR auf 17,88 Mio. EUR. Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden, aufgrund in 2008 nicht abgegoltener Urlaubstage und Überstunden, um 26 TEUR erhöht. Per Saldo ergibt sich bei den Verbindlichkeiten eine Zunahme um 300 TEUR auf 38,37 Mio. EUR.

5.5.4.3 Erfolgsrechnung 2008

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2008 aus der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben:

Franken-Stadion Nürnberg	2008	2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	**1.889.983,81**	**2.375.518,19**	**-485.534,38**	**-20,4**
Umsatzerlöse	1.831.230,73	2.352.867,57	-521.636,84	-22,2
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	58.753,08	22.443,32	36.309,76	161,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	207,30	-207,30	-100,0
AUFWENDUNGEN	**4.752.602,52**	**6.066.347,68**	**-1.313.745,16**	**-21,7**
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00	0,0
Personalaufwand	0,00	261.576,46	-261.576,46	-100,0
Abschreibungen	2.955.716,10	2.931.950,37	23.765,73	0,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	314.175,02	1.613.577,10	-1.299.402,08	-80,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.482.711,40	1.259.243,75	223.467,65	17,7
Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00	0,0
ERGEBNIS	**-2.862.618,71**	**-3.690.829,49**	**828.210,78**	**-22,4**

Die Umsatzerlöse nahmen von 2,35 Mio. EUR im Vorjahr in 2008 um rd. 522 TEUR ab. Verantwortlich hierfür ist der Abstieg des 1. FCN in die 2. Bundesliga, weil sich dadurch das Betreiberentgelt von 2,27 Mio. EUR auf 1,78 Mio. EUR in 2008 verringerte. Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen vor allem die Nebenkostenabrechnung 2007 (34 TEUR) sowie Nachzahlungen des Betreiberentgelts für 2007 (23 TEUR).

Nachdem der Eigenbetrieb ab 01.01.2008 ohne eigenes Personal geführt wird, ist der Personalaufwand weggefallen. Die Erhöhung der Abschreibungen ist insbesondere auf nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten des umgebauten Frankenstadions zurückzuführen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 1,30 Mio. EUR auf 314 TEUR ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr hier noch verauslagte Kosten des WM-Büros der Stadt Nürnberg in Höhe von 1,12 Mio. EUR enthalten waren. Der Zinsaufwand erhöhte sich aufgrund Zinsanpassungen bei den Darlehen gegenüber Kreditinstituten und durch Zinserhöhung beim Betriebsmittelkonto der Stadt um 223 TEUR auf 1,48 Mio. EUR.

5.5.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2008

5.5.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 27.05.2009 wurde wiederum der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 beauftragt.

Der BKPV hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2008 sowie für den Lagebericht 2008 erteilt; die Ertragslage wird als nicht zufrieden stellend bezeichnet.

5.5.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis stellten die Prüfer u. a. fest:

- die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit,
- der Jahresabschluss 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften,
- der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss; die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt,
- der Kapitalaufbau ist durch langfristige Eigen- und Fremdfinanzierung geprägt. Der Eigenkapitalanteil ist als zufriedenstellend zu bezeichnen
- die Ertragslage ist weiterhin als unbefriedigend zu beurteilen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass durch den Wiederaufstieg des 1. FCN in die 1. Bundesliga ab 2009 mit einer Verbesserung der Ertragslage zu rechnen ist,
- die Geschäftsführung ist insgesamt ordnungsgemäß.

5.5.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Testat des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes vom 14.09.2009 am 08.10.2009 dem Werkausschuss vorgelegt.

Der Werkausschuss hat den Bestätigungsvermerk des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss zum 31.12.2008 sowie den Lagebericht 2008 begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss 2008
  - ◊ mit einer Bilanzsumme von 56.331.627,50 EUR,
  - ◊ mit einem Jahresfehlbetrag von 2.862.618,71 EUR wird festgestellt.
- Der Jahresfehlbetrag wird auf das Folgejahr vorgetragen.

5.5.5 Technische Prüfung

Die nachstehenden Vorgänge erfassen ausschließlich Fälle, bei denen FSN als Baudienststelle selbst bzw. mit externer Unterstützung tätig war.

An VOB/VOL-Vergaben wurden gemäß der Schwellenwerte der Vergaberichtlinien (VRL) 12 Vorgänge (ausschließlich Nachtragsangebote) in Höhe von 373.062 EUR bei uns vorgelegt, die zugehörigen Hauptaufträge beliefen sich auf insgesamt 2,8 Mio. EUR.

Sämtliche zu prüfenden Nachtragsangebote waren entgegen der einschlägigen Vorschriften längst ausgeführt.

6 STAATSTHEATER NÜRNBERG

Prüfungsgrundlagen

Gesetz zur Errichtung der „Stiftung Staatstheater Nürnberg“ (StNG)

In der Vereinbarung zwischen dem Freistaat und der Stadt Nürnberg vom 16.09.2003 wurde festgelegt, dass das Theater Nürnberg künftig in gemeinsamer Trägerschaft von Freistaat und Stadt Nürnberg als Staatstheater Nürnberg betrieben werden soll. Zu diesem Zweck wurde die Stiftung Staatstheater Nürnberg als eine Stiftung des öffentlichen Rechts durch Gesetz des Bayerischen Landtags vom 27.12.2004 zum 01.01.2005 gegründet.

Im Gesetz zur Errichtung der „Stiftung Staatstheater Nürnberg“ sind u. a. die im folgenden kurz beschriebenen Inhalte festgelegt.

Zweck der Stiftung ist die Förderung der darstellenden Kunst. Zu diesem Zweck übernahm die Stiftung das vorher von der Stadt Nürnberg getragene Theater Nürnberg und führt dessen Betrieb unter dem Namen Staatstheater Nürnberg fort. Hierbei verfolgt die Stiftung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Als Stiftungsvermögen übereignete die Stadt Nürnberg alle den Zwecken des Staatstheaters Nürnberg dienenden beweglichen Vermögensgegenstände unentgeltlich der Stiftung.

Als Stiftungsorgane wurden der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand eingerichtet. Der Stiftungsrat überwacht die Tätigkeit des Stiftungsvorstands. Er besteht aus sechs Mitgliedern, von denen drei vom Freistaat Bayern und drei von der Stadt Nürnberg bestellt und abberufen werden. Der Stiftungsvorstand besteht aus dem Staatsintendanten und dem geschäftsführenden Direktor. Er führt nach Maßgabe des Gesetzes zur Errichtung der „Stiftung Staatstheater Nürnberg“ sowie der Stiftungssatzung und entsprechend den Richtlinien sowie Beschlüssen des Stiftungsrates die Geschäfte der Stiftung.

Stiftungssatzung

Die Satzung der Stiftung Staatstheater Nürnberg (StNüS) enthält nähere Bestimmungen über die Verwaltung der Stiftung und die Tätigkeit ihrer Organe sowie Einzelheiten zum Vollzug des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung Staatstheater Nürnberg. Die StNüS regelt u. a. die Aufgaben des Stiftungsrates und des Stiftungsvorstandes. Weiterhin ist in § 8 Abs. 2 der StNüS bestimmt, dass durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg die Jahresrechnung der Stiftung Staatstheater Nürnberg zu prüfen ist.

Die StNüS wurde in der Stiftungsratssitzung am 09.02.2005 gemäß Art. 8 Abs. 3 und Art. 11 Abs. 1 Satz 1 StNG beschlossen. Gemäß Art. 11 Abs. 1 Satz 2 wurde die Stiftungssatzung der Stiftungsaufsicht (Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) zur Genehmigung vorgelegt. Mit Schreiben vom 07.07.2005 hat die Stiftungsaufsicht die Stiftungssatzung mit dem Hinweis genehmigt, dass aus ihrer Sicht noch wenige redaktionelle Änderungen vorzunehmen wären. Diese wurden im Umlaufverfahren vom Stiftungsrat mit Schreiben vom 07.07.2006 als beschlossen vermerkt.

Bewirtschaftungsgrundsätze

Die Bewirtschaftungsgrundsätze enthalten unter Ziffer 1 Ausführungen zum Haushalts- und Wirtschaftsjahr. Demnach umfasst das Haushalts- und Wirtschaftsjahr der Stiftung Staatstheater Nürnberg den Zeitraum vom 01.09. eines Jahres bis zum 31.08. des Folgejahres. Weiterhin sind in den Bewirtschaftungsgrundsätzen Festlegungen zum Wirtschaftsplan und zur Jahresrechnung getroffen.

Wirtschaftsplan 2007/2008

Nach § 6 Abs. 1 StNüS Ziffer 5 ist der Stiftungsrat der Stiftung Staatstheater Nürnberg für die Feststellung des Wirtschaftsplans zuständig. Der Wirtschaftsplan besteht nach Nr. 2a der Bewirtschaftungsgrundsätze für die Stiftung Staatstheater Nürnberg aus dem Erfolgsplan und dem Finanzplan. Einen Erfolgsplan gab es für die Spielzeit 2007/2008 noch nicht. Ein solcher wurde erstmalig für das Geschäftsjahr 2008/2009 erstellt. Der Finanzplan, der gemäß Nr. 2a der Bewirtschaftungsgrundsätze für die Stiftung Staatstheater Nürnberg alle geplanten Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Theaterbetrieb sowie für Investitionen umfassen soll, schloss für die Spielzeit 2007/2008 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab.

Das Ergebnis lt. Finanzrechnung ergibt für die Spielzeit 2007/2008 einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 21 TEUR.

Erstellung der Jahresrechnung

Die Jahresrechnung besteht gemäß 2b der Bewirtschaftungsgrundsätze der Stiftung Staatstheater Nürnberg aus der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang und dem Lagebericht. Sie ist um eine Finanzrechnung zu ergänzen. Bezogen auf das Haushalts- und Wirtschaftsjahr stellt die Finanzrechnung die Ergebnisrechnung zum Finanzplan dar. Sämtliche zur Jahres- und Finanzrechnung von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden von den Verantwortlichen der Stiftung Staatstheater Nürnberg im gewünschten Umfang erteilt.

Bilanz zum 31.08.2008

Die Entwicklung der Bilanz zum 31.08.2008 wird nachfolgend in komprimierter Form – im Vergleich zum Vorjahresstichtag – wiedergegeben.

Staatstheater Nürnberg	31.08.2008	31.08.2007	Veränderung	
	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	**3.005.889,64**	**2.670.229,00**	**335.660,64**	**12,6**
• Immaterielle Vermögensgegenstände	36.134,00	21.218,00	14.916,00	70,3
• Sachanlagen	2.957.505,64	2.636.761,00	320.744,64	12,2
• Finanzanlagen	12.250,00	12.250,00	0,00	0,0
Umlaufvermögen (gesamt)	**5.108.362,26**	**5.171.038,72**	**-62.676,46**	**-1,2**
• Vorräte	542.592,17	499.875,49	42.716,68	8,5
• Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	3.697.441,07	4.481.231,36	-783.790,29	-17,5
• Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	868.329,02	189.931,87	678.397,15	357,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**626.720,73**	**720.220,89**	**-93.500,16**	-13,0
Bilanzsumme - Aktiva -	**8.740.972,63**	**8.561.488,61**	**179.484,02**	**2,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**1.989.620,94**	**1.953.342,74**	**36.278,20**	**1,9**
Rückstellungen	**2.728.023,75**	**1.840.990,71**	**887.033,04**	**48,2**
Verbindlichkeiten	**3.439.548,94**	**4.006.915,16**	**-567.366,22**	**-14,2**
Rechnungsabgrenzungsposten	**583.779,00**	**760.240,00**	**-176.461,00**	**-23,2**
Bilanzsumme - Passiva -	**8.740.972,63**	**8.561.488,61**	**179.484,02**	**2,1**

Die Bilanzsumme der Stiftung Staatstheater Nürnberg hat sich im Vergleich zum 31.08.2007 um 179 TEUR bzw. 2,1 % erhöht.

Das Anlagevermögen beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände, das Sachanlagevermögen sowie die Finanzanlagen. Insgesamt standen Zugängen in Höhe von 1.887 TEUR Abgänge in Höhe von 1.621 TEUR (Buchwert 421 TEUR) und Abschreibungen in Höhe von 1.130 TEUR gegenüber. Die wesentlichen Zu- und Abgänge betreffen dabei das Inszenierungsvermögen.

Die Vorräte setzen sich aus den Posten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie dem Fundus zusammen. Die Vorräte erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag mit 43 TEUR unwesentlich. Für den Fundus wurde im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz ein Festwert von 283 TEUR festgesetzt. Dieser wurde zum aktuellen Bilanzstichtag beibehalten.

Unter den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen ist auch das Kontokorrentkonto bei der Stadtkasse Nürnberg enthalten. Dies belief sich zum 31.08.2008 auf 3.285 TEUR. Die liquiden Mittel (inklusive der Forderungen gegenüber dem Stiftungsträger Stadt Nürnberg aus der Anlage der liquiden

Mittel auf dem Kontokorrentkonto bei der Stadt Nürnberg) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 479 TEUR.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet mit 280 TEUR bereits gezahlte Mietaufwendungen für Anmietungen im neuen Geschäftsjahr. Darüber hinaus wurden bereits angefallene Ausgaben für den Opernball 2008 sowie für Aufführungen in den Spielzeiten 2008/2009 und 2009/2010 abgegrenzt.

Das im Vorjahr erwirtschaftete Jahresergebnis in Höhe von 350 TEUR wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Das Stiftungskapital beträgt unverändert 1.628 TEUR. Insgesamt erhöhte sich das Eigenkapital somit um den aktuellen Jahresüberschuss. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt damit 22,8 %.

Die Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Personalrückstellungen in Form von Rückstellungen für nicht genommen Urlaub (492 TEUR), Gleitzeitüberhänge und Überstunden (600 TEUR) sowie Altersteilzeit (927 TEUR). Darüber hinaus betreffen 616 TEUR Rückstellungen für nicht vorgenommene Instandhaltungen. Diese umfassen sowohl Reparaturen (Außenaufzug, Klimazentrale und Hydraulikanlage) als auch ausstehende Umbau- und Sanierungsarbeiten (Anlieferungsbereich und Bestandspläne Opernhaus). Insgesamt erhöhten sich die Rückstellungen um 887 TEUR auf 2.728 TEUR.

Pensionsrückstellungen müssen von der Stiftung Staatstheater Nürnberg nicht gebildet werden, da die Pensionslasten von der Stadt Nürnberg getragen werden. Die Stiftung Staatstheater Nürnberg zahlt hierfür an die Stadt Nürnberg einen Versorgungszuschlag.

Die Verbindlichkeiten umfassen erhaltene Anzahlungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die Verbindlichkeiten um 567 TEUR auf 3.440 TEUR. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Bereinigung der offenen Dopasfälle im aktuellen Geschäftsjahr innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet mit 317 TEUR Einnahmen für den im folgenden Geschäftsjahr stattfindenden Opernball und mit 175 TEUR Zuschüsse der Stadt Nürnberg für die Spielzeit 2008/2009.

Erfolgsrechnung 2007/2008

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres 2007/2008 (01.09.2007 – 31.08.2008) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Staatstheater Nürnberg	01.09.2007 - 31.08.2008	01.09.2006 - 31.08.2007	Veränderung	
	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	**39.117.888,16**	**37.033.424,78**	**2.084.463,38**	**5,6**
Umsatzerlöse	5.820.688,87	5.445.760,70	374.928,17	6,9
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	720.404,32	-720.404,32	-100,0
Sonstige betriebliche Erträge	33.093.517,15	30.692.362,71	2.401.154,44	7,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203.682,14	174.897,05	28.785,09	16,5
AUFWENDUNGEN	**39.081.609,96**	**36.683.596,46**	**2.398.013,50**	**6,5**
Materialaufwand	4.216.620,10	4.141.049,95	75.570,15	1,8
Personalaufwand	26.044.993,90	25.649.643,04	395.350,86	1,5
Abschreibungen	1.130.052,55	1.097.847,28	32.205,27	2,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.686.608,66	5.795.056,19	1.891.552,47	32,6
Zinsaufwendungen	3.334,75	0,00	3.334,75	---
ERGEBNIS	**36.278,20**	**349.828,32**	**-313.550,12**	**-89,6**

Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Einnahmen aus dem Opernball, Einnahmen aus Gastspielen sowie aus Garderobengebühren. Vor allem die Einnahmen aus Eintrittsgeldern konnten durch eine sehr gute Sommerbespielung gesteigert werden. Darüber hinaus kam es auch bei den Einnahmen aus dem Opernball sowie aus Garderobengebühren zu Erhöhungen.

Die aktivierten Eigenleistungen werden seit dem aktuellen Berichtsjahr 2007/2008 in den entsprechenden Materialaufwendungen ausgewiesen, da es sich bei den hier bisher ausgewiesenen Leistungen vor allem um Personalkosten von Dritten sowie Materialkosten handelt.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die Betriebskostenzuschüsse des Freistaates Bayern sowie der Stadt Nürnberg ausgewiesen. Diese beliefen sich im geprüften Wirtschaftsjahr auf 13.218 TEUR bzw. 18.556 TEUR. Weiterhin umfasst dieser Ertragsposten Einnahmen aus Spenden und Sponsoring sowie die anteilige Gewinnausschüttung der Staatstheater Nürnberg Service GmbH.

Die Materialaufwendungen betreffen mit 277 TEUR Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie mit 3.939 TEUR Aufwendungen für bezogene Leistungen. Insgesamt blieben die Materialaufwendungen mit 4.217 TEUR auf Vorjahresniveau.

Die Personalaufwendungen betreffen mit 20.504 TEUR Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie mit 5.541 TEUR Aufwendungen für soziale Abgaben. Die leichte Erhöhung der Personalaufwendungen insgesamt im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem auf die Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung sowie auf die allgemeinen Tariferhöhungen zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 500 TEUR. Diese betreffen im Wesentlichen Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (Inszenierungsvermögen) im Rahmen des Intendantenwechsels. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der aktuellen Berichtsperiode betreffen vor allem Fertigungs- und Vertriebsaufwendungen in Höhe von 2.015 TEUR. Diese beinhalten überwiegend Urheberrechtstantiemen, Aufwendungen für die Anfertigung von Spielplänen, Verkaufsprovisionen und Betriebskantinenzuschüsse. Darüber hinaus fielen Aufwendungen für Energie, Wasser und Grundabgaben in Höhe von 1.133 TEUR sowie Aufwendungen für den Unterhalt von Liegenschaften in Höhe von 3.640 TEUR an. Die Erhöhung der laufenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt ist im Wesentlichen auf die im Rahmen der neubezogenen Mietstätten und damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zurückzuführen.

Prüfungsergebnis

Aufgrund § 8 Abs. 2 der StNüS wurde die Jahresrechnung zum 31.08.2008 durch Rpr geprüft. Das Prüfungsergebnis wurde im „Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung zum 31. August 2008 der Stiftung Staatstheater Nürnberg“ vom 19.03.2009 dokumentiert.

Nach dem zusammengefassten Prüfungsergebnis des Rpr

- entspricht die Buchführung und die Jahresrechnung zum 31.08.2008 den Rechtsvorschriften,
- vermittelt die Jahresrechnung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung Staatstheater Nürnberg,
- steht der Lagebericht im Einklang mit der Jahresrechnung und spiegelt insgesamt die Lage der Stiftung Staatstheater Nürnberg zutreffend wider,
- ergaben sich im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Frage gestellt werden müsste.

Der Stiftungsrat hat in der Stiftungsratssitzung am 28.04.2009 die Jahresrechnung zum 31.08.2008 gemäß § 6 Abs.1 Nr. 5 der Stiftungssatzung festgestellt und gemäß § 6 Abs.1 Nr. 6 die Entlastung des Stiftungsvorstandes beschlossen. Das Jahresergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Opernball – Begleitende Prüfung

Ergänzend zu der Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftung Staatstheater Nürnberg wurden durch Rpr die Steuerbilanzen für den Betrieb gewerblicher Art (AO) der Opernbälle 2005 bis 2007 unter betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Aspekten begleitend geprüft.

Der jährlich im September stattfindende Opernball „Albrecht Dürer“ der Stadt Nürnberg wird von der Stiftung Staatstheater Nürnberg organisiert. Er steht jeweils unter einem neuen Motto.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen des BgA Opernball 2005 bis 2007.

Opernball Bilanz zum	**2005 31.08.2006 EUR**	**2006 31.08.2007 EUR**	**2007 31.08.2008 EUR**
Anlagevermögen	408.710,00	417.854,00	285.839,00
Eigenkapital	334.521,70	282.095,89	190.894,10
Verbindlichkeiten	74.188,30	135.758,11	94.944,90
Bilanzsumme	408.710,00	417.854,00	285.839,00
Gewinn- und Verlustrechnung	2006 EUR	2007 EUR	2008 EUR
Umsatzerlöse	514.662,07	431.975,86	480.607,56
Personalaufwand	256.250,61	237.319,67	226.171,24
Abschreibungen	121.721,36	153.915,82	159.447,65
sonstige betriebliche Aufwendungen	161.514,67	150.678,06	149.185,22
Jahresergebnis	53.911,43	- 52.425,81	- 91.201,79

Hauptsächlich erfolgt die Finanzierung des Opernballs durch die Eintrittsgelder sowie in nicht unwesentlichem Umfang durch Sponsoring und sonstige Entgelte.

Demgegenüber stehen im Wesentlichen Personalaufwendungen, sonstige betriebliche Aufwendungen in Form von Mieten und Umbauarbeiten sowie Abschreibungen auf aktiviertes Anlagevermögen.

Aufgrund der verhältnismäßig hohen Anschaffungen in den ersten Jahren (zuletzt im Rahmen des Opernballs 2006) ist das Jahresergebnis mit hohem Abschreibungsaufwand belastet. Ab dem Geschäftsjahr 2009 ist eine deutliche Reduzierung des Abschreibungsaufwandes zu erwarten, so dass allein deshalb, unter sonst gleichen Bedingungen, eine positive Ergebnisentwicklung zu erwarten ist. Daneben wird der Opernball als eine wichtige PR-Maßnahme für das Dreispartenhaus Staatstheater angesehen.

7 ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR KORRUPTIONSPRÄVENTION

Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention

Bei der Stadt besitzt die Korruptionsprävention seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. Die Stadt hat Anfang 2001, neben den bereits in der Vergangenheit installierten organisatorischen Maßnahmen (u. a. im Vergabewesen), beim Rechnungsprüfungsamt eine Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention eingerichtet.

Ihre Aufgaben sind vor allem:

- Beratungs- und Aufklärungsarbeit
- Unterstützung bei der Ausarbeitung dienststelleninterner Präventionsmaßnahmen und Kontrollmechanismen
- Entgegennahme und Überprüfung von Hinweisen (auch anonymen)

Ergebnisse in der Korruptionsbekämpfung

Es wäre zu einfach, erfolgreiche Korruptionsarbeit an Hand von Zahlen zu beurteilen. Sicherlich gehen bei der Zentralen Anlaufstelle verschiedene anonyme Schreiben und auf der „Hotline“ anonyme Hinweise auf mögliches, korruptives Verhalten bei der Stadt ein. Die Mehrzahl der überprüften Vorwürfe über korruptives Verhalten ist in der Regel nicht haltbar. Häufig sind Bürger mit Verwaltungsentscheidungen der Stadt nicht zufrieden, bzw. Verwaltungshandlungen sind auf Anhieb für sie nicht nachvollziehbar. Bei „offenen“ Hinweisen konnten mit den Beschwerdeführern bestimmte Verwaltungsentscheidungen nachvollziehbar geklärt werden. Manchmal konnten aber auch nach nochmaliger Überprüfung für Beschwerdeführer positive Ergebnisse erzielt werden.

Die Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention sieht sich deshalb auch als Einrichtung, die versucht, Bürgern im konkreten Fall zu helfen. Den Einzelfällen rechtswidrigen Handelns städtischer Bediensteter wird durch die Verantwortlichen bei der Stadt insgesamt und die Ermittlungsbehörden konsequent nachgegangen wird.

Zusammenarbeit mit der Polizei

Seit Jahren arbeitet die Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention mit der Kriminalpolizei erfolgreich zusammen. In einer 2002 gegründeten Arbeitsgruppe, in der der Personal- und Organisationsreferent den Vorsitz führt, werden die Präventionsarbeit optimiert und Prüfungen und Ermittlungen bei konkreten Verdachtsmomenten zielführend abgestimmt. Außerdem werden Beschäftigte der Stadt Nürnberg in Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei über ein ordnungsgemäßes Verhalten in der öffentlichen Verwaltung und den Gefahren der Korruption unterrichtet.

Öffentlichkeitsarbeit

Verschiedene Publikationen in Medien haben den Bekanntheitsgrad der Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention erhöht, zudem Auftritte im städtischen Intranet unter „Beauftragte“ sowie im online-Portal „Schlüssel zum Rathaus“.

8 ZUSAMMENGEFASSTES PRÜFUNGSERGEBNIS

Wie seit Umstellung auf die Doppik praktiziert, werden zum Jahresabschluss 2008 der Stadt Nürnberg zwei Sachverständigenberichte vom Rechnungsprüfungsamt – als Sachverständiger für den Rechnungsprüfungsausschuss – erstellt. Der vorliegende Sachverständigenbericht I beinhaltet im Wesentlichen die Prüfungen in städtischen Dienststellen, Unternehmen und die Auftragsprüfungen: Die Ergebnisse der wegen der umfangreichen Prüfungsgebiete nur in Stichproben möglichen Prüfungen spiegeln wiederum eine insgesamt ordnungsgemäße Wirtschaftsführung wider. Mit einem Jahresüberschuss von 3,4 Mio. EUR hat die Stadt 2008 nochmals ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht, mittlerweile aber bereits die 1 Mrd. EUR-Schuldenmarke überschritten. Zusammen mit den negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Stadthaushalt dürften weitere Konsolidierungen erforderlich werden.

Im April 2010 wird das Rechnungsprüfungsamt den Sachverständigenbericht II zur derzeit noch nicht abgeschlossenen Rpr-Prüfung des doppischen Jahresabschlusses 2008 der Stadt vorlegen. Die beiden Sachverständigenberichte bilden die Grundlage für die dann vorgesehene Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Feststellung und Entlastung im Stadtrat.

Die Prüfungen nach Art. 103, 106 und 107 GO der Wirtschaftsführung und Jahresabschlüsse 2008 des Regiebetriebs Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf, des Sondervermögens Klinikum sowie der Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb, NürnbergStift sowie Franken-Stadion Nürnberg sind vollständig durchgeführt worden und im vorliegenden Sachverständigenbericht insoweit abschließend enthalten. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt dem Stadtrat, diese Jahresabschlüsse nach Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss gem. Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Nürnberg, 30.11.2009
Rechnungsprüfungsamt

Seiferth
Leitender Verwaltungsdirektor

Anlage 1 Jahresabschluss 2008 von STEM

Bilanz 31.12.2008

Regiebetrieb STEM Herpersdorf

A k t i v a

	EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	528.710,53	528.710,53	587.459,18
II. Sachanlagevermögen			
1. Bebaute Grundstücke	5.870.414,28		5.863.733,03
2. Verkehrsanlagen	881.287,42		753.143,80
3. Grünanlagen	310.067,53		310.933,35
4. Spielplatz	109.623,73		123.326,70
5. Kindergarten	814.279,40		828.951,10
6. Anlagen im Bau	869.549,29	8.855.221,65	853.960,62
B. Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	7.796.811,27	7.796.811,27	7.984.876,71
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. aus Lieferungen und Leistungen	465,11		1.310.117,10
2. Forderungen an die Stadt Nürnberg	3.775.544,68		2.985.255,42
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	3.776.009,79	0,00
III. Guthaben bei Kreditinstituten	2.376,44	2.376,44	2.352.433,02
		20.959.129,68	23.954.190,03

Bilanz 31.12.2008

Regiebetrieb STEM Herpersdorf

P a s s i v a

		EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A.	**Eigenkapital**			
I.	**Stammkapital**		0,00	0,00
II.	**Rücklagen**			
1.	Allgemeine Rücklage	2.000.000,00		1.000.000,00
2.	Sonderrücklage	1.230.576,68	3.230.576,68	1.230.576,68
III.	**Gewinn/Verlust**			
1.	Vortrag aus Vorjahren	973.439,01		13.585,62
2.	Jahresverlust 2008	-311.873,65	661.565,36	959.853,39
B.	**Rückstellungen**			
1.	Sonstige Rückstellungen	40.500,00	40.500,00	14.000,00
C.	**Verbindlichkeiten**			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.976.000,00		18.376.000,00
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.164,67		44.444,11
3.	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Nürnberg	13.984,62		1.205,33
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.338,35	17.026.487,64	2.314.524,90
			20.959.129,68	23.954.190,03

Gewinn- und Verlustrechnung 31.12.2008

	Euro	Euro	2008 Euro	2007 Euro
1. Umsatzerlöse				
a) Einnahmen aus Verkauf von Grundstücken	1.121.502,93			4.058.059,00
b) Ertrag aus Nachvermessung	0,00			0,00
c) Rückerstattung wg. Mindervermessung	-4.240,00	1.117.262,93		0,00
2. sonstige betriebliche Erträge		106.166,10		113.565,00
mit Auflösung von Rückstellungen				
davon Auflösung Sonderrücklagen und empfangene Ertragszuschüsse		0,00		0,00
Summe Erlöse			**1.223.429,03**	**4.171.624,00**
3. Materialaufwand				
a) Verminderung Grundstücksbestand		-503.668,18		-1.779.373,82
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-143,46		0,00
c) Sonstiger Materialaufwand		0,00		0,00
4. Personalaufwand		0,00		0,00
5. Abschreibungen				
a) Abschreibungen auf Anlagevermögen		-112.643,76		-101.701,29
b) Auflösung immaterielle Wirtschaftsgüter		-57.729,87		-189.717,30
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-276.773,17		-460.808,03
Summe Aufwendungen			**-950.958,44**	**-2.531.600,44**
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			**167.796,26**	**146.218,82**
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			**-746.781,13**	**-816.834,03**
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			**-306.514,28**	**969.408,35**
10. Sonstige Steuern			**-5.359,37**	**-9.554,96**
11. Jahresgewinn/Jahresverlust			**-311.873,65**	**959.853,39**

ANLAGENSPIEGEL

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellkosten					Abschreibungen							Kennzahlen	
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen 1)	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Abschreibungen auf die Spalte 4 - Abgänge	Abschreibungen auf die Spalte 5 - Umbuchungen	Endstand	Restbuchwert am Ende des Wirtschafts-jahres 2)	Restbuchwerte am Ende des vorher-gegangenen Wirtschaftsjahres	Durch-schnittlicher Abschrei-bungssatz 3)	Durch-schnittlicher Restbuchwert 4)
	01.01.2008	+	-	+/-	31.12.2008	01.01.2008	+	-	+/-	31.12.2008	31.12.2008	31.12.2007		
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	589.496,74		57.729,87		531.766,87	2.037,56	1.018,78	0,00	0,00	3.056,34	528.710,53	587.459,18	0,19	99,43
SUMME I. Immaterielle Werte	589.496,74	0,00	57.729,87	0,00	531.766,87	2.037,56	1.018,78	0,00	0,00	3.056,34	528.710,53	587.459,18	0,19	99,43
II. Sachanlagen														
1. Bebaute Grundstücke	5.863.733,03	6.681,25			5.870.414,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.870.414,28	5.863.733,03	0,00	100,00
2. Grünanlagen	511.863,89	37.892,63			549.756,52	200.930,54	38.758,45	0,00	0,00	239.688,99	310.067,53	310.933,35	7,05	56,40
3. Spielplatz	204.792,04				204.792,04	81.465,34	13.702,97	0,00	0,00	95.168,31	109.623,73	123.326,70	6,69	53,53
4. Verkehrsanlagen	913.114,27			172.635,48	1.085.749,75	159.970,47	44.491,86	0,00	0,00	204.462,33	881.287,42	753.143,80	4,10	81,17
5. Kindergarten	863.042,04				863.042,04	34.090,94	14.671,70	0,00	0,00	48.762,64	814.279,40	828.951,10	1,70	94,35
6. Anlagen im Bau	853.960,62	188.224,15		-172.635,48	869.549,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	869.549,29	853.960,62	0,00	0,00
SUMME II. Sachanlagen	9.210.505,89	232.798,03	0,00	0,00	9.443.303,92	476.457,29	111.624,98	0,00	0,00	588.082,27	8.855.221,65	8.734.048,60	1,18	93,77
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	9.800.002,63	232.798,03	57.729,87	0,00	9.975.070,79	478.494,85	112.643,76	0,00	0,00	591.138,61	9.383.932,18	9.321.507,78	1,13	94,07

1) Umbuchungen von einer Zeile in die andere
2) Spalte 6 ./. Spalte 11
3) (Spalte 8 x 100) : Spalte 6
4) (Spalte 12 x 100) : Spalte 6

Anlage 2 Jahresabschluss 2008 von Kh/Sondervermögen

1. Bilanz zum 31.12.2008

Klinikum Nürnberg
Sondervermögen (SV)

A K T I V A

	31.12.2008		31.12.2007
	€	€	€
A. Anlagevermögen:			
I. Sachanlagen:			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	256.411.099,11		263.790.564,11
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	1.361.112,14		1.401.600,14
3. technische Anlagen	35.770.952,00		41.790.477,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21.822.563,12		17.960.891,24
		315.365.726,37	**324.943.532,49**
B. Umlaufvermögen:			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:			
1. Forderungen an Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger,	143.391.155,31		138.133.083,49
2. Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 31.12.2008 22.319.408,00 € (31.12.2007 31.176.408,00 €)	22.319.408,00		31.176.408,00
		165.710.563,31	**169.309.491,49**
C. Ausgleichsposten nach dem KHG:			
1. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	3.232.918,30		2.979.523,30
2. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	16.899.449,43		16.871.420,43
		20.132.367,73	**19.850.943,73**
		501.208.657,41	**514.103.967,71**

Bilanz zum 31.12.2008

Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

P A S S I V A

	31.12.2008		31.12.2007
	€	€	€
A. Eigenkapital:			
1. Gezeichnetes/festgesetztes Kapital	28.406.655,63		28.406.655,63
2. Kapitalrücklagen	19.882.609,06		20.095.756,98
3. Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)	-105.301,73		0,00
		48.183.962,96	**48.502.412,61**
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens :			
1. Sonderposten aus Fördermittel nach dem KHG	282.098.083,43		280.097.594,10
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	197.746,00		210.422,00
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	1.575.403,00		1.708.951,38
		283.871.232,43	**282.016.967,48**
C. Verbindlichkeiten:			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Krankenhausträger,	154.623.571,66		152.285.328,28
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 31.12.2008 154.505.975,95 € (31.12.2007 152.285.328,28 €)			
2. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	14.529.890,36		31.299.259,34
		169.153.462,02	**183.584.587,62**
		501.208.657,41	**514.103.967,71**

2. Gewinn- und Verlustrechnung 2008

Klinikum Nürnberg
Sondervermögen (SV)

	2008		2007
	€	€	€
1. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	0,00		12.700.000,00
davon Fördermittel nach dem KHG 2008 0,00 € (2007 12.700.00,00 €)			
2. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	281.424,00		290.080,00
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	17.345.502,51		31.865.304,71
4. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.340.837,08		19.219.179,82
5. Aufwendungen für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	2.451.912,49		13.626.950,06
		12.834.176,94	12.009.254,83
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	13.396.774,62		13.612.833,99
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	155.851,97		7.001,00
		13.552.626,59	13.619.834,99
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**-718.449,65**	**-1.610.580,16**
9. Jahresfehlbetrag		-718.449,65	-1.610.580,16
10. Entnahme aus der Kapitalrücklage		613.147,92	1.610.580,16
11. Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)		**-105.301,73**	**0,00**

Klinikum Nürnberg
Sondervermögen (SV)

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2008

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte						Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte Stand 31.12.2008
	Anfangsstand 01.01.2008 €	Zugang €	Zuschreibung €	Umbuchungen €	Abgang €	Endstand 31.12.2008 €	Anfangsstand 01.01.2008 €	Abschreibungen d. Geschäftsjahres €	Umbuchungen €	Zuschreibungen d.Geschäftsjahres €	Entnahmen für Abgänge €	Endstand 31.12.2008 €	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
A I Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	362.611.208,39	104.887,73		242.026,62	1.004.667,10	361.953.455,64	98.820.644,28	7.270.908,55			549.196,30	105.542.356,53	256.411.099,11
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten, einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	2.106.824,98					2.106.824,98	705.224,84	40.488,00				745.712,84	1.361.112,14
3. technische Anlagen	115.020.706,02	8.379,63		67.661,41	1.518.251,02	113.578.496,04	73.230.229,02	6.085.378,07			1.508.063,05	77.807.544,04	35.770.952,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.960.891,24	4.171.359,91		-309.688,03		21.822.563,12							21.822.563,12
Summen:	497.699.630,63	4.284.627,27			2.522.918,12	499.461.339,78	172.756.098,14	13.396.774,62			2.057.259,35	184.095.613,41	315.365.726,37

Anlage 3 Jahresabschluss 2008 von SUN

Bilanz zum 31.12.2008

A k t i v a	**EUR**	**31.12.2008 EUR**	**31.12.2007 TEUR**
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		**1.061.717,00**	**993**
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	66.569.291,07		68.020
2. Unbebaute Grundstücke	606.941,17		607
3. Abwasserreinigungsanlagen	84.867.266,00		97.436
4. Abwassersammlungsanlagen	427.112.068,00		433.646
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	2.699.889,00		3.168
6. Fahrzeuge	1.535.163,00		1.522
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.779.594,00		2.101
8. Anlagen im Bau	25.221.404,77		16.082
		610.391.617,01	**622.582**
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-,Hilfs-und Betriebsstoffe		**3.141.475,42**	**3.114**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. aus Lieferungen und Leistungen	1.237.978,52		1.593
-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	*486,27*		*3*
2. an die Stadt Nürnberg	394.426,76		1.171
-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	*0,00*		*0*
3. sonstige Vermögensgegenstände	849.681,83		400
-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	*0,00*		*0*
		2.482.087,11	**3.164**
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		**251.455,80**	**704**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**148.380,00**	**200**
		617.476.732,34	**630.757**

Bilanz zum 31.12.2008

Passiva	EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		**0,00**	**0**
II. Rücklagen		**41.429.598,57**	**41.786**
1. Gewinnrücklage	18.003.532,57		16.679
2. Sonderrücklage	23.426.066,00		25.107
III. Gewinn-/Verlustvortrag		**0,00**	**0**
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		**1.746.102,39**	**1.324**
B. Empfangene Ertragszuschüsse		**97.906.896,00**	**99.559**
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	15.916.212,00		14.466
2. Sonstige Rückstellungen	31.164.958,86		34.211
		47.081.170,86	**48.677**
D. Verbindlichkeiten			
1. gegenüber Kreditinstituten	421.309.220,39		428.925
2. aus Lieferungen und Leistungen	5.196.442,46		4.081
3. gegenüber der Stadt	2.332.662,49		5.731
4. sonstige Verbindlichkeiten	474.639,18		674
- davon aus			
Steuern	*155.011,59*		*146*
im Rahmen der sozialen Sicherheit	*0,00*		*0*
		429.312.964,52	**439.411**
		617.476.732,34	**630.757**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2008

	2007 TEUR		2008 EUR
1. Umsatzerlöse	89.212		88.575.627,57
2. andere aktivierte Eigenleistungen	2.583		2.601.341,67
3. sonstige betriebliche Erträge davon Auflösungen Sonderrücklagen und empfangene Ertragszuschüsse: 7.919.867,25 EUR	13.287		13.160.994,09
Summe Erlöse	**105.082**		**104.337.963,33**
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-8.247	-8.542.808,83	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-17.576	-15.403.356,59	
	-25.823		-23.946.165,42
5. Personalaufwand:			
a) Löhne und Gehälter	-14.344	-14.984.251,94	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-6.561	-7.694.428,83	
davon für die Altersversorgung: 4.781.932,64 EUR (Vj. 3.732 TEUR)	-20.905		-22.678.680,77
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-31.737		-30.896.815,32
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.437		-7.902.167,10
Summe Aufwendungen	**-86.902**		**-85.423.828,61**
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**1.938**		**1.405.004,08**
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**-18.786**		**-18.567.373,77**
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.332**		**1.751.765,03**
11. sonstige Steuern	**-8**		**-5.662,64**
12. Jahresüberschuss	**1.324**		**1.746.102,39**

Jahresabschluss 2008

Stadtentwässerung und Umweltanalytik

Nürnberg

ANLAGENSPIEGEL

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres 1)	Restbuchwerte am Ende des vorangegang. Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Abschreibungen auf die Spalte 4 - Abgänge	Abschreibungen auf die Spalte 5 - Umbuchungen	Endstand			Durchschnittlicher Abschreibungssatz 2)	Durchschnittlicher Restbuchwert 3)
	01.01.2008	+	-	+ / -	31.12.2008	01.01.2008	+	-	+ / -	31.12.2008	31.12.2008	01.01.2008		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände														
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.117.628,73	266.872,94	91.098,75	+ 49.807,93	5.343.210,85	4.124.668,73	247.923,87	91.098,75		4.281.493,85	1.061.717,00	992.960,00	4,64	19,87
II. Sachanlagen	0,00				0,00									
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	112.724.554,84	64.598,21	523.857,97	+ 1.049.829,04	113.315.124,12	44.704.257,77	2.442.585,25	401.009,97		46.745.833,05	66.569.291,07	68.020.297,07	2,16	58,75
2. unbebaute Grundstücke	606.796,57	144,60			606.941,17	0,00				0,00	606.941,17	606.796,57	0,00	100,00
3. Abwasserreinigungsanlagen	355.335.383,57	30.000,00	348.187,23	+ 865.514,49	355.882.710,83	257.899.329,57	13.615.997,49	348.187,23	45.756,84	271.212.896,67	84.669.814,16	97.436.054,00	3,83	23,79
4. Abwassersammlungs-anlagen	654.755.149,20	1.797.744,24	38.258,97	+ 4.778.446,72	661.293.081,19	221.109.264,20	13.107.974,96	36.225,97		234.181.013,19	427.112.068,00	433.645.885,00	1,98	64,59
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	6.654.540,24	27.652,38			6.682.192,62	3.486.806,24	495.497,38			3.982.303,62	2.699.889,00	3.167.734,00	7,42	40,40
6. Fahrzeuge	4.567.789,56	304.178,60	254.859,32		4.617.108,84	3.045.909,56	290.895,60	254.859,32		3.081.945,84	1.535.163,00	1.521.880,00	6,30	33,25
7. Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	12.675.888,55	519.204,67	225.630,16	8.411,10	12.977.874,16	10.575.337,55	695.940,77	224.693,16	-45.756,84	11.000.828,32	1.977.045,84	2.100.551,00	5,36	15,23
8. Anlagen im Bau	16.082.382,12	20.023.605,28	4.132.573,35	-6.752.009,28	25.221.404,77	0,00				0,00	25.221.404,77	16.082.382,12	0,00	100,00
Summe Sachanlagen	1.163.402.484,65	22.767.127,98	5.523.367,00	-49.807,93	1.180.596.437,70	540.820.904,89	30.648.891,45	1.264.975,65	0,00	570.204.820,69	610.391.617,01	622.581.579,76	2,60	51,70
Gesamtsumme	1.168.520.113,38	23.034.000,92	5.614.465,75	0,00	1.185.939.648,55	544.945.573,62	30.896.815,32	1.356.074,40	0,00	574.486.314,54	611.453.334,01	623.574.539,76	2,61	51,56

Anlage 4 Jahresabschluss 2008 von ASN

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - ASN -

Bilanz per 31. Dezember 2008

AKTIVA	EURO	31.12.2008 EURO	31.12.2007 TEURO
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		352.046,04	275
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	47.429.806,67		49.311
2. Betriebsanlagen	139.079.088,14		147.913
3. Tiefbauten	7.508.095,63		7.893
4. Maschinen	38.468,22		45
5. Fahrzeuge	5.961.078,17		5.526
6. Betrieb- und Geschäftsausstattung	1.538.309,40		1.655
7. Geleistete Anzahlung u. Anlagen im Bau	156,00		1
		201.555.002,23	212.344
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebstoffe	447.733,68		461
2. Unfertige Leistungen	0,00		44
3. Waren	243.806,42		178
		691.540,10	683
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.979.093,90		4.597
2. Forderungen an die Stadt Nürnberg	11.880.272,27		24.275
3. Sonstige Vermögensgegenstände	49.028,12		91
		15.908.394,29	28.963
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		849.684,64	858
SUMME AKTIVA		**219.356.667,30**	**243.123**

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - ASN -

Bilanz per 31. Dezember 2008

PASSIVA	EURO	31.12.2008 EURO	31.12.2007 TEURO
A. Eigenkapital		**0,00**	**0**
I. Allgemeine Rücklage		**3.000.000,00**	**3.000**
II. Gewinn/Verlust			
Gewinn (+) / Verlust (-) des Vorjahres	**7.426.505,46**		**-208**
Jahresgewinn	**2.616.442,49**		**7.635**
		10.042.947,95	**7.427**
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	**737.394,00**		**575**
2. Steuerrückstellungen	**350.000,00**		**350**
3. Sonstige Rückstellungen	**42.985.847,17**		**35.631**
		44.073.241,17	**36.556**
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**111.107.669,85**		**142.788**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 29.401.833,50 EURO (Vorjahr 39.617 TEURO)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**3.281.117,45**		**4.910**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 3.281.117,45 EURO (Vorjahr 4.910 TEURO)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Nürnberg	**46.375.386,51**		**47.087**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 1.558.768,61 EURO (Vorjahr 1.358 TEURO)			
4. Sonstige Verbindlichkeiten	**1.476.304,37**		**1.355**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 1.476.304,37 EURO (Vorjahr 1.356 TEURO)			
davon aus Steuern 1.343.632,02 EURO (Vorjahr 1.340 TEURO)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 EURO (Vorjahr 0 TEURO)			
		162.240.478,18	**196.140**
SUMME PASSIVA		**219.356.667,30**	**243.123**

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - ASN -

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 2008

		EUR	2008 EURO	2007 TEURO
1.	**Umsatzerlöse**		**99.874.238,53**	**100.217**
2.	**Verminderung bzw. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen**		**-44.337,81**	**15**
3.	**Sonstige betriebliche Erträge**		**1.431.506,20**	**637**
4.	**Materialaufwand**			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	10.967.013,40		
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	25.453.114,26	**36.420.127,66**	**31.997**
5.	**Personalaufwand**			
	a) Löhne und Gehälter	22.832.204,64		
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.584.945,35		
	- davon für Altersversorgung 5.129.473,80 EURO (VJ. 5.139.635,85 EURO)		**32.417.149,99**	**31.424**
6.	**Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen**		**14.707.600,30**	**14.668**
7.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**		**7.236.060,86**	**6.871**
8.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**		**421.077,63**	**769**
9.	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**		**8.518.116,97**	**8.915**
10.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**		**2.383.428,77**	**7.763**
11.	**Sonstige Steuern**		**-233.013,72**	**128**
12.	**Jahresgewinn**		**2.616.442,49**	**7.635**

Nachrichtlich:
Der Jahresgewinn i.H. v. EURO 2.616.442,49 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - ASN -

ANLAGENNACHWEIS per 31.12.2008

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwert		Kennzahlen	
	Anfangsstand EURO	Zugang *) EURO	Abgang EURO	Umbuchung EURO	Endstand EURO	Anfangsstand EURO	im Geschäftjahr EURO	auf Abgang ./. EURO	auf Umbuchungen EURO	Endstand EURO	Ende Geschäftsjahr EURO	Ende Vorjahr EURO	Durchschnitt-licher Afa-Satz v.H.	Durchschnitt-licher RBW v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Immaterielle Gegenstände														
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	699.812,20	0,00	0,00	0,00	699.812,20	429.197,41	67.091,88	0,00	0,00	496.289,29	203.522,91	270.614,79	9,6	29,1
2. Anzahlungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter	3.886,00	144.637,13	0,00	0,00	148.523,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	148.523,13	3.886,00	0,0	100,0
SUMME I. Immaterielle Gegenstände	703.698,20	144.637,13	0,00	0,00	848.335,33	429.197,41	67.091,88	0,00	0,00	496.289,29	352.046,04	274.500,79	7,9	41,5
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte m. Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	63.011.088,67	364.762,00	0,00	0,00	63.375.850,67	13.699.725,50	2.246.318,50	0,00		15.948.044,00	47.429.806,67	49.311.363,17	3,5	74,8
2. Betriebsanlagen	254.231.995,99	1.241.242,08	0,00	208,00	255.473.446,07	106.318.683,71	10.075.674,22	0,00	0,00	116.394.357,93	139.079.088,14	147.913.312,28	3,9	54,4
3. Tiefbauten	10.748.587,19	102.751,69	0,00	0,00	10.851.338,88	2.855.646,49	487.596,76	0,00	0,00	3.343.243,25	7.508.095,63	7.892.940,70	4,5	69,2
4. Maschinen	145.321,55	1.263,96	2.606,57	0,00	143.978,94	100.358,69	7.758,60	2.606,57	0,00	105.510,72	38.468,22	44.962,86	5,4	26,7
5. Fahrzeuge	22.481.589,31	1.990.875,02	2.500.110,23	0,00	21.972.354,10	16.955.732,73	1.547.173,23	2.491.630,03	0,00	16.011.275,93	5.961.078,17	5.525.856,58	7,0	27,1
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.598.945,29	161.647,47	90.252,01	0,00	6.670.340,75	4.944.160,19	275.987,11	88.115,95	0,00	5.132.031,35	1.538.309,40	1.654.785,10	4,1	23,1
7. Anlagen im Bau	364,00	0,00	0,00	-208,00	156,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	156,00	364,00	-	-
SUMME II. SACHANLAGEN	357.217.892,00	3.862.542,22	2.592.968,81	0,00	358.487.465,41	144.874.307,31	14.640.508,42	2.582.352,55	0,00	156.932.463,18	201.555.002,23	212.343.584,69	4,1	56,2
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	357.921.590,20	4.007.179,35	2.592.968,81	0,00	359.335.800,74	145.303.504,72	14.707.600,30	2.582.352,55	0,00	157.428.752,47	201.907.048,27	212.618.085,48	4,1	56,2

*) darin enthalten Korrektur Vorsteuerabzug Müllverbrennungsanlage -542.747,72 €

Anlage 5 Jahresabschluss 2008 von NüSt

	31.12.2008 EUR		Vorjahr EUR	
AKTIVSEITE				
A. Anlagevermögen:				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		18.078,00		4.471,00
II. Sachanlagen:				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	32.300.840,33		21.268.618,33	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	798,67		798,67	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00		0,00	
4. Technische Anlagen	178.350,00		175.943,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	1.205.660,02		473.628,02	
6. Fahrzeuge	88.640,00		101.758,00	
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.195.496,90	34.969.785,92	7.957.623,66	29.978.369,68
B. Umlaufvermögen:				
I. Vorräte:				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	103.958,67		104.855,18	
2. Unfertige Leistungen	21.349,83	125.308,50	18.961,77	123.816,95
II. Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände:				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen,	1.482.109,60		1.094.355,53	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderung an Träger der Einrichtung,	2.654.354,65		2.258.706,59	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen aus öffentlicher Förderung,	0,00		25.000,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände,	236.191,52		116.788,79	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)	4.372.655,77	(0,00)	3.494.850,91
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		9.126.558,04		14.052.828,49
C. Rechnungsabgrenzungsposten		34.554,07		30.663,74
Summe **AKTIVSEITE**		**48.646.940,30**		**47.685.000,77**

Sachverständigenbericht I zum Jahresabschluss 2008

Anlage 5, Blatt 2

	31.12.2008 EUR		Vorjahr EUR	
PASSIVSEITE				
A. Eigenkapital:				
1. Stammkapital	620.000,00		620.000,00	
2. Kapitalrücklagen	18.935.513,83		18.435.513,83	
3. Gewinnrücklagen	0,00		0,00	
4. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	741.382,51		338.520,89	
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	47.153,90	20.344.050,24	402.861,62	19.796.896,34
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens:				
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	1.264.618,00		1.316.048,00	
2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	2.661.279,08	3.925.897,08	2.761.528,08	4.077.576,08
C. Rückstellungen		10.784.153,87		10.762.819,72
D. Verbindlichkeiten:				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,	455.237,25		979.307,81	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(431.508,91)		(971.249,66)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,	11.067.748,05		11.016.749,71	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(377.241,17)		(312.837,40)	
3. Erhaltene Anzahlungen,	122.893,79		102.186,51	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(122.893,79)		(102.186,51)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung,	115.257,42		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(115.257,42)		(0,00)	
5. Verbindlichkeiten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen,	0,00		100.000,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(100.000,00)	
6. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung	727.416,20		293.339,77	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(727.416,20)		(293.339,77)	
7. Sonstige Verbindlichkeiten,	451.417,52		369.653,21	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(451.417,52)		(369.653,21)	
8. Verwahrgeldkonto	170.131,60		160.263,31	
9. Umsatzsteuer	21.688,34	13.131.790,17	25.314,75	13.046.815,07
E. Rechnungsabgrenzungsposten		461.048,94		893,56
Summe **PASSIVSEITE**		**48.646.940,30**		**47.685.000,77**

Gewinn- und Verlustrechnung für den Eigenbetrieb NürnbergStift	**2008** EUR		**Vorjahr** EUR	
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG und sonstigen Leistungen außerhalb des PflegeVG	16.337.900,62		16.554.407,55	
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.220.119,47		4.358.753,08	
3. Erträge aus Zusatzleistungen nach PflegeVG	79.149,28		135.118,50	
4. Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten	2.370.773,84		2.338.598,08	
5. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	111.884,59		269.073,74	
6. Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	2.388,06		7.252,93	
7. Sonstige betriebliche Erträge	3.644.736,02	26.766.951,88	3.950.829,64	27.614.033,52
8. Personalaufwand:				
a) Löhne und Gehälter	12.698.253,31		12.613.377,60	
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	4.618.738,13		4.528.577,60	
9. Materialaufwand:				
a) Lebensmittel	55.427,51		54.101,19	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	1.394.985,67		1.243.698,20	
c) Wirtschafts-/Verwaltungs-/Betreuungs-/Med.-therap. Bedarf	5.283.040,09		5.162.233,47	
10. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	911.132,94		800.404,30	
11. Steuern, Abgaben, Versicherungen	303.462,39		337.769,66	
12. Mieten, Pacht, Leasing	26.267,72	25.291.307,76	227.919,63	24.968.081,65
Zwischenergebnis		**1.475.644,12**		**2.645.951,87**
13. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	406.113,28		5.775,22	
14. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	273.200,22		180.533,69	
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten	516.404,35		250.899,04	
16. Abschreibungen:				
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Sachanlagen	1.367.119,67		985.723,91	
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.016,00		26.498,52	
17. Aufwendungen für Instandhaltung und Instand-setzung	1.901.935,50		2.023.679,79	
18. Sonstige ordentliche Aufwendungen	113.605,20	-3.230.767,22	51.567,47	-3.152.059,82
Zwischenergebnis		**-1.755.123,10**		**-506.107,95**
19. Zinsen und ähnliche Erträge	662.878,88		743.056,81	
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	266.210,48	396.668,40	270.744,33	472.312,48
21. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**-1.358.454,70**		**-33.795,47**
22. Außerordentliche Erträge	278.053,18		367.774,43	
23. Außerordentliche Aufwendungen	27.600,27		68.204,51	
24. Weitere Erträge	1.155.155,69	1.405.608,60	137.087,17	436.657,09
25. Außerordentliches Ergebnis		**1.405.608,60**		**436.657,09**
26. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		**47.153,90**		**402.861,62**
nachrichtlich				
Verwendung des Jahresüberschusses:				
Auf neue Rechnung vorzutragen		47.153,90		402.861,62
Behandlung des Jahresfehlbetrages:				
Auf neue Rechnung vorzutragen		0,00		0,00

Anlagennachweis für den "Eigenbetrieb NürnbergStift" (NüSt) zum 31.12.2008

Bilanzposten	Entwicklung der **Anschaffungswerte**					Entwicklung der **Abschreibungen**						Restbuchwerte
A. Anlagevermögen	Anfangs-bestand	Zugang	Um-buchungen	Abgang	Endstand	Anfangs-bestand	Abschreibungen des Geschäfts-jahres	Um-buchungen	Zuschreibungen des Geschäfts-jahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand: 31.12.2008)
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände	**527.476,87**	**17.165,36**		**170,99**	**544.471,24**	**523.005,87**	**3.558,36**			**170,99**	**526.393,24**	**18.078,00**
II. Sachanlagen:												
1.1. Grundstücke und grund-stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	37.475.615,83	4.544.323,25	7.544.595,54		49.564.534,62	16.206.997,50	1.056.696,79				17.263.694,29	32.300.840,33
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	36.859.471,50	4.544.323,25	7.544.595,54		48.948.390,29	16.206.997,50	1.056.696,79				17.263.694,29	31.684.696,00
2. Grundstücke und grund-stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	51.155,41				51.155,41	50.356,74					50.356,74	798,67
3. Grundstücke und grund-stücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00				0,00	0,00					0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	1.720.547,70		45.338,24		1.765.885,94	1.544.604,70	42.931,24				1.587.535,94	178.350,00
4.2. darunter: in Betriebs-bauten und in Außen-anlagen	1.720.547,70		45.338,24		1.765.885,94	1.544.604,70	42.931,24				1.587.535,94	178.350,00
5.1. Einrichtungen und Aus-stattungen ohne Fahrzeuge	6.504.366,08	776.881,39	204.458,12	188.184,57	7.297.521,02	6.030.738,06	249.307,51			188.184,57	6.091.861,00	1.205.660,02
5.2. darunter: in Betriebs-bauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	6.060.343,11	776.881,39	204.458,12	188.184,57	6.853.498,05	6.030.738,06	249.307,51			188.184,57	6.091.861,00	761.637,05
6. Fahrzeuge	209.716,50	1.507,77			211.224,27	107.958,50	14.625,77				122.584,27	88.640,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.957.623,66	1.032.265,14	-7.794.391,90		1.195.496,90	0,00					0,00	1.195.496,90
7.2. darunter: für Betriebs-bauten	7.957.623,66	1.032.265,14	-7.794.391,90		1.195.496,90	0,00					0,00	1.195.496,90
Zwischensumme II.	**53.919.025,18**	**6.354.977,55**	**0,00**	**188.184,57**	**60.085.818,16**	**23.940.655,50**	**1.363.561,31**	**0,00**	**0,00**	**188.184,57**	**25.116.032,24**	**34.969.785,92**
darunter: Summe der Posten 1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	52.807.702,47	6.354.977,55	0,00	188.184,57	58.974.495,45	23.890.298,76	1.363.561,31	0,00	0,00	188.184,57	25.065.675,50	33.908.819,95
III. Finanzanlagen	**0,00**				**0,00**	**0,00**					**0,00**	**0,00**
insgesamt	**54.446.502,05**	**6.372.142,91**	**0,00**	**188.355,56**	**60.630.289,40**	**24.463.661,37**	**1.367.119,67**	**0,00**	**0,00**	**188.355,56**	**25.642.425,48**	**34.987.863,92**

Anlage 6 Jahresabschluss 2008 von FSN

Frankenstadion Nürnberg
Eigenbetrieb der Stadt Nürnberg
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2008

A K T I V S E I T E

		31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A.	**ANLAGEVERMÖGEN**		
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	101,00	410,00
II.	**Sachanlagen**		
	1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	48.682.252,00	50.504.941,00
	2. Maschinen und maschinelle Anlagen	4.793.333,00	5.277.818,00
	3. Betriebs- und Geschäftsaustattung	2.388.157,00	2.759.929,00
		55.863.843,00	58.543.098,00
B.	**UMLAUFVERMÖGEN**		
I.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:EUR 0,00 (VJ: 0,00)	108.569,89	84.066,87
	2. sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:EUR 0,00 (VJ: 0,00)	0,00	47.928,76
		108.569,89	131.995,63
II.	**Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten**	359.214,61	194.547,62
		56.331.627,50	58.869.641,25

Frankenstadion Nürnberg
Eigenbetrieb der Stadt Nürnberg
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2008

P A S S I V S E I T E

		31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Stammkapital	0,00		0,00
II. Rücklagen	31.131.242,90		31.131.242,90
III. Verlustvortrag	(10.386.824,37)		(6.695.994,88)
IV. Jahresverlust	(2.862.618,71)		(3.690.829,49)
		17.881.799,82	20.744.418,53
B. RÜCKSTELLUNGEN			
sonstige Rückstellungen		76.040,00	51.840,00
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.241.399,37 (Vj: 34.550.538,92)	33.149.939,48		34.550.538,92
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00 (Vj: 302.087,01)	0,00		302.087,01
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 4.739.061,89 (Vj: 3.103.440,53)	4.739.061,89		3.103.440,53
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 484.786,31 (Vj: 117.316,26)	484.786,31		117.316,26
		38.373.787,68	38.073.382,72
		56.331.627,50	58.869.641,25

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2008 bis 31.12.2008

		2008 EUR	Vorjahr EUR
1.	Umsatzerlöse	1.831.230,73	2.352.867,57
2.	sonstige betriebliche Erträge	58.753,08	22.443,32
3.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	0,00	(150.018,79)
	b) soziale Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,00	(111.557,67)
		0,00	(261.576,46)
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(2.955.716,10)	(2.931.950,37)
5.	sonstige betriebliche Aufwendungen	(314.175,02)	(1.613.577,10)
6.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	207,30
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(1.482.711,40)	(1.259.243,75)
8.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**(2.862.618,71)**	**(3.690.829,49)**
9.	**Jahresverlust**	**(2.862.618,71)**	**(3.690.829,49)**

Frankenstadion Nürnberg
Eigenbetrieb der Stadt Nürnberg

Anlagespiegel 2008

	Stand am 01.01.2008	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	Stand am 31.12.2008	Stand am 01.01.2008	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	Stand am 31.12.2008	Restbuchwerte Stand am 31.12.2008	Restbuchwerte Stand am 31.12.2007
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	2.094,31	0	0	0	2.094,31	1.684,31	309	0	0	1.993,31	101	410
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	61.261.905,15	174.947,52	0	0	61.436.852,67	10.756.964,15	1.997.636,52	0	0	12.754.600,67	48.682.252,00	50.504.941,00
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	6.824.932,65	101.413,16	0	0	6.926.345,81	1.547.114,65	585.898,16	0	0	2.133.012,81	4.793.333,00	5.277.818,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.911.574,25	139,42	0	13.025,68	3.898.687,99	1.151.645,25	371.872,42	0	12.986,68	1.510.530,99	2.388.157,00	2.759.929,00
	71.998.412,05	276.500,10	0	13.025,68	72.261.886,47	13.455.724,05	2.955.407,10	0	12.986,68	16.398.144,47	55.863.742,00	58.542.688,00
	72.000.506,36	276.500,10	0	13.025,68	72.263.980,78	13.457.408,36	2.955.716,10	0	12.986,68	16.400.137,78	55.863.843,00	58.543.098,00